

ROHRBACHER MANUSKRIPTE

HEFT 16

Innovation und  
Arbeit in der  
modernen  
Gesellschaft

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen  
2010

**Innovation und Arbeit  
in der modernen Gesellschaft**

# ROHRBACHER MANUSKRIPTE

---

herausgegeben von Rudolf Rochhausen

Heft 16

ISBN 978-3-941394-11-7

© Rosa-Luxemburg- Stiftung 2010

Harkortstr. 10

D-04107 Leipzig

Redaktion: Werner Deich, Kohren-Sahlis; Birgit Tamiru, Leipzig

Herstellung: Verlag und Druckerei OsirisDruck, Karl-Heine-Str. 99, 04229 Leipzig

## INHALT

1	Reinhold Krampitz	
	Vorwort .....	5
2	Kurt Reiprich	
	Ludwig Wittgenstein und die Sprache .....	7
3	Peter Fleissner	
	Überlegungen zur Wissenschaftspolitik .....	14
4	Hans Gert Gräbe	
	Wie geht Fortschritt?	
	Einige Anmerkungen zu Peter Fleissners »Zehn Thesen zur Wissen- schaftspolitik« Version vom 12.12.2009 .....	29
5	Reinhard Mocek	
	Bemerkungen zu den 10 Thesen Peter Fleissners zur Wissenschaftspolitik .....	48
6	Reinhold Krampitz	
	»Change«, dem Wandel politische Lenkung vermitteln - unbedingt! .....	66
7	Wolfgang Methling	
	Fraktion DIE LINKE	
	Im Landtag Mecklenburg-Vorpommern	
	Thesen .....	79
8	Evelin Wittich	
	Politische Bildung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Themenfeld .....	82
9	Eckehard Franz	
	30 Jahre »Engiewende« - Versuch einer Zwischenbilanz .....	91
10	Werner Grahn	
	Zur Entscheidung des Thüringer Landtags über die Rückgabeansprüche des Herzoghauses Sachsen-Weimar-Eisenach .....	100
	Zu den Autoren dieses Heftes .....	107



## Vorwort

Schätzenswert - verehrte Leserin, verehrter Leser, wie Ihre wissenschaftlichen und beruflichen Erfahrungen dem Rohrbacher Freundeskreis sind - ist die Gelegenheit, die Sie als Leser dieses 16. Heftes der Rohrbacher Manuskripte erhalten, um ein paar Kernpunkte aktueller politischer Herausforderungen als Teilhabe an einer Streitkultur zu betrachten. Die Vorträge wurden auf dem 16. Kolloquium des Rohrbacher Kreises am 8.-10. Mai 2009 gehalten. Das Gesamtthema der Tagung lautete: Innovation und Arbeit in der modernen Gesellschaft. Im Vordergrund standen zum Teil sehr umstrittene Positionen zum Thema Wissenschaftspolitik und Energiewende. In Ergänzung wurde der nicht als Vortrag gehaltene Beitrag von Dr. Eckehard Franz für dieses Heft noch hinzugefügt. Die Beiträge stellen die Meinung der Autoren dar und nicht des Rohrbacher Kreises in Gänze. Es ist jedoch die Meinung des Rohrbacher Kreises, dass der Diskurs über Technologiefragen im Zusammenhang mit Bildungs- und Umweltpolitik mehr als bisher auch bei der Linken gemeinwohlorientiert, mit Toleranz und wissenschaftsbasierten Argumenten geführt werden muss.

Unser Land, unsere Generation stehen am Anfang einer neuen Menschheitsepoche. Ein Kennzeichen dieser neuen Epoche ist die als Notwendigkeit erkennbare möglichst gleichberechtigte Zusammenarbeit *aller* Gemeinwesen, die unseren Planeten bevölkern - ein Vorgang gemeinhin *Globalisierung* genannt. Unseren großen Vordenkern, die jahrhundertlang gesellschaftlichen Gruppierungen in den Erdregionen bestmögliche Entwicklungswege gezeigt haben ist nicht vorzuhalten, dass sie die in den Prozessen heutiger Globalisierung politisch äußerst kompliziert wirkende Zusammenhänge nicht handlungsorientierend genug für uns herausgearbeitet haben. Das fällt als wissenschaftliche Aufgabe unserer und unseren Nachfolge-Generationen zu - ganz besonders den von uns in demokratischen Wahlverfahren beauftragten Entscheidungsgremien.

Jedes Fünkchen an klugen Denkhilfen wird gebraucht! So bilden die 16. Rohrbacher Manuskripte ein Stück von Erfahrungswerten in der Synthese beobachteter und erlebter Umsetzung gesellschaftlicher Werte, um unserem Lande den Bestand seines Ansehens im Zusammenwachsen der Weltgemeinschaft sichern zu helfen. Kritisch-konstruktiv unterstützen die Autorinnen und Autoren in gewissem Sinne die Aufforderung zum *Was Tun!*, die die UNO-Weltgemeinschaft mit ihren deklarierten politischen Millenniumsaufgaben an die Staatsregierungen gerichtet hat. Gerade mit Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland bedeutet diese Aufforderung: Wahrnehmung ihrer Verantwortung zur *Technologie-Bestimmtheit der Menschheitsentwicklung* als Lenkungsinstrument für

möglichst verlustarme Abläufe der Globalisierung. Vielleicht enthält die Aussage zur Natur einer zukünftigen Gesellschaftsentwicklung, die der führende Bürgerrechtler aus Sachsen-Anhalt, Pfarrer Hans-Jochen Tschiche, gemacht hat, doch eine realistische Perspektive: ... *nicht hinter uns - vor uns liegt eine sozialistische Gesellschaftsformation.*

*Prof.Dr.-Ing. Reinhold Krampitz, Magdeburg  
Moderator des Rohrbacher Kreises*

## KURT REIPRICH

### Ludwig Wittgenstein und die Sprache der Wissenschaft

Ich möchte einleitend meinen Vortrag mit folgendem Satz beginnen: Nicht alles was erkennbar ist und/oder technisch sowie technologisch machbar ist, ist auch wünschbar. Welche Erfahrungen reflektiert dieser Satz? Wissenschaft umspannt wie ein Netz heutzutage unser Verhalten in und zur Welt, Natur und Gesellschaft. Auf Wissenschaft beruht unser geistiger und materieller Reichtum, die Fähigkeit, sich die natürliche und soziale Umwelt rational anzueignen. Niemand will ernsthaft auf Naturerkenntnis, technische, technologische und soziale Wissenschaften verzichten. Es scheint sich die Vision von Marx zu bestätigen, welche Hubert Laitko in seinem Vortrag »Es wird eine Wissenschaft sein« zitiert: »Die Naturwissenschaft wird später eben so wohl die Wissenschaft von (dem) Menschen, wie die Wissenschaft von dem Menschen die Naturwissenschaft unter sich subsumieren; es wird eine Wissenschaft sein«. Trotzdem stellen wir heute fest, es gibt erhebliche Angst und Sorge gegenüber der Vision von einer einheitlichen Wissenschaft, die in dem Bedenken mündet, ob ein solches wissenschaftsgesteuertes Verhalten wünschbar sei. Werde ich zu einem Objekt der Wissenschaft und ihrer Anwendung? Gibt es tatsächlich eine »Naturwissenschaft, die den Menschen unter sich subsumiert« oder gilt der Einwand von Karl Raimund Popper: »Die Idee einer Bewegung der Gesellschaft selbst, die Vorstellung, dass sich die Gesellschaft wie ein physikalischer Körper als Ganzes auf einer bestimmten Bahn und in eine bestimmte Richtung bewegen kann, ist nichts als ein verworrenes holistisches Hirngespinnst.«

Diese schroffe Abweisung des Holismus ist wenigstens aus zwei Gründen fraglich. Erstens gibt es diese holistische Auffassung tatsächlich zumindest in drei Formen: In dem Versuch der Konstruktion der großen metaphysischen Systeme, in der Entwicklung religiösen Glaubens, in der Konstruktion eines einheitlichen Systems der Wissenschaften. Zweitens entspricht der Holismus in unserer Zeit einem kaum abweisbaren praktischen Bedürfnis. Denn wenn es uns nicht gelingt, die natürliche und soziale Umwelt als Einheit zu reflektieren und zu gestalten, wird der Widerspruch zwischen Natur und Kultur für uns lebensbedrohlich. Trotzdem ist die Meinung Poppers nicht einfach abzuweisen. Für sie spricht das Scheitern des sogenannten »realen Sozialismus«, der mit dem Anspruch auftrat, Natur und Gesellschaft als einheitlichen Prozess zu beherrschen. Gibt es als eine einheitliche Wissenschaft und wenn ja, wie ist sie konstruiert?

Eine Antwort auf diese Frage ist für die programmatische Diskussion der Linken von praktischer Bedeutung: Welche Position soll sie in Anbetracht auf die gegenwärtige tiefe globale wirtschaftliche und soziale Krise beziehen? Welche Position nimmt sie zur gegenwärtigen Wissenschafts-, Technik- und Technologieentwicklung ein? Ich vermag diese Fragen nicht zu beantworten. Was ich versuche, ist lediglich nach den epistemologischen und logischen Voraussetzungen zu fragen, welche methodisch möglicherweise zur Diskussion über diese Probleme beitragen können. Ludwig Wittgenstein, der führende Kopf des »Wiener Kreises«, hat sich mit diesen Voraussetzungen beschäftigt.

Zur Erinnerung ein knapper Überblick über die wichtigsten Mitglieder des »Wiener Kreises«:

Vertreter des »Wiener Kreises«:

Ludwig Wittgenstein: Tractatus Logico Philosophicus.

Über Gewissheit.

Rudolf Carnap: Logische Syntax der Sprache.

Hans Reichenbach: Wahrscheinlichkeitslehre.

Natur und Kultur.

Karl R. Popper: Das Elend des Historismus.

## 1. EINIGE EPISTEMOLOGISCHE GRUNDLAGEN DER LEISTUNGSFÄHIGKEIT DER WISSENSCHAFT.

Die moderne Naturwissenschaft ist durch den Versuch zur Begründung eines einheitlichen physikalischen Weltbildes und durch die universelle Gültigkeit der von Darwin begründeten Evolutionstheorie gekennzeichnet. Letztere wird als »synthetische Evolutionstheorie« (Huxley und Dobzhansky) aus dem Zusammenwirken zweier Faktoren erklärt: der ständigen Erzeugung erblicher Varianten und der Selektionswirkungen der Umwelt. Ontogenese und phylogenetische Prozesse werden als Realisierung der Erbinformation und die Phylogenese als Erzeugung und Prüfung immer neuer Informationsprogramme aufgefasst. Systemtheoretisch wird diese Erkenntnis durch die Auffassung der Organis-

men als sich selbstreproduzierende Lebewesen gestützt (gegenüber der Umwelt offene Systeme, die sich selbst organisieren können).

In einem Gedicht an Julien mit dem Titel Entoptische Farben hat Goethe im Mai 1817 polemisch gegen Newtons Optik über die wissenschaftliche Naturerklärung geschrieben:

»Laß Dir von den Spiegeleien  
Unserer Physiker erzählen,  
Die am Phänomen sich freuen,  
Mehr sich mit Gedanken quälen.  
Spiegel hüben, Spiegeln drüben,  
Doppelstellung auserlesen;  
Und dazwischen ruht im Trüben  
Als Kristall das Erdewesen.  
Dieses zeigt, wenn jene blicken,  
Allerschönste Farbenspiele;  
Dämmerlicht, das beide schicken,  
Offenbart sich dem Gefühle.«

Es ist nicht zu bezweifeln, dass der Naturforscher Goethe, sauber beobachtend und experimentell prüfend gearbeitet hat. Woher kommt dann aber diese Polemik gegen Newtons Physik? Werner Heisenberg gibt folgende Erklärung: Am richtigsten kann man vielleicht den Unterschied der Goetheschen und Newtonschen Farbenlehre bezeichnen, wenn man sagt, dass sie von zwei ganz verschiedenen Schichten der Wirklichkeit handelten. Wir müssen hier daran denken, dass jedes Wort unserer Sprache, sich auf verschiedene Bereiche der Wirklichkeit beziehen kann (...). Genau dies meinten Max Tegmark und John Archibald Wheeler rückblickend in ihrem Aufsatz über 100 Jahre Quantentheorie: »All diese Theorien enthalten zwei Komponenten: Mathematische Gleichungen sowie Worte, die erklären, wie die Gleichungen mit experimentellen Beobachtungen zusammenhängen. « Um mit Heisenberg zu sprechen, über eine spezielle Sprache konstruiert die Naturwissenschaft eine besondere Schicht der Wirklichkeit, die mathematische Gleichungen mit experimentellen Beobachtungen verknüpft. Genau auf diese Verbindung hat einer der führenden Köpfe des »Wiener Kreises«, Rudolf Carnap, hingewiesen, indem er als Grundlage der Naturerkenntnis Protokollsätze folgender Art bezeichnete: »x hat zu Zeitpunkt T das Phänomen P auf der Stelle L beobachtet.« Sätze dieser Art bezeichnet Ludwig Wittgenstein im »Tractatus Logico-Philosophicus« als Sachverhalte: „Der Sach-

verhalt ist eine Verbindung von Gegenständen (Sachen, Dingen). Damit ist folgendes gemeint: Der Sachverhalt bezeichnet die Zugehörigkeit einer Eigenschaft zu einer Sache bzw. einem Ding. Eine solche Zugehörigkeit ist dann richtig beschrieben, wenn die Eigenschaft korrekt das Ding beschreibt.«

Anders ausgedrückt: Protokollsätze sind dann wahr, wenn sie die Eigenschaften korrekt einem Ding zuordnen. Diese Zuordnung gelingt mit einer deskriptiven Sprache, deren Grundlage Protokollsätze sind. Carnap hat die Funktion der Protokollsätze noch auf die Verbindung singulärer Ausdrücke begrenzt, was zur Folge hatte, dass ihre Verknüpfung zu Theorien ganz im positivistischen Sinn nicht zu rechtfertigen war. Zwar sind für ihn Protokollsätze syntaktisch einwandfrei herzustellen, sie haben deshalb einen Sinn, können aber in ihrer Bedeutung – ihrer Semantik – nicht verifiziert werden. Das ist nicht identisch mit dem Verständnis der deskriptiven Sprache bei Wittgenstein. Seiner Auffassung folgend, versuche ich die Merkmale einer deskriptiven Sprache zu schildern.

#### MERKMALE EINER DESKRIPTIVEN SPRACHE

	Buchstaben	Bedeutung der	Überprüfung der
	Wörter, Sätze	Zeichen	Sprache
Syntax	Elemt. Zeichen	Grammatik, logische Zeichen, mathem. Algorithmen	logische Regeln, logische Matrix
Semantik		Referenz durch klassifizierende, komparative, metrische Prädikatoren	Beobachtung, Experiment, Messung
Beziehung dskr. zur Theorie			Rekursive Ontologie, Erklärungswert Falsifikation

Nun ist die deskriptive Sprache keineswegs das einzige Instrument der Kommunikation zwischen Subjekten und ihrer Umwelt. Sie existiert als Resultat der Wechselwirkung zwischen der biologischen und soziokulturellen Evolution in der Form der Körper-, Bilder- und natürlichen gesprochenen und schriftlichen Sprache. Die Eigenschaften der deskriptiven Sprache sind als Instrument der wissenschaftlichen Reflexion letztlich ein Sonderfall einer künstlichen Sprache, die seit der Entstehung der Wissenschaft zur Grundlage wissenschaftlicher Kommunikation wurde und dafür entscheidende Vorteile besitzt.

### VORTEILE DESKRIPTIVER SPRACHE

- (1) Definierbare Zuordnung zwischen sprachlichen Zeichen und allen möglichen Sachverhalten, einschließlich zweckmäßiger Auswahl der Syntax und Semantik.
- (2) Intersubjektive Gültigkeit und Überprüfbarkeit.
- (3) Allgemeingültigkeit der Aussagen bzw. Definition der Grenzen der Allgemeingültigkeit.
- (4) Ausschluss von ideologischen Ausdrücken, zumindest Bezeichnung von Grenzen gegenüber ideologischen Ausdrücken.
- (5) Transparenz der Regeln für sprachliche Kommunikation.
- (6) Sprachliche Grundlage für die Konstruktion von Modellen.

Besonders diese Vorteile deskriptiver Sprachen veranlassten Wittgenstein zu dem Satz:

»Wovon man nicht sprechen kann, darüber muss man schweigen«.

Er hat jedoch diesem Satz vorausgefügt:

»Es gibt allerdings Unausprechliches. Dies zeigt sich, es ist das Mystische.«

Genau dieses Mystische ist als Sprache für wissenschaftliche Kommunikation deshalb völlig ungeeignet, weil es die Beziehung zwischen der Widerspiegelung der Welt durch Protokollsätze und ihre Verbindung zu überprüfbaren Theorien ausschließt. Gerade das Modell der synthetischen Evolutionstheorie beweist, vor allem mit der Begründung der Genetik und der biologisch und soziologisch gestützten Kommunikationsforschung, wie die Eigenschaften menschlichen Verhaltens wissenschaftlicher Forschung zugänglich werden. Bahnbrechend war in diesem Zusammenhang die Erkenntnis der genetischen Struktur des Lebens.

## GENETISCHE GRUNDSTRUKTUR

### Zusammensetzung der Nukleinsäuren

#### Bestandteile

der Nukleotide	DNA	RNA
Zucker	Desoxyribose	Ribose
Säure	Phosphorsäure	Phosphorsäure
organische Basen	Adenin (A) Thymin (T) Guanin (G) Zytosin (C)	Adenin (A) Urazil (U) Guanin (G) Zytosin (C)

So wichtig für die wissenschaftliche Erkenntnis die in Protokollsätzen aus Beobachtung und Experiment gegebenen Daten sind, sie sind noch keine hinreichende Grundlage für die Erklärung und das Verstehen von Naturprozessen. Dazu ist ein weiterer Erkenntnis-schritt notwendig: Die Ordnung der Daten, d.h. in unserem Fall, die Erkenntnis der Zusammenhänge zwischen den Elementen, also die Erfassung der Strukturen. Zunächst ist dies die Notwendigkeit des Aufdeckens der Ordnung der Elemente in chemischen Strukturen. Die Kenntnis dieser Strukturen verschafft mir eine gewisse Ordnung zwischen den durch Beobachtung gewonnenen Daten. Dies ist deshalb für das Verständnis von Lebensprozessen wichtig, weil ich wissen will, wie die große Zahl von Proteinen (also Eiweißverbindungen) so geordnet ist, dass zweckmäßige Organe einer Pflanze oder eines Tieres entstehen, die zweckmäßig auf die Umwelt reagieren. Die Frage ist also, wer steuert das Zusammenwirken der Proteine? Die entscheidende Antwort darauf gaben James Watson und Francis H.C.Crick: die DNA. Diese in den Chromosomen eingelagerten Nukleotide steuern gemeinsam mit den RNS das gesamte Zusammenwirken der Proteine.

Ohne auf Details weiter einzugehen, möchte ich nur auf zwei Konsequenzen hinweisen. Mit der Befruchtung der Eizelle einer beliebigen Art wird ihr Bauplan durch das Zusammenwirken von DNA und RNA ontogenetisch festgelegt. Die Abfolge der Anordnung der DNA und RNA bildet im Grunde das ontogenetische Alphabet, welches die Grundlage für das Verstehen aber auch für das Manipulieren der Eigenschaften einer jeden Art ist. Da im frühen Stadium der Zellteilung die Spezialisierung der Zellen noch nicht vollzogen ist (Botenwirkung der RNA auf die Proteinstruktur), ist in diesem Stadium das Verstehen

und Erklären aber auch das Manipulieren des Zellverbandes noch relativ leicht zu vollziehen. Deshalb kommt der Stammzellenforschung erhebliche Bedeutung zu. Dabei ist zu beachten, dass – wie in jeder Naturwissenschaft – Beobachtung und Experiment heutzutage kaum zu trennen sind. Man spricht deshalb heute von einem »Trio moderner Biotechniken«: Genomforschung – Erkundung des naturwissenschaftlich Machbaren; Genmanipulation und Klonen – technische Manipulierung.

Die Evolutionstheorie Darwins wurde gemeinsam mit dem Studium der Dialektik Hegels für Karl Marx zu einer Art Paradigma für die Nutzung der deskriptiven Wissenschaftssprache zur Analyse sozialer Prozesse, deren Fundament er in der Analyse der ökonomischen Struktur der Gesellschaft erkannte. Es ist deshalb kein Zufall, dass er sich besonders nicht nur mit dem Studium der biologischen, sondern auch der geologischen Entwicklungslehre beschäftigte. Seine Auffassung, dass an der Stelle der Spekulation über die Geschichte ihr konkretes Studium treten müsse, korrespondiert mit der allgemeineren philosophischen Aussage seines Freundes Friedrich Engels über den materialistischen Monismus und seiner Begründung, welche mit der These beginnt, dass das Sein eine offene Frage von der Grenze an ist, wo unser Gesichtskreis aufhört. Daraus lässt sich m.E. aber weder die Idee des Sozialismus, noch die Begründung des Proletariats als Vollender der sozialen Evolution der Geschichte durch deskriptive Aussagen ableiten. Daraus ergibt sich die Frage, ob es Grenzen für die Anwendung der deskriptiven Sprache gibt?

## 2. FRAGEN NACH DER TRAGFÄHIGKEIT UND FUNKTION DESKRIPTIVER SPRACHEN

Die dargestellten Eigenschaften von Wissenschaftssprachen haben folgende Konsequenzen:

- a) Die Aussagen deskriptiver Sprachen sind epistemologisch offen. D.h. sie schließen Denkverbote aus. Zugleich sind sie variabel. D.h. sie sind risikobehaftet.
- b) Sie sind als Instrument intersubjektiver Kommunikation gegenüber mystischen Sprachformen abgeschlossen. Dies gilt auch und vor allem gegenüber einer kreativistischen Weltanschauung.
- c) Es ist neu zu überlegen, welche Konsequenzen sich aus der Anwendung deskriptiver Sprachen für die Bestimmung einer sozialistischen Strategie ergeben (programmatische Bestimmung solcher Werte wie z.B. soziale Gerechtigkeit durch normative Sätze).

**PETER FLEISSNER, WIEN**

## **Überlegungen zur Wissenschaftspolitik[1]**

**Caveat:**

Die folgenden Ausführungen wurden aus der Sicht eines Einzelwissenschaftlers und angesichts der Wirtschaftskrise geschrieben, die im Finanzsystem ihren Ausgang nahm. Mittlerweile bewies die Bewegung des Audimaxismus, die Herbst 2009 in Wien ihren Anfang nahm, dass nicht nur aus meiner Sicht die Universitäten und die wissenschaftlichen Forschung im Argen liegen. Auch die unmittelbar Betroffenen, Studierende und Lehrbeauftragte, melden sich zu Wort.

Mir ist – wie allen anderen Menschen auch – nur meine eigenen Perspektive möglich, allerdings im Bewusstsein, dass meine Perspektive nur eine unter vielen und nicht unbedingt das non plus ultra darstellt. Meine Thesen sind daher notwendigerweise Stückwerk und harren der Ergänzung, Erweiterung, Verbesserung durch andere. Dem entsprechend habe ich bereits aufgrund der Diskussion der Thesen im Rohrbacher Kreis gegenüber dem Original einige Veränderungen vorgenommen.

### **These 1:**

Die meisten traditionellen Wissenschaften sind an der Vergangenheit und eurozentrisch ausgerichtet und versuchen, Bestehendes zu systematisieren und seine inneren Zusammenhänge herauszuarbeiten. Dem entsprechend wird an den Höheren Schulen vorrangig reproduktives Wissen gelehrt, während die Voraussetzungen für die allseits geforderte Innovationsfähigkeit, die angeblich den Erfolg der Europäischen Union ausmacht, - durch den Bologna-Prozess verschult - eher verkümmert. Heute wird es aber immer wichtiger, sich angesichts der wachsenden Krisensymptome kreativ mit den gegenwärtigen globalen und lokalen Trends und mit der Zukunft zu beschäftigen. Es bedarf nicht nur technisch-naturwissenschaftlicher, sondern vor allem auch gesellschaftspolitischer Innovationen.

### **These 2:**

Die Krisensymptome sind auf ihre Genese und die dahinterliegenden Mechanismen zu untersuchen. Alternativen zu den gegenwärtigen gesellschaftlichen Organisationsformen sollen systematisch herausgearbeitet werden (z.B. Tobinsteuer, bedingungsloses Grundeinkommen, verbesserte soziale und informatorische Infrastrukturen, neue nach-

haltige Lebensstile und Produktionsweisen, erneuerbare Energiequellen, Förderung von Inklusion der Ausgegrenzten und Diskriminierten, Überalterung der Bevölkerung etc). Frühwarnsysteme für mögliche gesellschaftliche Krisen und Kontrollinstitutionen (Einschränkung der Spekulation, individuelle Reichtumsbeschränkung) sind einzurichten.

### **These 3:**

Bildung und Wissenschaften müssen die Veränderungen im gesellschaftlichen Kontext wahrnehmen, Mängellagen identifizieren und kommunizieren und entsprechende Methoden und organisatorische Voraussetzungen zu ihrer Begleitung konzipieren. Durch den raschen technologischen (ICT, Bio, Nano) und Wertewandel veralten Kenntnisse rasch. Daraus ergibt sich ein weites Feld auch für die Erwachsenenbildung (siehe <http://peter.fleissner.org/Transform/Erwachsenenbildung.pdf>) innerhalb und außerhalb der Betriebsstätten. Die Universität der Zukunft könnte jenseits vom Marktgehorsam neue Relevanz gewinnen.

### **These 4:**

Der gegenwärtigen Tendenz der Spezialisierung der Einzelwissenschaften ist durch Stärkung von Disziplinen der Integration und des Überblicks entgegenzuwirken. Dafür bieten sich z.B. an: Materialistische und präzisiertere dialektische Philosophie, Widerspiegelungstheorie als Erkenntnistheorie, dialektische Systemtheorie, Konzepte einer Unified Science, Simulation als weitere Methode zum Erkenntnisgewinn neben dem Experiment usw. Holistische und systemische Ansätze sollen partikuläre Zugänge ergänzen.

### **These 5:**

Wissenschaftliches Denken darf nicht auf der Ebene des Positivismus stehenbleiben, sondern muss mit Wertfragen und ethischen Dimensionen zusammengeführt werden. Wissenschaft muss menschlich und emanzipatorisch werden, an Friedenserhaltung, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit ausgerichtet sein und nicht bloß an wirtschaftlichen Partikulärinteressen, was sich auch im Bildungswesen niederschlagen soll. Es wäre zu untersuchen, ob und wie weit Persönlichkeitsbildung (Fähigkeiten zur Kooperation, Selbstkritik, Empathie, Großzügigkeit, Selbstlosigkeit, Perspektivenwechsel, interkulturelle Erfahrungen etc.) im Zuge des Bildungswesens explizit vermittelt werden kann. Die Organisationsform der wissenschaftlichen Institutionen muss diesen Zielen entsprechend angepasst werden (Stärkung der Kooperation, Mitwirkungsrechte für Universitätsangehörige etc).

**These 6:**

Wissenschaftliche Grundhaltungen im obigen Sinn sollten in der Massenkultur stärker verankert und aufgewertet werden. Die Massenmedien und andere kulturbestimmende Institutionen und Veranstaltungen sind dabei schöpferisch zu nutzen und inhaltlich anzureichern.

**These 7:**

Das wissenschaftliche Bildungswesen muss in Richtung auf obige Grundlagen umgestaltet werden. Die Unterrichtsformen sollen adäquat neue Technologien berücksichtigen. Projektstudium, Kooperation und selbstorganisiertes Lernen (individuell oder in Gruppen) sollen gefördert und das Ergebnis durch Zertifikate offiziell anerkannt werden. Lehrkräfte sollten verstärkt Coachfunktionen ausüben. Der Zugang zum Studium soll für weniger privilegierte bzw. diskriminierte Gruppen erleichtert werden.

**These 8:**

Soziale Experimente alternativer Arbeits- und Lebensformen auf freiwilliger Basis sollen nicht verhindert, sondern gefördert, durch Begleitforschung professionalisiert und in den Massenmedien verbreitet und zur Diskussion gestellt werden. Beispiele sind zahlreich: Studienzirkel, regionale Tauschkreise, open source Bewegungen, creative commons, targeted intelligence networks, Kommunen aller Art etc.

**These 9:**

Wissenschaftliche Texte und Ergebnisse, die mit staatlichen Mitteln erzielt wurden, sollen der Öffentlichkeit frei zur Verfügung gestellt werden. Um dies zu gewährleisten, sind von öffentlich finanzierten Universitäten/Hochschulen Informationspools einzurichten, die über das Internet kostenlos zugänglich sind. Private Bildungseinrichtungen können und sollen sich daran beteiligen.

**These 10:**

Institutionen zur Analyse der Technikentwicklung und Technikbewertung sollen eingerichtet werden, die ein umfassendes Bild der Implikationen vor allem neuer Technologien und ihrer gesellschaftlichen Anwendungsmöglichkeiten und Folgen herauszuarbeiten erlauben. Ihren Ergebnissen muss in den Massenmedien breiter Raum eingeräumt werden, um Bedürfnisse spezifischer Gruppen zu identifizieren und – wenn technisch machbar – zu befriedigen. Öffentliche Diskurse sollen initiiert und unterstützt werden.

## EXKURS1: WIDERSPIEGELUNGSTHEORIE

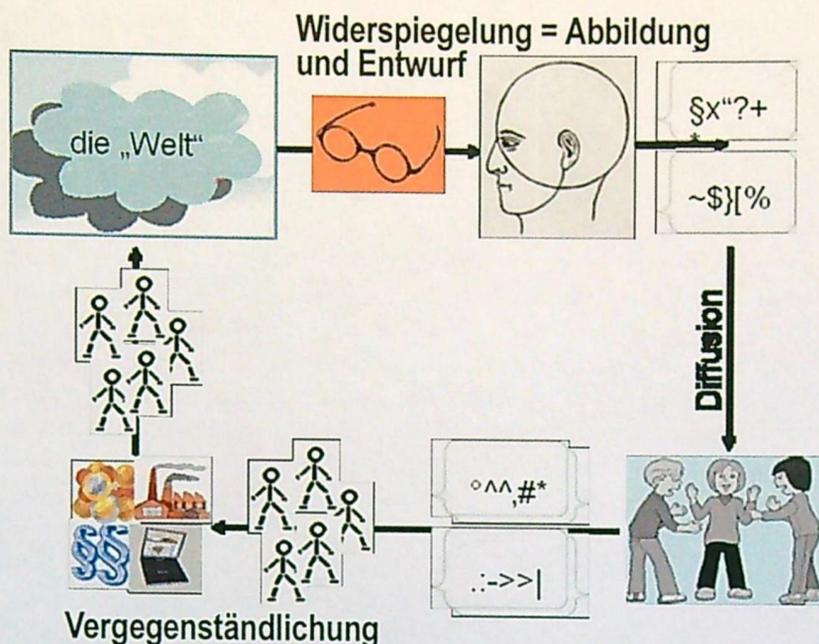


Abbildung 1: Veränderungszyklus

Es wäre kein verantwortungsbewusster Beitrag zur Wissenschaftspolitik, würde nicht zumindest in einzelnen Bereichen in Form von Beispielen aufgezeigt, in welche Richtung sich Wissenschaft bewegen könnte. Insbesondere sollte gegenüber der Zersplitterung der Wissenschaft in kategoriale Einzelwissenschaften, die über Nichts/Alles wissen, ein vereinheitlichendes Gegengewicht gesetzt werden, das als gemeinsamen Ausgangspunkt die Menschen in ihrer Praxis nimmt, in der sie ihr Leben unter vorgefundenen Umständen gestalten und die Umstände vielleicht auch ändern. Um zu vermitteln, was ich aussagen möchte, ziehe ich eine Illustration des Veränderungszyklus heran, in dem wir alle stehen, ob wir es wollen oder nicht (Abb. 1)

Ich beginne die Beschreibung der einzelnen Komponenten des Veränderungszyklus mit der Widerspiegelung[2] der Welt im menschlichen Bewusstsein. Die Menschen spiegeln ihre Umwelt zunächst in geistigen Vorgängen wider, indem sie Bilder und Zusammenhänge des Wahrgenommenen, mentale Modelle, im Kopf erzeugen. Dabei handelt es sich um vereinfachte, weniger komplexe und manchmal auch verfälschte Annäherungen an das zugrunde liegende System, das aufgrund der menschlichen Bedürfnisse und Intentionen in den Fokus der menschlichen Aufmerksamkeit geraten ist. Diese Widerspiegelungsprodukte sind nie bloß »objektive« Wiedergabe der Realität (zu der es keinen direkten Zugang gibt), sondern immer gleichzeitig Abbildung und Entwurf, also menschliche Konstruktionen bestimmter Aspekte der Umwelt. Diese Konstruktionen sind aber nicht beliebig. Sie geben bestimmte Eigenschaften der Umwelt korrekt wider, die vom individuellen Bewusstsein als wesentlich erachtet werden. In diese Konstruktionen gehen die bisherigen Erfahrungen der Einzelnen genauso ein wie deren Interessenslagen, Lebensbedingungen, ja auch die genetische Disposition. Ihr Inhalt ist breitest gestreut. Er reicht von Alltagsvorstellungen des täglichen Lebens über künstlerische, wissenschaftliche, politische oder religiöse Ideen.

Durch Interaktion mit anderen Menschen oder mit der sonstigen Umwelt kann sich die Sicht der Dinge durchaus verändern. Die Konstruktionen sind daher im Zeitverlauf nicht unbedingt invariant, sondern potentiell variabel. Die Widerspiegelungen im Kopf sind dem menschlichen Bewusstsein zugänglich, sie stellen sozusagen die Innensicht auf die Dinge dar (die in diesem Text natürlich nur in einer Außensicht dargestellt werden können, die bei Leserinnen und Lesern zur Innensicht wird).[3]

Auf den Widerspiegelungsprozess im Kopf folgen in der Praxis verschiedene Stufen von Vergegenständlichung oder Codifizierung. Übliche Formen davon sind die Versprachlichung, die Verschriftlichung und die graphische Repräsentanz. Während die Versprachlichung noch den fluiden Charakter des Denkprozesses beibehält, ist die Verschriftlichung mit einer Verfestigung von Ideen verbunden, die von anderen Menschen nur in sequentieller Form angeeignet werden können. Aus einem Bild lässt sich im Idealfall eine Idee mithilfe eines einzigen Blicks aufnehmen. Die besondere Art der Vergegenständlichung prägt die besondere Art des Zugangs durch andere Menschen und beeinflusst den Grad des Verständnisses und der Evidenz. Jede Vergegenständlichung von Ideen benötigt einen materiellen Träger (stofflich, z. B. Luft, Papier, oder energetisch, z. B. Pixel auf einem Computerbildschirm) und eine Reihe von Symbolen (z. B. Wörter als Phoneme, Wörter als Buchstabenkombinationen, graphische Grundelemente), die von den anderen Menschen in einer ähnlichen Weise interpretiert werden

können wie von den IdeenproduzentInnen intendiert. Die erwähnten Formen von Vergegenständlichung sind in unserem Kulturkreis unter der Voraussetzung üblicher Lernprozesse allgemein verständlich. Der Zugang zu den Ideen ist nicht immer voraussetzungslos möglich (man denke z. B. an Bücherpreise, an die Kosten eines Laptops oder an Studiengebühren, die an vielen Universitäten bezahlt werden müssen).

Der Veränderungszyklus durchläuft danach verschiedene Stufen der Interaktion, wobei es immer wieder zu Widerspiegelungs- und Vergegenständlichungsprozessen kommt, die sich schließlich in stofflichen oder energetischen Veränderungen der Umwelt niederschlagen, sei es über die Produktion von Gütern oder Dienstleistungen, sei es über die dadurch entstehenden Nebenprodukte. Seit ihrem Erscheinen in der Welt haben die Menschen die erste Natur verändert und ihr eine zweite gegenübergestellt, sie haben die Natur humanisiert.

Während die oben beschriebenen Vergegenständlichungen von Menschen mit durchschnittlichem Bildungsniveau verstanden werden können, ist die Verständlichkeit der Vergegenständlichungen von Ideen im Rahmen einer Fachsprache, im formalen Apparat von Mathematik und Statistik, in einem Simulationsmodell oder in einer Computersprache nur für SpezialistInnen möglich, die besondere Lernprozesse durchlaufen haben. Damit wird sichergestellt, dass die Konstruktionen der Aufnehmenden Rekonstruktionen und nicht komplette Neukonstruktionen sind, die mit der ursprünglichen Intention der Vergegenständlichung nichts zu tun haben. Natürlich bleibt die schöpferische Neuinterpretation immer möglich.

Der Veränderungszyklus umfasst nicht-menschliche (Natur) und menschliche Elemente (Kultur). Für eine tiefer gehende Analyse ist diese Trennung nicht befriedigend und bedarf einer Erklärung, wie diese Trennung in menschliche und nicht-menschliche Elemente zustande kommt. Damit stellt sich die Frage nach der Entwicklung und Differenzierung der Welt in Elemente mit spezifischen Eigenschaften. Es kann gefragt werden, ob das, was wir bei den Menschen als geistige Widerspiegelung bezeichnet haben, auch schon in der unbelebten Materie Vorläufer und Keimformen besitzt.

Anhand des Beispiels eines Steins, der von der Sonne beschienen wird, soll illustriert werden, was ich meine. Die Erwärmung eines Steins durch Sonnenstrahlen beruht auf der allgemeinen Wechselwirkung, die auf physikalischer Ebene durch vier fundamentale Kräfte ausgedrückt wird: Gravitation, Elektromagnetismus, Schwache und Starke Wechselwirkung. In unserem Fall können wir elektromagnetische Wellen für die Erwärmung des Steins verantwortlich machen. Der Stein zeigt lokal die Hitze der Sonne an. Dies wäre der Abbildungscharakter der Beziehung zwischen Sonne und Stein. Aber

der Stein ist auch konstruktiv unterwegs. Je nach Oberflächenbeschaffenheit sucht er aus dem Spektrum der elektromagnetischen Strahlung bestimmte Frequenzen aus. Er zeigt auch schon Vorformen von Gedächtnis: Nach Sonnenuntergang bleibt der Stein noch eine Zeit lang warm. Auch das von Lenin verwendete Beispiel einer Photographie enthält nicht nur Abbildungsaspekte: Je nachdem, ob eine Schwarz-Weiß-Film oder ein Farbfilm in der Kamera eingelegt ist, selektiert die Kamera, ob sie ein farbiges oder ein schwarz-weißes Bild zeigt.

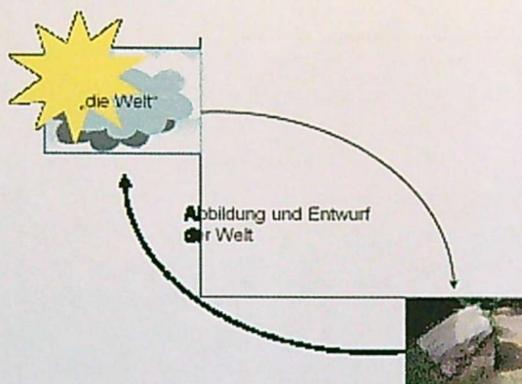


Abbildung 2: Sonne scheint auf Stein

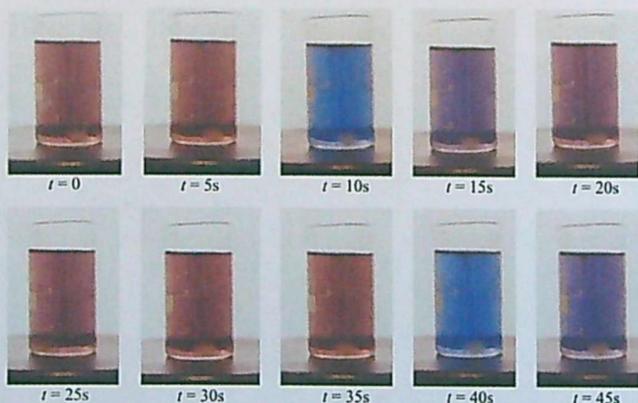


Abbildung 3: Belousov-Zhabotinsky-Reaktion

[http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Bzr\\_fotos.jpg](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Bzr_fotos.jpg)

Verwandte Prozesse der Widerspiegelung treten beim Zufrieren eines Sees in einer kalten Nacht oder beim Fall eines Bleistifts auf, der auf seine Spitze gestellt wird. Hier kommt die teilweise Unvorhersehbarkeit ins Spiel. Obwohl wir mit Sicherheit vorher-sagen können, dass der See bei Nachttemperaturen weit unter null am Morgen zugefroren sein wird, wissen wir nicht, von welcher Stelle aus er zufriert. Ebenso beim Bleistift: Wir können sagen, dass er umfällt, wir wissen aber nicht, in welche Richtung. Abbildung 3 gibt ein Beispiel aus der Chemie. Bei einer bestimmten Umwelttemperatur tritt in einem Gemisch aus Borsulfat und Malonsäure eine zyklische Farbveränderung auf. Durch seine spezifische Frequenz und Farbe trägt es gleichsam schon eine individuelle Note, wie sie nach vielen Sprossen auf der Evolutionsleiter, einfachen und frühen Lebensformen, Pflanzen und Tieren, zuletzt bei Menschen und in der menschlichen Gesellschaft auftritt.

Eine Ausarbeitung dieser Position auf den einzelnen Stufen der Evolution findet sich etwa in dem Buch »Abschied vom Materialismus?« von Robert Steigerwald.[4] Es wäre zu hoffen, dass auf der oben angedeuteten Grundlage eine Zusammenschau des Wissens ermöglicht wird. Gleichzeitig ist sicher, dass diese Zusammenschau nicht nur durch schöpferische Großtaten Einzelner, sondern in einem erneuerten Wissenschaftssystem mit Institutionen und materiellen Ressourcen erarbeitet werden kann.

## EXKURS 2: WIRTSCHAFTSTHEORIE

Nicht nur in der Zusammenschau der einzelnen Wissenschaftsdisziplinen lässt sich Widerspiegelungstheorie sinnvoll anwenden. Auch innerhalb einer Einzelwissenschaft können allgemeine Prinzipien angewendet werden. Beginnend mit einer sehr abstrakten Sicht, die wesentliche Züge des Realsystems enthält, gelangen wir schrittweise zu konkreteren und wirklichkeitsgerechteren Widerspiegelungen. Abb. 4 zeigt eine mögliche Vorgangsweise für die Wirtschaft eines Landes.

### Abbildung 4: Die Wirtschaft - eine komplexe Konstruktion

Zunächst werden nur Bestimmungen aufgenommen, die in allen Ökonomien, sogar in Tiergemeinschaften, eine Rolle spielen: Die stoffliche und energetische Basis einer Volkswirtschaft in einer bestimmten Struktur (z.B. nach Gütergruppen oder nach Wirtschaftszweigen betrachtet). Dies ist die Ebene der Gebrauchswerte. Die Güter und Leistungen könnten als gemeinsam erzeugt und konsumiert angesehen werden. Von den spezifischen Erfordernissen der Produktion wird zunächst noch abgesehen. Die zweite

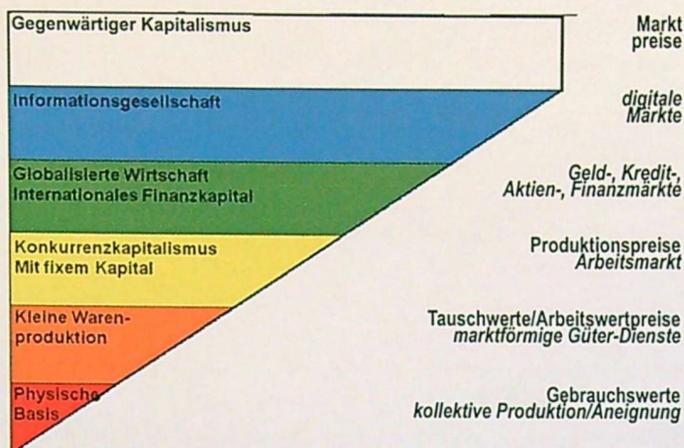


Abbildung 4: Die Wirtschaft - eine komplexe Konstruktion

Stufe fügt Gütermärkte hinzu, die von WarenproduzentInnen auf eigene Rechnung beschickt werden. Auf dieser Ebene kommen Tauschwerte hinzu, die in Arbeitszeiteinheiten ausgedrückt werden können. Hier spielt sich der erste Band des Marxschen Kapital und die Arbeitswerttheorie ab. Empirische Analysen zeigen, dass die Varianz der beobachteten Preise einer Volkswirtschaft zu rund 90 Prozent durch die Arbeitswerttheorie erklärt werden kann.[5]

Die nächste Erweiterung nimmt kapitalistische Strukturen auf: Nicht nur Güter werden vermarktet, sondern auch die Arbeitskraft. Die Klassenspaltung wird sichtbar. Der neu geschaffene Wert wird in Löhne und Mehrwert aufgespalten. Gleichzeitig treten nicht mehr Einzelpersonen oder Kleine WarenproduzentInnen auf den Märkten in Konkurrenz, sondern kapitalistische Unternehmen. Das vorher auf Arbeitszeit beruhende Preissystem muss modifiziert werden. Bei vollständiger Konkurrenz sollten nach Marx die Produktionspreise in Erscheinung treten. Marx hat diese Produktionspreise idealtypisch unter der Annahme ausgeglichener Profitraten berechnet. Wir wissen heute[6], dass die Profitraten in einem kapitalistischen System nicht zum Ausgleich, sondern zu einer konstanten Verteilung tendieren. Farjoun und Machover haben m.E. für die Ökonomische Theorie dasselbe geleistet wie die Quantenmechanik für die klassische Physik. Die Invarianten sind nicht mehr die einzelnen Wirtschaftssubjekte, sondern die Wahrscheinlichkeitsverteilungen bestimmter Wirtschaftsindikatoren (Einkommen, Pro-

fitraten, Betriebsgrößen, Netzwerkbeziehungen zwischen den Akteuren etc). Dennoch lassen sich die Produktionspreise als ein speziell ableitbares Preissystem ansehen, das mit anderen Preissystemen verglichen werden kann.[7]

Der nächste Schritt der Annäherung an die ökonomische Wirklichkeit kann durch die Einführung einer Sekundärverteilung getan werden. Die Einkommenslage der Wirtschaftssubjekte wird nicht nur von den direkten Marktbeziehungen bestimmt, sondern auch von Umverteilungsprozessen, deren wichtigste über die Banken und den Staat erfolgen. Zinsströme, Steuern und Transfers sind ihre häufigste Erscheinungsform. Geld wird zur Ware und erhält einen Preis, den Zinssatz.[8] Bestandteile des Kapitalstocks werden an den Börsen zu variablen Kursen gehandelt. Diese Umverteilungsprozesse modifizieren einmal mehr die Arbeitswerte.

Die so genannte Informationsgesellschaft bringt einen weiteren Aspekt in die Ökonomie, die mit Vergegenständlichungen zusammenhängen: Menschliche Kulturleistungen, Sprache, Gesang, Tanz, Bewegung und vieles andere werden durch ein cleveres Zusammenspiel von technischen und rechtlichen Prozessen von Informationsgütern zu Waren, also lagerfähig, wiederverkaufbar und akkumulierbar. Intellectual Property Rights beschränken den Überfluss, den wir heute vom technischen Standpunkt aus haben könnten und erzeugen auf diese Weise künstlichen Mangel, der als Basis für weitere Profitmöglichkeiten dient.[9] Hier werden die Produktionsverhältnisse zu eng für die Möglichkeiten der Produktivkräfte.

Nimmt man zusätzlich Qualitätsunterschiede der Waren, Mono- und Oligopole, Dominanz von Ökonomien der Entwicklungsländer, militärischen Zwang etc. in die Überlegungen zur Wirtschaft auf, wird man von der Realität nicht mehr weit weg sein, allerdings erst nach dem geistigen Durchdringen der verschiedenen Stufen. Mathematische Simulationsmodelle können diesen Prozess unterstützen.

Einen vereinfachten alternativen Zugang zur Wirtschaft bieten die drei folgenden Abbildungen 5, 6 und 9, die von Kreislaufprozessen ausgehen. Abb. 5 zeigt eine Situation, wo alle Menschen auf eigene Rechnung arbeiten und konsumieren, und dabei sich selbst und ihre Arbeitskraft reproduzieren.

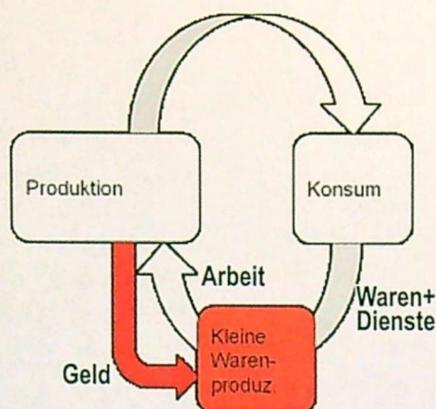


Abbildung 5: Ursprünglicher Reproduktionskreislauf

Unter den gegenwärtigen Bedingungen verändert sich die Verteilung der Einkommen innerhalb der Lohnabhängigen ziemlich stark. Als Beispiel ziehe ich Österreich 1976 bis 2006 heran (siehe Tab. 1).

Entwicklung der Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen der Arbeitnehmer/innen  
(Unselbstständig Beschäftigte inkl. pragmatisierte Beamte)

Quintile																	
	1976	1982	1987	1991	1992	1994	1995	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
1. Quintil	4,8	4,5	5,4	7,4	6,9	2,8	2,9	2,8	2,7	2,8	2,5	2,5	2,4	2,3	2,3	2,2	2,2
2. Quintil	12,7	12,4	12,7	13,7	13,7	10,8	10,9	10,8	10,6	10,3	10,2	10,0	9,9	9,7	9,7	9,5	9,5
3. Quintil	18,3	18,0	17,7	17,5	17,6	17,7	17,7	17,6	17,6	17,5	17,4	17,4	17,4	17,4	17,3	17,2	17,1
4. Quintil	24,0	23,9	23,1	22,6	22,7	24,1	24,1	24,1	24,1	24,0	24,2	24,3	24,4	24,5	24,5	24,5	24,5
5. Quintil <sup>a</sup>	40,2	41,2	41,0	38,8	39,1	44,6	44,4	44,7	44,9	45,5	46,7	45,6	45,0	48,1	48,2	48,5	48,7
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Gnikoeffizient <sup>a</sup>																	
	1976	1982	1987	1991	1992	1994	1995	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Arbeitnehmer/innen insgesamt	0,349	0,364	0,350	0,307	0,313	0,413	0,410	0,417	0,425	0,445	0,448	0,442	0,443	0,445	0,447	0,451	0,452

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik, WIFO-Berechnungen

Tabelle 1: Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen in Österreich

Quelle: Bericht über die soziale Lage 2003 – 2004, Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Wien 2004, S. 266, und Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz, Sozialbericht 2007-2008, S. 262 (für 1999 bis 2006)

Die Statistik bedarf einer kurzen Erläuterung: Wir können uns vorstellen, dass sich alle Personen nach der Höhe ihres Einkommens in einer langen Reihe aufstellen. Diejenigen mit den niedrigsten Einkommen stehen ganz links, die mit den höchsten ganz rechts. Nun fragen wir, welchen Anteil an der Summe aller Einkommen das erste Fünftel (1. Quintil) der Personen erhält. Wenn alle Einkommen gleich verteilt wären, sollte es 20% (ein Fünftel) erhalten. Tatsächlich zeigt unsere Tabelle, dass das erste Fünftel der Lohnabhängigen im Jahr 1976 nur 4,8 Prozent erhielt. Ihr Anteil ist im Jahr 2006 auf 2,2 Prozent geschrumpft, hat sich also in 30 Jahren mehr als halbiert. Eine umgekehrte Tendenz zeigt sich bei den Beziehern des höchsten Fünftels der Lohnabhängigen: Erhielten diese 1976 40,2 Prozent vom gesamten Kuchen, waren es 2006 schon 46,7 Prozent. Die Schlussfolgerung: In den letzten Jahren wurden die Reichen etwas reicher, die Ärmeren jedoch viel ärmer. Es ist kein Wunder, dass der Staat mit erhöhten Ausgleichszahlungen in die Bresche springen muss.

Abb. 6 fügt zu dem reproduktiven Kreislauf die kapitalistische Form des Wirtschaftens hinzu. Dadurch entsteht in der Wirtschaft ein zweiter Kreislauf, der wie eine Pumpe des Reichtums wirkt. Er ist die Ursache für eine dauernde Tendenz zu Ungleichheit, in den Einkommen und den Vermögen. Während die Eigentümer an den Produktionsmitteln akkumulieren und der Konsum für sie und ihre Familien ein relativ unwichtiges Anhängsel darstellt, ist es für die lohnabhängigen Menschen umgekehrt. Der Konsum ist zentral, Akkumulation und Vermögen spielt dagegen eine geringere Rolle.

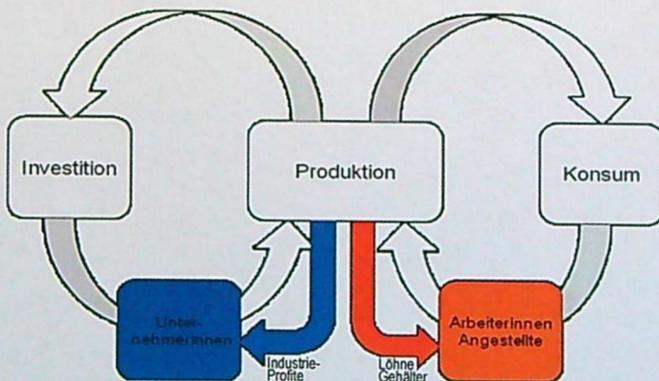


Abbildung 6: Kapital und Lohnarbeit

Auch für diese beiden Kreisläufe ist es aufschlussreich, ihre Verteilung, also den relativen Anteil am Volkseinkommen in seiner Dynamik zu betrachten. In Abb. 7 geht es um die Aufteilung des gesamten neu geschaffenen Reichtums unseres Landes auf Kapital und Arbeit. Der Anteil der Einkommen der Lohnabhängigen am Volkseinkommen (= Lohnquote) ist seit der Mitte der 70er Jahre von 73 Prozent auf 59 Prozent im Jahr 2003 gefallen ist. Gleichzeitig ist die Arbeitslosenquote von 2 Prozent auf 7 Prozent gestiegen, im 1. Quartal 2009 betrug sie sogar 8 Prozent (was nach Statistik Austria mit 291.500 Arbeitslosen die höchste Zahl seit 1950 bedeutet).

### Ber. Lohnquote und Arbeitslosenquote in Österreich, in % des Volkseinkommens

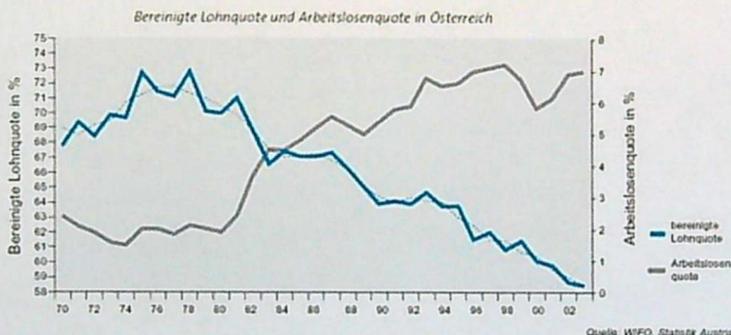


Abbildung 7: Lohnquote und Arbeitslosenquote

Quelle: Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz: 258.

Abbildung 7: Lohnquote und Arbeitslosenquote

Spiegelbildlich zur Lohnquote ist die Gewinnquote von 28 Prozent in der Mitte der 1970er Jahre auf ca. 40 Prozent angestiegen, d.h. die UnternehmerInnen erhalten grob gesprochen rund 13 Prozent mehr am Volkeinkommen als 30 Jahre zuvor. Obwohl die Österreichische Industriellenvereinigung und die Wirtschaftskammer uns immer versichern, dass Gewinne nötig sind, damit investiert wird, mit dem Slogan: »Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut«, zeigt sich, dass die Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen könnten, seit Beginn der 1980er Jahre stagnieren, obwohl die Gewinnein-kommen buchstäblich explodierten (Abb. 8). Wohin gehen denn dann die hohen Gewinne?

## Gewinn- und Investitionsquote in Österreich

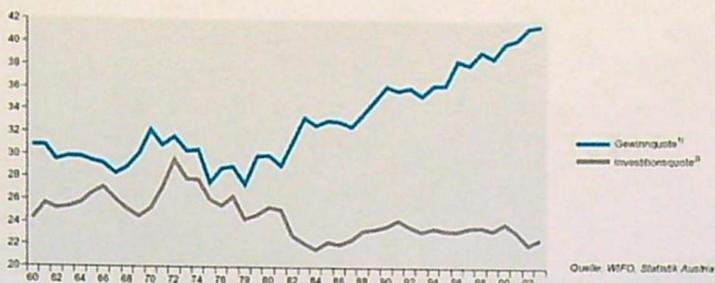


Abbildung 8: Gewinn- und Investitionsquote

Quelle: Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz: 263.

Die Antwort liegt im dritten Kreislauf verborgen (Abb. 9), dem Kreislauf des Finanzkapitals. Gewinne wurden in immer stärkerem Ausmaß in den verschiedensten Finanzprodukten veranlagt, die höhere Gewinnmargen versprachen als die Investitionen in das Realkapital. Durch diese alternative Verwendung der Gewinne wird das Wachstum der realen Wirtschaft und damit die Zunahme des Mehrprodukts gebremst, was aber die Grundlage für alle Gewinne in der Volkswirtschaft darstellt.

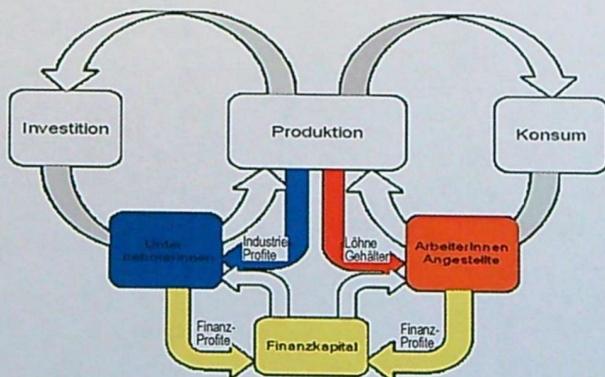


Abbildung 9: Industriekapital, Finanzkapital und Lohnarbeit

Die gegenwärtige Auseinandersetzung um die Reform des Kapitalismus wird hauptsächlich zwischen den zwei Kapitalfraktionen, dem Realkapital und dem Finanzkapital, ausgetragen. Obwohl der Arbeiterbewegung derzeit der Wind ins Gesicht bläst und die Durchsetzungsmöglichkeiten gering sind, wird es an der Zeit, grundlegendere Vorschläge, die auf die Besitzverhältnisse abzielen (z.B. Sozialisierung der Geschäftsbanken, Annullierung der Staatsschuld) in die Diskussion einzubringen. Solange aber die Bildungseinrichtungen, allen voran die Universitäten, dazu missbraucht werden, die bestehende Ordnung argumentativ zu verteidigen und keine Alternativen des Denkens zu lassen, wird es schwierig werden, die allgegenwärtigen Krisen zu überwinden.

- [1] Die Thesen wurden auf Einladung des Rohrbacher Kreises verfasst, der seit vielen Jahren in Sachsen als Begegnungsforum für Akademiker/innen mit naturwissenschaftlich-technischem und geisteswissenschaftlichem Hintergrund dient.
- [2] Im Unterschied zu Todor Pawlow (vgl. Pawlow 1973) behandle ich Widerspiegelung und Vergegenständlichung als zusammengehörig, aber getrennt.
- [3] Dieser doppelte Zugang liegt auch aller Wissenschaft zugrunde. Wissenschaft vermittelt Objektivität aufgrund subjektiver Gewissheit. Sie bietet eine auf der Innensicht gegründete Außensicht.
- [4] Bonn 1994, Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger GmbH
- [5] <http://peter.fleissner.org/petergre/documents/Wirtschaft&Gesellschaft.pdf>
- [6] siehe Emmanuel Farjoun and Moshe Machover (1983): *Laws of Chaos, A Probabilistic Approach to Political Economy*. Verso: London
- [7] [http://peter.fleissner.org/petergre/AWT\\_Kingston\\_Revised\\_Version.pdf](http://peter.fleissner.org/petergre/AWT_Kingston_Revised_Version.pdf)
- [8] [http://peter.fleissner.org/MathMod/Ayres\\_Fleissner\\_Simple%20Hybrid%20I-O.pdf](http://peter.fleissner.org/MathMod/Ayres_Fleissner_Simple%20Hybrid%20I-O.pdf)
- [9] siehe <http://www.triple-c.at/index.php/tripleC/article/view/115/129>

# HANS-GERT GRÄBE

## Wie geht Fortschritt?

Einige Anmerkungen zu Peter Fleissners »Zehn Thesen zur Wissenschaftspolitik«

Version vom 12.12.2009

### EINLEITUNG

Peter Fleissner hat mit seinen *Zehn Thesen zur Wissenschaftspolitik*<sup>1</sup> wichtige gesellschaftliche Zukunftsfragen aufgeworfen und Entwicklungsnotwendigkeiten skizziert, denen kaum widersprochen werden kann. Eine zu Fleissners Argumentation orthogonale Problematik bleibt dabei ausgeklammert – wieso, wenn schon weitgehend anerkannt, sind so viele hehre Worte über weithin anerkannte Notwendigkeiten in dieser Welt und doch so wenig *reale* Bewegung zu verspüren, die gesellschaftliche Entwicklung auch auf diese Linien zu bringen? Reicht es aus, eine wünschenswerte Welt nur genau genug zu beschreiben – im Sinne einer Hegelschen Staatsethik, eines Rousseauschen Gesellschaftsvertrags oder auch nur einer Morusschen Utopie –, um sie Wirklichkeit werden zu lassen? Und ist *Wissenschafts*-Politik – ungeachtet aller Miseren und Defizite auch auf diesem Feld, die hier nicht in Abrede gestellt werden sollen – überhaupt der richtige Adressat der Fleissnerschen Thesen? Was hindert die Welt daran, sich "vernünftig" zu entwickeln? Wie ist diese "Vernunft" eigentlich strukturiert, der nach Fleissner offensichtlich der "Plan einer guten Welt" zu entspringen vermag – anders lässt sich der kategorische Imperativ seiner Thesen kaum interpretieren –, und der Jürgen Mittelstraß<sup>2</sup> mit Bezug auf Kant neben und im Gegensatz zum "Verstand" im Zuge einer sich etablierenden Wissensgesellschaft eine zentrale Rolle beimisst? Sind es die "Guten", die sich dabei gegen die "Bösen" durchzusetzen haben? Wie ist Vernunft als operationalisierte Handlungsethik der "Verständigen" – der "Wissenden", so Mittelstraß – zu verstehen am Beginn der Wissensgesellschaft, wo die Bedeutung eines elitären Daseins als

---

<sup>1</sup> Peter Fleissner: *Zehn Thesen zur Wissenschaftspolitik*. Thesen zum Grundlagenreferat auf dem 16. Kolloquium des Rohrbacher Kreises, Dahlen 2009.

<sup>2</sup> Jürgen Mittelstraß: *Wie viel Ökonomie braucht und wie viel Ökonomie verträgt die Wissensgesellschaft?* Grundsatzreferat im Rahmen der Tagung Wissen und Effizienz – Ökonomisierung der Wissensgesellschaft, 3.–5.12.2009, Univ. Leipzig.

„Wissender“ längst verblasst ist und immer weiter schwindet? Was sagt der „Verstand“ selbst über seinen Zwillingbruder „Vernunft“?

Es ist ein Zeichen des Respekts vor der historischen Erfahrung, wenn derartige Fragen in einem linken Diskurs nicht außer acht gelassen werden. Gehört doch zu diesem Erfahrungsschatz ganz zentral das Scheitern des „Sozialismus im 20. Jahrhundert“, in dem mit der These von der führenden Rolle der Arbeiterklasse und deren praktischer Realisierung als „Partokratie“ eine spezifische Form der Verstandes-Herrschaft erprobt wurde, das „Gute“ durch „die Guten“ (und besonders durch deren Avantgarde) praktisch in Szene zu setzen. Diese Arbeiterelite in theoretischen Überlegungen zu einem „Sozialismus im 21. Jahrhundert“ durch eine Planungselite (Dieterich<sup>3</sup>) oder – wie in Fleissners Thesen in letzter Konsequenz durchschimmert – durch eine Bildungselite zu ersetzen, ändert am grundlegenden Weltverständnis nichts, in welchem das Agens weltbestimmender Steuerungsmacht bei einer wie auch immer konstituierten Gruppe von „Illuminati“ gesehen wird, der man sich in einem vielschichtigen Initiationsritus anschließen kann, wenn man zunächst und zuvorderst zu einem bereit ist – zu bedingungslosem Gehorsam, auch bzw. gerade dann, wenn die Gründe dafür nicht einsichtig sind. Ein solcher Stand der „Illuminati“ mag für Zeiten eine gewisse Berechtigung gehabt haben, in denen die Wissenden – als diejenigen verstanden, welche im Sinne von Jürgen Mittelstraß Wissen als Lebensform praktizierten, praktizieren konnten und durften – eine verschwindende Minderheit in der Gesellschaft darstellten. Eingangs einer Wissensgesellschaft ist eine solche Heraushebung einer Gruppe von „Wissenden“ aus dem kreativen Potenzial der Gesellschaft als Ganzem hochgradig kontraproduktiv.

Mit dem rigorosen Urteil des letzten Abschnitts werde ich Fleissner natürlich nicht gerecht, denn in seinen Thesen bleibt die Konstituierung einer solchen „Vernunft“ zur Handlungsmacht ähnlich vage wie bei Crome<sup>4</sup>, der hierzu die „Agora“<sup>5</sup> bemüht, nicht ohne dann doch wieder beim alten Ansatz „Linke Politikangebote mehrheitsfähig machen“<sup>6</sup> zu landen. Fleissners Thesen geben sich – sicher nicht ohne Grund – eine solche Blöße nicht.

Der junge Marx der *Deutschen Ideologie* (MEW 3) hat seinen Hegel in dieser Frage nur sehr halbherzig vom Kopf auf die Füße gestellt und der alte Marx der *Randglossen*

---

<sup>3</sup> Heinz Dieterich: *Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts*. Kai Homilius Verlag, Berlin 2006.

<sup>4</sup> Erhard Crome: *Sozialismus im 21. Jahrhundert. Zwölf Essays über die Zukunft*. Reihe Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 17. Karl Dietz Verlag, Berlin 2006.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 182.

<sup>6</sup> „Ein politisches Angebot von links zu machen, heißt, es an alle zu adressieren, und davon auszugehen, dass die Linke eines Tages eine sichere Mehrheit haben wird.“ (Ebenda, S. 182)

zum *Gothaer Programm* (MEW 19) davon vieles wieder zurückgenommen. Es blieb einem anderen Junghegelianer, dem "Präanarchisten"<sup>7</sup> Max Stirner vorbehalten, mit einem paternalistischen Staats- und letztlich Vernunftverständnis grundlegend aufzuräumen und dem Ruf nach Pflicht und Gehorsam sein "Was soll nicht alles meine Sache sein! Vor allem die gute Sache, die Sache Gottes, die Sache der Menschheit, der Wahrheit, der Freiheit [ . . . ] Nur Meine Sache soll niemals Meine Sache sein. 'Pfui über den Egoisten, der nur an sich denkt!'"<sup>8</sup> entgegenzuschmettern. Marx' Versuch der Auseinandersetzung mit einem derart radikalen Ansatz fällt halbherzig aus und lässt ihn später (MEW 13, S. 10) mit Erleichterung feststellen, aus damaligen widrigen Umständen heraus die entsprechenden Überlegungen "der nagenden Kritik der Mäuse" überlassen zu haben, "als wir unserm Hauptzweck erreicht hatten – Selbstverständigung", allerdings gerade *nicht* in der hier aufgeworfenen Frage.

Kann aber ein anderes als dieses anarchistische Prinzip den Kern einer Assoziation bilden, "worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist" (MEW 4, S. 482)? Wieso waren sich im "Sozialismus des 20. Jahrhunderts" mit Sozialdemokraten und Kommunisten die beiden Flügel der Arbeiterbewegung in wenigen Fragen eins, im gemeinsamen Vorgehen gegen den Anarchismus – etwa im Kronstädter Aufstand – aber schon?

Ich möchte mit den folgenden Anmerkungen dem Hegelschen Geist von Fleissners Thesen etwas mehr Stirnersch Geprägtes entgegenhalten und dabei zugleich den Blick vom großen Bild der Zukunft stärker auf die Dynamik des Heute richten, in dem ja angeblich die Keime der Zukunft schon wirken. Es ist wichtig, den Traum von Zukunft an *reale* Dynamiken im Heute zu koppeln, um den schönen Traum in der realen Durchführung nicht praktisch scheitern zu sehen wie den "Sozialismus des 20. Jahrhunderts".

## DIE AKTUELLE KRISE

Fleissner geht in seinen Thesen davon aus, dass die aktuellen Krisen- und damit verbundene Umbruchprozesse vor allem als Wissenschafts- und Technologiekrisis zu begreifen sind (These 1) oder doch wenigstens umfassenderen wirtschaftlichen und ge-

---

<sup>7</sup> So Siegfried Bönsch über Stirner im Titel einer Veranstaltung im Freud-Jahr 2006, siehe <http://www.leipzig-netz.de/index.php5/WAK:2006-11-28>.

<sup>8</sup> Max Stirner: *Der Einzige und sein Eigentum*. Verlegt von Otto Wigand, Leipzig 1845. Zitiert nach der Ausgabe im Reclam-Verlag, Stuttgart 1981, Einleitung

sellschaftlichen Krisenprozessen durch (wissenschaftliche) Untersuchung "auf ihre Genese und die dahinterliegenden Mechanismen [ . . . ] und durch die Herausarbeitung von Alternativen zu gegenwärtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationsformen" (These 2) wirksam begegnet werden könne.

These 1 – zunehmendes diagnostisches Unvermögen der "meisten traditionellen Wissenschaften" – und These 2 – Anspruchshaltung an die Fähigkeiten ebendieser Wissenschaften, Relevantes zur Krisenbewältigung beizusteuern – stehen in einem eigentümlichen Spannungsverhältnis zueinander, das durch die Thesen 3 bis 5 noch verschärft wird, in denen dem Krisenbewältigungsmotor Wissenschaft und Technologie – in der Form apodiktischer Imperative – weitere strukturelle Defizite zugeschrieben werden. Dieser "Hoffnungsträger" soll dann (These 6) die tragfähige Basis bilden, um "wissenschaftliche Grundhaltungen im obigen Sinn in der Massenkultur stärker zu verankern und aufzuwerten".

Zur Realität des wissenschafts-medialen Alltags gehört es, dass warnende Stimmen aus der Wissenschaft stigmatisiert werden. Hat sich doch längst herausgestellt, dass die aktuelle Krise nichts als eine große Finanzkrise ist, die wir dank Bad Banks schon so gut wie überwunden haben – alle Prognosen der Wirtschaftsweisen (der in These 2 angesprochenen Akteure?) zeigen den nahen Aufschwung an. Auch die Energiekrise ist durch unverantwortliche Kleingeister und Panikmacher herbeigeredet, die die Chancen und technologischen Möglichkeiten der Kernenergie einfach nicht begreifen, wie Kollege Klose nicht müde wird, im Rohrbacher Kreis zu betonen (siehe dazu auch den Beitrag von E. Franz in diesem Sammelband). Neuere Recherchen zeigen, dass es auch mit der Klimakatastrophe nicht so weit her sein kann wie uns in alten Horrorszenarien weisgemacht werden sollte, wo doch die entsprechenden Daten von führenden Klimaforschern (noch einmal These 2?) frisiert wurden<sup>9</sup>, um die eigenen Schlussfolgerungen zu untermauern.

---

<sup>9</sup> *Führender Klimaforscher Jones lässt Amt ruhen.* "Der Direktor des Klimaforschungsinstituts an der Universität von East Anglia in Norwich, Professor Phil Jones, lässt sein Amt zumindest vorübergehend ruhen. Das gab die Universität am Dienstag bekannt, wie die Nachrichtenagentur Bloomberg berichtete. Jones reagiert damit auf Vorwürfe, dass Klimaforscher Daten über die Erwärmung der Erdatmosphäre gefälscht haben sollen. [ . . . ] Unter den tausenden E-Mails von Klimaforschern, die Ende November von Hackern erst gestohlen und dann im Internet veröffentlicht wurden, waren auch private Nachrichten von Jones. Die E-Mails, die bis ins Jahr 1996 zurückreichen, wurden von Kritikern der These vom menschengemachten Klimawandel als Beweis dafür gewertet, dass Klimaforscher Daten manipuliert hätten, die eine Erderwärmung belegen sollten." FAZ 2.12.2009; siehe auch "Getrickst? Klimaforscher Jones lässt Amt ruhen", Die Welt 2.12.2009; "Klima-Gate" FAZ.Net 4.12.2009; "Klima-Gate nährt Klimawandelskepsis", Deutschlandfunk, 4.12.2009, <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/1081802/>; Klimaforscher unter

Fleissner begegnet dieser Realität des wissenschaftlichen Alltags allein mit einer Hoffnung, dass "vernünftige Tendenzen" in einer sich zunehmend interdisziplinär vernetzenden Wissenschaftslandschaft letztlich die Oberhand gewinnen werden. Doch die Hoffnung auf "Vernunft" oder auf zunehmende "Interdisziplinarität" haben eine schweren Stand im heutigen Wissenschaftsaltag.

Die vielfältigen zeitliche verschränkten Dimensionen der aktuellen Krisenprozesse waren Gegenstand ausführlicher Reflexionen – siehe etwa die im Einsteinjahr 2005 erschienene *Potsdamer Denkschrift*<sup>10</sup> des VDW; auch im Rohrbacher Kreis waren solche Überlegungen bereits mehrfach Thema, siehe etwa unsere *Chemnitzer Thesen*<sup>11</sup> –, so dass dies hier nicht noch einmal im Detail ausgeführt werden muss. Diese zeitlichen Dimensionen sind in einer fundierten Analyse allerdings wie Zwiebelschalen nacheinander abzuheben, wenn man zum Kern vordringen möchte,

- um in der Finanzkrise die Bewegungsform der Technologieumbrüche zu sehen, die etwa jede zweite Generation die kapitalistische Produktionsweise erschüttern und noch jedes Mal zu grundlegenden Umwälzungen der Produktionsorganisation geführt haben – schon Marx stellte fest, dass der Kapitalismus seine eigenen Produktionsbedingungen dauernd umwälzt und umwälzen muss (MEW 23, S. 511 ff.);
- um in der Folge der Technologieumbrüche mit der Entfaltung der Industriegesellschaft auch die Entfaltung ihrer Krise zu sehen – in der im 20. Jahrhundert geschaffenen Industriemaschine auch den Moloch wahrzunehmen, der das Potenzial in sich trägt, die Menschheit und einen großen Teil des höheren Lebens auf diesem Planeten zu vernichten;
- um diese Entfaltung der Krise der Industriegesellschaft als Moment der Krise eines modernen Wissenschaftsverständnisses wahrzunehmen, welches seinen Ursprung in der Aufklärung und dem Übergang zum Kapitalismus hat – eines Wissenschaftsverständnisses, das geprägt ist von der Aufgabe eines holistischen, auf "Vernunft"

---

Verdacht. "Ein renommiertes Institut steht im Verdacht, Daten zur Erderwärmung manipuliert und Kritiker unter Druck gesetzt zu haben [ . . . ]", Kölner Stadtanzeiger, 4.12.2009, <http://www.ksta.de/html/artikel/1256137110676.shtml>

<sup>10</sup> Potsdamer Manifest und Potsdamer Denkschrift. Siehe <http://www.vdw.ev.de/manifest/index.html>

<sup>11</sup> Hans-Gert Gräbe: Wissen und Bildung in der modernen Gesellschaft. Chemnitzer Thesen. In: "Wissen und Bildung in der modernen Gesellschaft". Texte der V. Rosa-Luxemburg-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Hrsg. Hans-Gert Gräbe. Reihe Texte zur politischen Bildung 34, Leipzig 2006. S. 7-23.

orientierten Weltverständnis zugunsten stärker praktisch geprägter Verstandes-Aspekte und so zugleich die Grundlage legend für den Machbarkeitswahn der Moderne und dessen Übersteigerung im 20. Jahrhundert, einem schon vor über 2000 Jahren vorhergesagten "Sein wie Gott" (1. Moses 3,5);

- um schließlich diesen Machbarkeitswahn auf der Skala einer Jahrtausende währenden Menschheitsentwicklung als ein ebenso temporär notwendiges wie notwendig zu überwindendes Moment auf dem Weg der Menschheit von einem Leben "in der Natur" zu einem Leben "mit der Natur" – als Moment auf dem Weg der Ausprägung einer Noosphäre im Sinne von Wladimir Wernadski und Teilhard de Jardin – zu begreifen.

Gerade letzteres scheint mit neuen Kommunikationsmöglichkeiten und -formen des Internet-Zeitalters in eine neue Etappe einzutreten, mit der auch neue Formen im philosophischen Diskurs und der politischer Willensbildung an Bedeutung gewinnen, siehe etwa K. Nyiri<sup>12</sup>. Auf jeden Fall zeigen diese verschiedenen Sichten auf die eine, komplex interagierende Welt die Ambivalenz von einseitigen Bewertungen, so stringent und "verständlich" sie auch vorgetragen sein mögen. Es ist (nicht nur) für die Linke hohe Zeit, sich dieser Ambivalenz von Wertungen aus verschiedenen zeitlichen Rastern, in früheren Zeiten auch schon mal *Dialektik* genannt, neu zu versichern.

In den weiteren Ausführungen werde ich dieser Ambivalenz von Wertungen in verschiedenen zeitlichen Rastern in einem speziellen Bereich, den ökonomischen Grundlagen von "Fortschritt", nachspüren.

## WAS IST FORTSCHRITT?

Will linke Politik nicht nur Sprachrohr der Armen und sozial Benachteiligten sein und in deren Namen nachträgliche Umverteilungen in einem aus primären ökonomischen Verteilungsmechanismen resultierenden Einkommensgefälle einfordern, so wird sie sich mit den Bewegungs- und Formungsprozessen dieser primär ökonomischen Verteilungsmechanismen (wieder intensiver) befassen müssen.

Sie kann hierbei auf ein reichhaltiges Erbe ökonomischer Analyse kapitalistischer Verhältnisse zurückgreifen, an deren Ausgangspunkt Marxens ökonomische Analyse im "Kapital" steht, die im Folgenden eine vielfältige Fortschreibung erfahren hat. Es

---

<sup>12</sup> Kristóf Nyíri: Vernetztes Wissen – Philosophie im Zeitalter des Internets. Wien: Passagen Verlag 2004. [http://www.hunfi.hu/nyiri/vernetztes\\_wissen.htm](http://www.hunfi.hu/nyiri/vernetztes_wissen.htm)

bleibt allerdings die Frage, in welchem Umfang Original und Fortschreibungen *Änderungen* der Produktionsweise des Kapitalismus und insbesondere die *Dynamik dieser Änderungen* adäquat berücksichtigen. Während ihr die Analyse kürzerer Zeiträume durchaus gelingt – sowohl in ihrer Dimension der polit-ökonomischen Kritik kapitalistischer Verhältnisse als auch der quantitativen ökonomischen Analyse realer volkswirtschaftlicher Verflechtungen auf der Basis Leontieffscher Begrifflichkeiten –, bleibt sie Beschreibungen der Dynamik längerfristiger, technologisch bedingter Umbrüche jenseits des vagen Ansatzes der Kondratjewschen Wellen weitgehend schuldig.

Dies ist um so bedauerlicher, als mit den von diesen technologischen Entwicklungen induzierten Umbrüchen der Produktionsweise eine grundlegende – bereits vor 150 Jahren (MEW 23, S. 511 ff.) erkannte – Dynamik kapitalistischer Entwicklung analytisch nur unzureichend durchdrungen ist, die eigentlich zentral für jedes Sozialismusverständnis sein müsste. Kann doch allein auf der Grundlage einer solchen Analyse qualifiziert vorhergesagt werden, ob die je aktuelle Krise des Systems (nur) zu einer erneuerten kapitalistischen Produktionsweise führen wird oder aber die Potenz einer die kapitalistische Ordnung sprengenden Entwicklung in sich trägt.

Vielleicht ist es mit dem "Sprengen" aber auch ganz anders, wie Argumente Rainer Thiels zur *Allmählichkeit der Revolution*<sup>13</sup> nahe legen, und jeder dieser Umbrüche führt *zugleich* zu einer erneuerten kapitalistischen und auch zu einer – in gewisser Hinsicht – menschlicheren Gesellschaft, näher heran an eine freie Assoziation autonomer kooperativer Akteure, an eine "Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist" (MEW 4, S. 482)?

Diese zentrale Frage – die Frage "Wie geht Fortschritt?" – wird ein tragfähiges Konzept eines "Sozialismus im 21. Jahrhundert" beantworten müssen. Allerdings reicht es dafür kaum aus, acht Seiten wie in Cromes Buch<sup>14</sup> zu reservieren, um danach (genauer: vorab) allein die Engelssche Bestätigung der Hegelschen "Ironie des Schicksals" zu wiederholen, dass "die Leute, die sich rühmten, eine Revolution gemacht zu haben, noch immer am Tag darauf gesehen haben, daß sie nicht wußten, was sie taten, daß die gemachte Revolution jener, die sie machen wollten, durchaus nicht ähnlich sah."

Der Frage "Wie geht Fortschritt?" vorangestellt werden muss allerdings zunächst die Frage "Was ist Fortschritt?", welche Veränderung des Status quo ist als solcher zu qua-

---

<sup>13</sup> Rainer Thiel: *Die Allmählichkeit der Revolution. Blick in sieben Wissenschaften. Selbstorganisation sozialer Prozesse*, Bd. 6. LIT Verlag, Münster 2000. Siehe auch <http://www.thiel-dialektik.de>

<sup>14</sup> Erhard Crome. Ebenda, S. 193 ff.

lizieren? Mit Blick auf die Vielfalt verschiedener Interessen und die Ambivalenz von Wirkungen auf verschiedenen Zeitskalen ist für einen engeren Fortschrittsbegriff, der mehr zum Inhalt hat als alleinige Änderung des Status quo, ein Abwägen unumgänglich. Wie aber bestimmt sich das Maß dieses Abwägens? Wie sind etwa Interessen und Meinungen von fortschrittsbesessenen Mehrheiten ("wo gehobelt wird, da fallen Späne") gegen berechnete Interessen von Minderheiten anzusetzen, die mit Blick auf die Auswirkungen auf die eigene Lage in denselben Entwicklungen mitnichten einen Fortschritt erkennen können?

Jeder engere, an einem wie auch immer gearteten Vernunft-Begriff ausgerichtete Fortschrittsbegriff braucht einen Richter oder eine richterliche Instanz, die entscheidet, was *vernünftig* ist. Im Stimerschen Sinne muss die Frage nach einer solchen externen Ratio verworfen werden, denn was kann anderes denn Meine Sache das Maß Meines Fortschritts sein? Wie kann sich anders als im (kultivierten) Streit dieser Interessen ein neues Gleichgewicht herausbilden?

Und ist nicht genau dies auch das Prinzip, nach dem Natur seit Jahrmillionen funktioniert? Die Natur richtet nicht, sondern öffnet und schließt Nischen. Genauer – Nischen öffnen und schließen *sich* im Wechselverhältnis äußerer Bedingtheit und innerer Dynamik bzw. im Widerstreit verschiedener innerer Dynamiken. Oft sind es hochgradig zeitkritische Phänomene, die über Entwicklungspfade entscheiden.

Fortschritt in einem solchen Verständnis ist nicht als *spezifische* Art von Veränderung, als "vernünftige", "gute", "progressive" Veränderung zu fassen, sondern kann nur mit Veränderung überhaupt gleichgesetzt werden. *Gezielte* Veränderung im Sinne einer "vernünftigen" Entwicklung setzt dann Allianzen voraus, in welchen Interessen gebündelt werden, um kooperativ Dynamiken im für die Teilnehmer günstigen Sinne zu beeinflussen. Ein solches Prinzip liegt der Entwicklung natürlicher Gegebenheiten seit Jahrmillionen zu Grunde, wobei hier besser von *Symbiosen* zu sprechen ist, denn die Bildung von "Allianzen" fällt dabei mit der Existenz positiv aufeinander rückkoppelnder Dynamiken zusammen. Sich stabilisierende Dynamiken sind der Ausgangspunkt für neue Strukturbildung und kooperative Effekte und diese wiederum für noch komplexere Dynamiken. So entstand die heute zu beobachtende vielfältig stratifizierte, hochgradig granular aufgebaute Welt, die Welt der kulturell-gesellschaftlichen Institutionen der menschlichen Gemeinschaft eingeschlossen.

Nehmen wir Fleissners Thesen als Aufruf, eine neue "Allianz der Vernunft" zu schmieden, um "den Wandel zu gestalten" (so das Thema der Dahleener Tagung 2010), so ist vor allem die Frage zu beantworten, wie sich eine solche Allianz konstituiert und

in das komplexe Wechselspiel der bestehenden Allianzen und gesellschaftlichen Institutionen einordnet, welche Umbrüche durch aktuelle gesellschaftliche Dynamiken provoziert werden und welche Nischen und Handlungsräume sich dabei neu öffnen.

## DIE ÖKONOMIE DES FORTSCHRITTS

Ein zentrales Feld, welches bei einer solchen analytischen Betrachtung sondiert werden muss, ist das Feld der Ökonomie als der materiellen Basis von Veränderungen. Klassische ökonomische Ansätze gehen von Gleichgewichtsbetrachtungen etablierter ökonomischer Verhältnisse aus und versuchen, auf dieser Basis Veränderungen zu beschreiben. Ob eine solche Betrachtung für hochgradig dynamische Prozesse weit entfernt vom Gleichgewicht, wie sie typischerweise in dissipativen Strukturen anzutreffen sind, ausreicht, mag hier dahingestellt bleiben.

In einer marxistisch geprägten Arbeitswerttheorie wird man deshalb sinnvollerweise von der Grundgleichung der Ökonomie der einfachen Reproduktion  $p = c + v + m$  starten, die den Produktionsverbrauch  $c$ , die neu zugesetzte "lebendige" Arbeit  $v$  und einen kategorial näher zu bestimmenden Anteil  $m$ , den *Mehrwert*, zum Preis  $p$  als der Quantadimension gesellschaftlicher Anerkennung der konkreten produktiven Aktivität ins Verhältnis setzt.

Mit klaren zeitlichen Rastern im Kopf entgehen wir auch kategorialer Konfusion in der Bestimmung von  $c$ , denn wir werden darunter stets nur den *operativen* Produktionsverbrauch ohne Anrechnung von Abschreibungen fassen, da ein Abschreibungs-Investitionszyklus sich auf einer anderen zeitlichen Skala bewegt als der operative Produktionsprozess selbst. Beiden gemein ist allerdings die Notwendigkeit, Kapital über die jeweilige Prozess-Eigenzeit vorzustrecken in der Hoffnung, dass dieses am Ende in der prognostizierten Höhe zurückfließt – die Qualedimension gesellschaftlicher Anerkennung der konkreten produktiven Aktivität, wenigstens in einer kapitalistischen Produktionsweise.

Während sich mit  $c$ ,  $v$  und  $p$  klare externe Kosten verbinden lassen, bleibt die Quelle des Mehrwerts  $m$  eigenartig vage. Peter Rubens Argumente<sup>15</sup> gegen eine – traditionsmarxistisch wohlfeile – Qualifizierung dieser Quelle als "Raub vom Arbeiter" sollen hier nicht wiederholt werden, da beide Seiten polit-ökonomisch argumentieren, hier dagegen auf

---

<sup>15</sup> Peter Ruben: Was bleibt von Marx' ökonomischer Theorie? In: Die ökonomische Theorie von Marx – was bleibt? Reflexionen nach dem Ende des europäischen Kommunismus. Hrsg. v. C. Warnke u. G. Huber. Marburg, Metropolis Verlag, Marburg 1998. S.13–66.

den *ökonomisch funktionalen* Gehalt von  $m$  oder Teilen davon abgehoben werden soll. Quantitativ stellt er sich zunächst einmal als Residualgröße  $m = p - c - v$  dar, als Wertgröße, die nach dem operativen Geschäft, nachdem alle notwendigen Ausgaben abgezogen sind, übrig bleibt. Dass es sich dabei nicht um eine mysteriöse Geldvermehrung handelt, in welcher "aus Geld mehr Geld entsteht,  $G - G'$ ," zeigt ein Blick auf längerfristige Dynamiken der volkswirtschaftlich verfügbaren Geldmenge, die mitnichten proportional zum Bestand – also exponentiell – wächst.

Die traditionsmarxistisch undifferenzierte Bezeichnung dieser Größe als *Profit* findet in einer betriebswirtschaftlichen Betrachtung eine mehrfache Auffächerung in *Rohgewinn*, *Reingewinn*, Gewinn *vor* und *nach* Steuern usw., wobei in der Folge verschiedene Teile abgezweigt werden, um verschiedene Aufgaben der Reproduktion der produktiven Infrastruktur zu bewältigen. *Vor* diesen reproduktiven Aufgaben ist allerdings der in den Büchern als *Gewinnentnahme* zu Buche schlagende Unternehmerlohn  $u$  abzuziehen –  $m = r + u$  –, der gerade für kleine und mittelständische Unternehmen oftmals deutlich prekärer ausfällt als der vor Beginn der produktiven Aktivität zu vereinbarende garantierte Lohnanteil  $v$ .

Der Anteil  $r$  der Überschüsse steht dem Unternehmer als "fungierendem Kapitalisten" zur Verfügung, um damit zu verschiedenen Reproduktionsaufgaben beizutragen, als da sind

- Rückstellungen  $a$  zur Erneuerung der eigenen produktiven Infrastruktur (diese Rückstellungen finden als *Abschreibungen* gesellschaftliche Anerkennung in Form einer steuerrechtlichen Sonderbehandlung);
- Beiträge  $z$  zu zwischenbetrieblichen Einrichtungen, mit denen eine kooperative, unternehmerisch selbstbestimmte Reproduktion von gemeinschaftlich genutzter Infrastruktur auf – meist langfristig – vertragsrechtlich vereinbarter Basis erfolgt;
- sowie Steuern und Abgaben  $t$  – vermindert um Subventionen – als steuer- und ordnungsrechtlich begründeter Beitrag zur Reproduktion einer staatlichen und kommunalen – also gesellschaftlichen im Gegensatz zur gemeinschaftlichen – Infrastruktur;

Nach dieser Aufteilung des *Rohgewinns*  $r = t + z + a + r'$  in verschiedene Beiträge zu vorhersehbaren reproduktiven Aufgaben verschiedenen Kalibers bleibt mit dem *Reingewinn*  $r'$  eine residuale Größe in der privaten Verfügung des "fungierenden Kapitalisten" für die Unwägbarkeiten des Alltags – kurz, als private ökonomische Basis von Fortschritt in unserem Sinne.

Das Profitprinzip ist damit die prozessuale Grundlage für einen wesentlichen Teil der Zukunftsfähigkeit dieser Gesellschaft. Eine solche funktionale Bedeutung wird bei der Qualifizierung desselben als "Raub am Arbeiter" gemeinhin übersehen.

## DIE BÉNARD-ZELLEN DES FORTSCHRITTS

Dem Reingewinn  $r'$  als ökonomischer Basis der *Organisation von Veränderung* privat verantworteter produktiver Aktivitäten – und damit Fortschritt in der in diesem Aufsatz aufgerufenen Bedeutung – stehen ähnlich strukturierte Teile  $z'$  der zwischenbetrieblichen Einnahmen und  $r'$  öffentlicher Transfers zur Seite, die verschiedene Facetten einer gemeinschaftlichen ökonomischen Basis von Fortschritt darstellen. Es ist offensichtlich dieses eigenartige Wechselspiel einer verschiedenen granularen "Fortschrittsökonomie", welches die Beweglichkeit einer kapitalistischen Produktionsorganisation begründet und die Überlegenheit eines "geistiglebendigen Kosmos"<sup>16</sup> granularer Verantwortlichkeitsstrukturen gegenüber zentralistischen Planungsansätzen ausmacht.

Dieses *enge Wechselspiel von Fortschritt und unternehmerischer Freiheit* führt dazu, dass sich strukturelle Veränderungen viel stärker durch intrinsische Dynamiken bestimmen als durch Setzung externer Rahmenbedingungen. Dieses Phänomen ist aber aus der Theorie dissipativer Systeme bestens bekannt – die Einkopplung mikroskopischer interner Zustände durch Verstärkung von Resonanzen und Dämpfen von Dissonanzen zu makroskopisch beobachtbaren Phänomenen – und bestimmen das Wechselspiel von kleinräumlichen und großräumigen Strukturen, die Verschränkung von Raum und Zeit sowie koevolutive Phänomene auf Mikround Makroebene.

Dass es nicht nur weiträumig planerische Ansätze realsozialistischen Kalibers sind, welche die Bedeutung intrinsischer kleinteiliger Dynamiken übersehen, die an konkrete Orte in Raum und Zeit gebunden sind, stellt Christian Eigner<sup>17</sup> fest: "Die New Economy ist nicht zuletzt daran gescheitert, dass sie den Raum vergessen hat: Als einen großen Marktplatz, als eine Riesenfläche stellten sich die DotComs die Welt vor. Und glaubten deshalb, sich platzieren zu können, wo sie gerade wollten. Ein gravierender

---

<sup>16</sup> *Vom materialistisch-mechanistischen Weltbild zum geistig-lebendigen Kosmos*. ZwischenÜberschrift im Abschnitt 3 des *Potsdamer Manifests*. Siehe Fußnote 10.

<sup>17</sup> Christian Eigner: Wenn Wirtschaft auf den Raum vergisst. In: *SpacEconomy*. Herausgegeben von der Zentralvereinigung der Architekten Oesterreichs – Landesverband Steiermark, Juli 2002. <http://www.wikiservice.at/buecher/wiki.cgi?FastBookNr1>

Irrtum, wie man mittlerweile weiß. 'Raumvergessenheit' ist allerdings ein Problem der Ökonomie ganz generell. Was zu vielen falschen Bildern führt. Denn mag auch ein Großkonzern wie bei einem Schachspiel von Standplatz zu Standplatz springen können – ein kleines Unternehmen, 'family business', muss sich in und mit Räumen entfalten. Das bedeutet aber auch, dass eigentlich von einer Flächenwirtschaft eine Raumwirtschaft unterschieden werden muss, die ganz anderen Regeln folgt [ . . . ]"<sup>18</sup>

Die strukturelle Manifestation von Veränderungen ergibt sich also in vielen Fällen aus dem veränderten Zusammenfügen vorhandener lokaler Dynamiken, dem Verschieben von Gewichten, Auf- und Abbau sowie Rekombination anderweitig bewährter Strukturen, kurz – der Dynamik der Bénardzellen<sup>18</sup> des Fortschritts. Es geht darum, im Fortschreiten die innere Verbundenheit je Meiner Sache mit diesen Dynamiken zu vertiefen statt zu ignorieren.

## INNOVATION UND UBIQUITÄT – DER TENDENZIELLE FALL DER PROFITRATE

Nachdem die Bedeutung der residualen Profitrate  $r'$  für das ökonomische Prozessieren von Fortschritt herausgearbeitet wurde, muss angenommen werden, dass diese durchschnittliche Profitrate in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft verschieden ist und den jeweiligen Grad der Veränderungsdynamik widerspiegelt. Es gibt damit gute Gründe, an dem in der traditionsmarxistischen Literatur als *Transformationsproblem* bekannten angeblichen Ausgleich der Profitraten zwischen verschiedenen Sektoren zu zweifeln und dies empirisch zu überprüfen.

Das soll und kann hier nicht geschehen, da in Bereichen mit hohem Veränderungsdruck auch nicht die *durchschnittliche* Profitrate von Interesse ist, sondern deren hohe Varianz, mit der die Qualedimension ökonomischer Dynamik in den Vordergrund tritt. Erfolgreiche Unternehmen werden belohnt und können ihre Experimente fortführen, weniger erfolgreiche müssen umsteuern oder verschwinden ganz von der ökonomischen Bühne. Erfolg in einer mit hochgradigen Unsicherheiten und Unwägbarkeiten verbundenen ökonomischen Umbruchsituation ergibt sich dabei aus einer eigenartigen

---

<sup>18</sup> Bénardzellen bilden sich als Konvektionszellen heraus, wenn eine Wasserschicht von unten erhitzt wird. Diese Form der lokalen Selbstorganisation des Wärmetransports ist eines der bekanntesten dissipativen Phänomene. <http://de.wikipedia.org/wiki/Benard-Experiment>

Mischung von Können, Gespür und Glück, in der sich ein gesellschaftlicher Suchprozess manifestiert, der mit biologischen Mutations-Selektions-Szenarien vergleichbar ist.

Um die erforderlichen Mittel für diese Experimente zwischen den verschiedenen ökonomischen Sektoren umzuverteilen, spielen neben staatlichen Subventionen und direktem privatwirtschaftlichem Engagement in neuen Sektoren vor allem die Banken eine zentrale Rolle, indem sie in anderen Sektoren temporär brachliegende Mittel einsammeln, für die vereinbarte Zeit zur Finanzierung ökonomischer Aktivitäten in den neuen Bereichen zur Verfügung stellen und die damit verbundenen Risiken auf eine größere Gruppe ökonomischer Akteure verteilen. Auch wenn sich diese Form der "Geldanlage" in den letzten Jahrzehnten deutlich verselbstständigt hat, so ändert sich damit doch nichts an deren Grundcharakter und insbesondere an der Abhängigkeit der eigenen Dynamik von der Dynamik der finanzhungrigen "Märkte des Fortschritts" – also der Veränderung –, die uns im Weiteren allein interessieren soll. Wir konstatieren an dieser Stelle nur, dass sich Brüche in der Dynamik dieser Fortschritts-Märkte auf Grund derartiger Verflechtungen unmittelbar im Finanzbereich auswirken, die aktuelle Finanzkrise damit also auch hier zum Teil ihre Erklärung findet – jenseits der Frage, dass sie auch eine "Fortschrittskrise" des Finanzsektors selbst im Sinne der weiteren Ausführungen ist (Stichwort: Derivatehandel).

Das Eindringen neuer technologischer Entwicklungen in den ökonomischen Alltag beginnt also mit einer hohen Varianzbreite entsprechender ökonomischer Aktivitäten, in denen Erfolg und Scheitern eng beieinander liegen. Eine in dieser Phase überdurchschnittliche Profitrate kompensiert im Mittel die hohe Rate des Scheiterns – ökonomischer Fortschritt (im hier verstandenen Sinn des Veränderns) setzt sich über die suchende Bewegung eines Hochfahrens und Abwickelns ökonomischer Aktivitäten um. In einer solchen Phase der Entwicklung wird "viel Geld in den Sand gesetzt", staatliche Projektgelder ebenso wie über den Bankensektor eingesammeltes privates Venturekapital. Beide Bereiche (Staat und Finanzsektor) übernehmen damit eine Pufferrolle, um die Auswirkungen dieser produktionsorganisatorischen Umbrüche lokal zu begrenzen und nicht die ganze Gesellschaft in Mitleidenschaft zu ziehen. Das hat natürlich seine Grenzen im Fassungsvermögen der Puffer selbst. Treten technologische Umbrüche in größerem Umfang auf – und dies scheint ein Charakteristikum der kritischen Phasen der Kondratjew-Wellen zu sein – wird der Puffer überstrapaziert mit der Folge, dass Geld in Größenordnungen "verbrannt" wird, wenn sich auf breiter Front Renditeversprechen und -erwartungen und damit private ökonomische Kalküle nicht mehr verwirklichen. Die Welle schwappt über und erfasst die gesamte Wirtschaft in einer veritablen Krise,

die ihren Ausgangspunkt im Finanzbereich nimmt wie aktuell gerade wieder zu beobachten.

Doch kehren wir zum "gewöhnlichen" Fortschrittsszenario zurück. Auch hier wird die Phase des "Blühens von 1000 Blumen" durch eine Konsolidierungsphase beendet, in der sich ein "Stand der Technik" herausbildet und zugleich eine überschaubare Anzahl ökonomisch (und damit technologisch) "erfolgreicher" Akteure ausreichender Größe und Leistungsfähigkeit übrig bleibt, für welche die Quantadimension ökonomischer Aktivität (also betriebswirtschaftliche Aspekte) im Vergleich zur Qualedimension (also technologische Aspekte) an Bedeutung gewinnt. Diese Konsolidierung prozessiert sich durch die Verringerung der möglichen Profitmargen  $\pi$ , was die Pufferwirkung entsprechender Rückstellungen begrenzt und damit die bisherige hohe Varianz des technologisch "Erlaubten" zugunsten einer größeren Tiefe beschränkt. Eine solche Konsolidierung ist mit einer "Marktberreinigung" verbunden – auch hier wird "Geld verbrannt", wenn auch nicht mit einer solchen gesellschaftlichen Fernwirkung wie oben beschrieben. Die "DotCom-Krise" ist wohl als eine solche Konsolidierungsphase einzuordnen.

Zunächst innovative technologische Neuerungen werden damit immer mehr zum gewöhnlichen – ubiquitären – Stand der Technik. Dieser Prozess der "Commodifizierung"<sup>19</sup> wird begleitet von einem tendenziellen Fall der Profitrate  $r'$ , der sich im Weiteren fortsetzt, indem Produktionen aus Hochlohnländern mit entsprechender technologischer Infrastruktur, die oft auch mit höheren Umweltstandards einhergeht, in Niedriglohnländer verlagert wird. Dieser Prozess senkt die Profitmargen weiter und zwingt die dort agierenden Unternehmen, auch die letzten betriebswirtschaftlich und produktionslogisch denkbaren Reserven auszuschöpfen. Das Prinzip der Effizienzmaximierung und damit letztlich der Minimierung des gesellschaftlichen Aufwands zur Produktion dieser mittlerweile wohlfeilen Güter setzt sich in dem Maße durch, in dem es nicht durch übergreifende politische Rahmenseetzungen in eine außerökonomische, übergreifende Rationalität eingebunden ist, die von längerwelligen gesellschaftlichen Dynamiken gespeist wird und über entsprechende "Versklavungseffekte" Kausalitäten der gesellschaftlichen Makroebene auf betriebswirtschaftlicher Ebene zur Geltung bringt. Eine derart verstandene *Emanzipation von Politik* ist auch eine zentrale Forderung der *Chemnitzer Thesen*<sup>20</sup>.

---

<sup>19</sup> Franz Nactar: "Commodification", Wertgesetz und immaterielle Arbeit. Grundrisse 14 (2005), S. 6-19

<sup>20</sup> Chemnitzer Thesen. Ebenda, These 19.

## DAS PHÄNOMEN GOOGLE

Nachdem wir die Durchsetzung technologischer Neuerungen aus ökonomischer Perspektive genauer beleuchtet haben, bleibt die Frage, aus welchen Quellen sich eine Umwälzung des Überbaus – insbesondere der politischen Strukturen und rechtlichen Setzungen – entsprechend den neuen technologischen Erfordernissen speist.

Diese neuen technologischen Erfordernisse der Wissensgesellschaft führen dazu, dass die grundlegenden Reproduktionserfordernisse der Wissensbasis in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit rücken. Die enorm gewachsenen Möglichkeiten der Internetgesellschaft, sich diese Wissensbasis zu erschließen, beschreibt Matthias Käther<sup>21</sup> wie folgt: "Unsere Zeit bietet wie keine andere eine gewaltige Sammlung von Wissen in Textform dar. Die gesamte Geistesgeschichte der Menschheit wird auf CD-Roms, auf Internet-Seiten, in Antiquariaten und im Buchhandel dargeboten, alles ist gut vernetzt und leicht zugänglich, dass es eine Schande wäre, dieses Material nicht wach und offenen Sinnes zu gebrauchen." Und er setzt mit Blick auf das gesellschaftliche Potenzial der auf freizügigen Zugang zu diesen Ressourcen drängenden Kräfte fort: "Denn, um noch einmal den klugen Bacon zu zitieren: Wissen ist Macht."

Die Macht der Besitzenden – ausgedehnt inzwischen auf immer neue "immaterielle Güter" – gerät dabei in einen immer intensiveren Konflikt mit dieser Macht des Wissens, denn der freizügige Zugang zu den Wissensressourcen der Gesellschaft ist ein zentrales Erfordernis der Reproduktion des Wissens, um "stehend auf den Schultern von Riesen" (Newton) weiter schauen zu können als je zuvor. Der freizügige Austausch von Ideen ist der "Schmierstoff" der Wissensgesellschaft. Ideen sind Puzzlestücken gleich, die es gilt, zu einem Bild der Welt zusammenzusetzen. Der grundlegende Unterschied materieller und immaterieller "Tauschprozesse", die mit der Rechtskonstruktion der Immaterialgüter beide über denselben Leisten der Eigentumsordnung geschlagen werden sollen, wird in folgendem Gleichnis deutlich: Tauschen zwei Menschen eine Ziege gegen ein Schaf, so hat danach jeder immer noch nur ein Tier. Hat jeder dieser beiden Menschen eine Idee und sie tauschen diese, dann hat danach jeder *zwei* Ideen.

Ist es bereits schwierig, neue Ideen zusammenzufügen, wenn alle Puzzlestücke frei auf dem Tisch liegen, um wie vieles schwieriger bis aussichtslos würde dies in einer neoliberal geprägten "Gesellschaft geistiger Eigentümer", in der alle Beteiligten mit Pokerface um den Tisch sitzen und zunächst um die Puzzlestücke selbst schachern.

---

<sup>21</sup> Matthias Käther: Über Marxens Rezeptionsmethode. Utopie kreativ 162 (2004). S. 293-300.

Dieses gemeinsame Bauen an einem großen Puzzle ist – im Gegensatz zur Produktion von Waren – auch nicht in Teilen vernünftig privatisierbar, ohne das Funktionieren des gesamten Wissenschaftssystems existenziell in Frage zu stellen.

Hier tobt inzwischen – wenn es um dieses Thema medial auch eigenartig ruhig bleibt – eine wirkliche Schlacht, wie in verschiedenen Publikationen<sup>22</sup> im Detail ausgeführt wird. Eben Moglen, Professor an der Law School der renommierten Columbia University, charakterisiert in seinem Aufsatz *The dotCommunist Manifesto*<sup>23</sup> diese Schlacht als zentralen Konflikt zwischen Besitzenden und Kreativen und stellt die Adäquatheit des Eigentumsbegriffs für Ideen ganz grundsätzlich in Frage.

Zur Dynamik dieser Veränderungen der gesellschaftlichen Ordnung, die immer mehr an Fahrt aufnehmen, schreibt Moglen: "Wo sind die Advokaten der Freiheit in der neuen digitalen Gesellschaft, die nicht als Piraten, Anarchisten und Kommunisten verschrien wurden? Aber sind nicht viele derer, die diese Schimpfnamen vergeben, zu ämtern gekommene Diebe, deren Gerede von 'intellektuellem Eigentum' nichts anderes ist als der Versuch, ungerechtfertigte Privilegien in einer Gesellschaft zu erhalten, die sich unumkehrbar geändert hat? [ . . . ] In dem Maße, wie die Kreativen in der neuen digitalen Gesellschaft genuin Freie Formen ökonomischer Aktivitäten etablieren, gerät das Dogma des bürgerlichen Eigentums in immer aktiveren Konflikt mit dem Dogma der bürgerlichen Freiheit. Der Schutz des Eigentums an Ideen erfordert die Unterdrückung Freier Technologien und letztlich die Unterdrückung der Freien Rede. Die Macht des Staates wird eingesetzt, um freie Kreation zu verhindern. Wissenschaftler, Künstler, Ingenieure und Studenten werden daran gehindert, Wissen zu erzeugen oder zu teilen, allein auf der Grundlage, dass ihre Ideen die Eigentumsordnung im System der etablierten kulturellen Produktion und Distribution gefährden. Es sind deshalb die Schranken der Gerichte der Eigner, vor denen die Kreativen ihre Klassenidentität am deutlichsten

---

<sup>22</sup> Siehe etwa – Rainer Kuhlen: Erfolgreiches Scheitern – Eine Götterdämmerung des Urheberrechts? Schriften zur Informationswissenschaft 48. Verlag Werner Hülsbusch, Boizenburg 2008. – Sabine Nuss: Copyright & Copyriot. Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2006. – Hans-Gert Gräbe: Geistiges Eigentum, Gemeineigentum und die Eigentumsfrage. Ein Plädoyer gegen geistiges Eigentum als Konzept. In: Die geistigen Strömungen heute und das Problem der nachhaltigen Entwicklung. Hrsg. von Kurt Reiprich. Rohrbacher Manuskripte, Heft 12. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2005, S. 102-108.

<sup>23</sup> Eben Moglen: *The dotCommunist Manifesto*. Januar 2003. <http://emoglen.law.columbia.edu/publications/dcm.html>. – Nachdruck in "Wissen und Bildung in der modernen Gesellschaft". S. 181-190. – Eine Übersetzung ins Deutsche von Gerrit Gohlke findet man im Web unter <http://www.bemagazin.de/no10/d/moglen.html>.

erkennen, und es ist folglich dort, wo der Konflikt beginnt. Doch die Gesetze des bürgerlichen Eigentums sind kein magisches Amulett gegen die Folgen bürgerlicher Technologien – der Besen des Zauberlehrlings fegt und fegt und das Wasser steigt und steigt. Es ist der Bereich der Technologie, in dem die Niederlage des Eigentums besiegelt wird, indem die neuen Modi der Produktion die Fesseln der veralteten Rechtsordnung sprengen.“

Es ist in dem Zusammenhang spannend zu beobachten, dass selbst mächtige Finanzakteure (wie George Soros) nicht das neoliberale Hohelied der Eigner singen, sondern sich auf die Seite der Kreativen geschlagen haben und deren Aktivitäten in Richtung Open Source, Open Access und Open Society unterstützen. Technologische Schwergewichte im IT-Bereich wie IBM, Sun/Oracle oder HP haben diese Zeichen der Zeit ebenfalls verstanden und neue Geschäftsmodelle entwickelt, die mit den Bedürfnissen des freizügigen Zugangs zu Wissensressourcen nicht im Dauerkonflikt liegen. So können sie enger als andere mit den Kreativen, den Trägern und Kennern der neuen Technologien, zusammenarbeiten. Kapitalflüsse sortieren sich um und führen zu neuen dynamischen Frontlinien im Kampf um die Definitionsmacht in der Gesellschaft, wo auf beiden Seiten ökonomisch vergleichbar gewichtige Akteure stehen. Während die "Owner" kleine Vorreiter dieser Entwicklungen mit Verweis etwa auf Patent- oder Urheberrechtsverletzungen noch an die Wand spielen konnten, wird dies zunehmend schwierig, wenn die Gegner selbst über große solche Portfolios verfügen, in denen sich im Zweifelsfall genügend Material für eine Gegenattacke findet.

Eine besondere Rolle spielt in dieser Gemengelage Google, das Flaggschiff der Gemeinde der zu neuer technologischer Dominanz strebenden Kräfte. Wie ein großer Staubsauger initiiert dieses Unternehmen einen Finanzstrom von Risiko- und Venturekapital in Form von Renditeerwartungen, der auf rein privatkapitalistischer Basis in allen Bereichen der Gesellschaft Geldüberschüsse einsammelt, um diese am anderem Ende einer Vielzahl kleiner Internetfirmen zur Verfügung zu stellen, welche die technologischen Entwicklungen vorantreiben. Ein Teil dieses Geldstroms wird in Google-eigene Projekte gelenkt, mit denen – unter bewusster Sprengung der "Fesseln der alten Rechtsordnung" – die Schaffung der technologischen Basis der neuen digitalen Ordnung vorangetrieben wird. Genau an dieser Front entwickeln sich auch die erbittertsten Schlachten um die Neugestaltung der Rechtsordnung.

Die spannendsten dieser Projekte sind zweifellos Google Print, Google Books, Google Library und Google Scholar<sup>24</sup>, mit denen nicht nur die Digitalisierung und Auf-

---

<sup>24</sup> <http://books.google.de/books>

schließung eines riesigen Textkorpus vorangetrieben, sondern auch die alte Rechtsordnung – bei aller sachwaltenden Vorsicht – in ihren Grundfesten erschüttert wird. Hierfür setzt Google beachtliche Rücklagen aus seinen Gewinnen ein. Damit wird zugleich Handlungsdruck auf öffentliche und private Mitspieler und Konkurrenten ausgeübt, so dass es für diese ein großes Risiko darstellt, die entsprechenden rechtlichen Auseinandersetzungen wirklich bis zum "siegreichen" Ende zu führen, welches sich schnell als Pyrrhussieg erweisen kann, wenn die realen Entwicklungen über die erstrittenen Rechtspositionen schlicht hinweggegangen sind.

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

Kommen wir auf Fleissners Thesen zurück. Irgendwie ist alles, worüber in diesem Aufsatz geschrieben wurde, auch in den Thesen präsent, aber auf eine eigenartige "kopflastige" Weise, in der die reale gesellschaftliche Dynamik, die sich in einigen der angesprochenen Punkte längst entfaltet hat, nicht so recht sichtbar wird. Vielleicht liegt dies daran, dass die Thesen nach konsensualen Punkten suchen, hinter denen sich "Vernunft" versammeln lässt, während reale Bewegung genau *nicht* so zu bündeln ist, sondern sich, in der Verfolgung je Meiner Sache, in einem "geistig-lebendigen Kosmos" entfaltet. In diesem Kosmos spielen nicht statische Allianzen die zentrale Rolle, sondern dynamische, auf begrenzte Zeit angelegte Projekte, in denen sich – gerade in bewegten Zeiten – Kooperationen und Konvergenzen immer von Neuem finden müssen und auch finden.

Dieses Wechselspiel der Kräfte des Bewahrens und des Veränderns, des Konservativen und des Progressiven, findet sich im *Kommunistischen Manifest* (MEW 4) als Spannungsbogen zwischen Bourgeoisie und Proletariat, in Moglens *DotCommunist Manifesto* dagegen als Spannungsbogen zwischen Eigentum und Kreativität. Beide Spannungsbogen sind weitgehend identisch, wenn man der Argumentation der jeweiligen Autoren folgt, mit der sie die Bedeutung der von ihnen ausgemachten Pole begründen. Und doch scheint mir die von E. Moglen auf der Basis der Erfahrung von 150 Jahren Menschheitsentwicklung vorgenommene Adjustierung der Koordinaten mit Blick auf die Rolle von klein- und mittelständischen Unternehmern in den aktuellen Umbruchprozessen der wirklichen gesellschaftlichen Dynamik näher zu kommen als die traditionsmarxistische Lesart.

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich nun für einen Vergleich der Fortschrittsdynamiken im 20. und im 21. Jahrhundert? Im Sinne der hier entwickelten Argumentation ist dies keine normative, sondern eine analytische Frage, in der die großen technologischen Linien der jeweiligen Zeit aufgespürt werden müssen, welche die jeweilige ökonomische Dynamik bestimmen. Einen Vergleich anzustellen bedeutet, die Dynamiken vor und nach der aktuellen Umbruchperiode, der vorangehenden und der neuen Kondratjew-Welle, einander gegenüberzustellen.

Damit ergeben sich die folgenden wesentlichen – feststellbaren bzw. zu erwartenden – Merkmale von Fortschritt als zentrale Entwicklungslinien von Veränderungen im jeweiligen Jahrhundert wie folgt:

#### **Fortschritt im 20. Jahrhundert . . .**

- . . . war zentriert um die industrielle Herstellung von Gütern;
- . . . fokussierte auf produktiven Aspekten der Herstellung von Gütern;
- . . . schaffte die Basis für (prinzipiell möglichen) materiellen Wohlstand;
- . . . stellte Eigentum, Verstand und den privaten Gebrauch der Vernunft im (unternehmerischen) Handeln als wichtigste Erfolgskriterien in den Mittelpunkt gesellschaftlichen Tuns.

#### **Fortschritt im 21. Jahrhundert . . .**

- . . . wird sich um die "Emanzipation des Politischen" und damit die "industrielle" Herstellung gesellschaftlicher Beziehungen zentrieren müssen, nicht zuletzt im Sinne des Kommunismus-Kapitels in der Deutschen Ideologie (MEW 3, S. 70 ff.);
- . . . wird auf die reproduktiven Aspekte der Herstellung von Beziehungen und Bedingungen fokussieren müssen, aus denen heraus erst und auch eine nachhaltige und bedürfnisgerechte Güterproduktion möglich ist;
- . . . wird die Basis für Humanismus in umfassenderem Sinne legen müssen, um den Übergang ins Anthropozän<sup>25</sup> und die weitere Ausgestaltung der Noosphäre zu bewältigen;
- . . . wird Freiheit (der Rede) und den öffentlichen Gebrauch der Vernunft im Diskurs als wichtigste Erfolgskriterien in den Mittelpunkt gesellschaftlichen Tuns stellen müssen.

---

<sup>25</sup> Mike Davis: Wer wird die Arche bauen? Das Gebot utopischen Denkens im Zeitalter der Katastrophen. <http://www.blaetter.de/artikel.php?pr=3002>

## REINHARD MOCEK

### Bemerkungen zu den 10 Thesen Peter Fleissners zur Wissenschaftspolitik

Ich bewundere den Mut Peter Fleissners und akzeptiere auch – allerdings nicht ohne Einwände - seine Thesen. Mut gehört tatsächlich dazu, eine solche zentrale Thematik linker Debatten seit Anfang der neunziger Jahre wieder aufzugreifen und völlig neue Ansatzpunkte einzuführen. Tatsächlich waren die damaligen Versuche, einem linken Wissenschaftsbegriff auf die Beine zu helfen und darauf eine neue linke Wissenschaftspolitik zu begründen, nicht von Erfolg gekrönt;[1] sie waren zu theoretisch, wenngleich ich nach wie vor der Meinung bin, dass jede Politik eine gesellschaftstheoretische Verankerung haben sollte; sie waren auch nicht gut handhabbar, weil von den Grundsätzen zur Konkrektion eine zu große Lücke klappte, und zu manchen Problemen stießen die Verfasser auf fundamentale Widersprüche in den Reihen der PDS, was vor allem die nach wie vor umstrittene Frage der Umsetzung der Gentechnik betraf, aber auch die Haltung zur Nutzung der Atomenergie. Das Ergebnis war, dass die Wissenschaftspolitik der PDS sich auf pragmatische Stellungnahmen zu den in der Bundesrepublik in den Parlamenten aufgeworfenen Entscheidungsfragen beschränkte und – zu allem Übel – in dieser Bescheidenheit bis in die Grundsatzpapiere der angepeilten Linkspartei hineinwirkte. Denn dort wird sowohl zur Wissenschaftspolitik als auch zur nicht weit davon angesiedelten Technologiepolitik so gut wie nichts gesagt. Leider hat sich auch die beim Bundesvorstand der PDS konstituierte Bundesarbeitsgemeinschaft »Wissenschaft« Ende der neunziger Jahre aufgelöst; zugleich stellte sie das Erscheinen ihrer »Beiträge zur Wissenschaftspolitik« nach dem Heft 1 ein. Danach blieb die Verständigung über diesen hochwichtigen Themenkreis so gut wie aus. Linke Wissenschaftspolitik ist also nicht gerade ein Ruhmesblatt in der Politikgeschichte der PDS – die Linkspartei kann hier nur positiv überraschen.

Doch wie soll der Startschuss aussehen? Fleissners Thesen reichen natürlich nicht aus, um die vielen Gegenstandsfelder einer linken Wissenschaftspolitik abzudecken. Was sie in erster Linie leisten könnten, wäre ein Wiederaufgreifen früherer Debatten, vielleicht auch ein Versuch zu bestimmen, wie Wissenschaftspolitik theoretisch verortet werden kann. Dann müsste man sich einigen, worin die wichtigsten konkreten Handlungspunkte bestehen und – was ich für wichtig erachte - in welchen Fragen man mit

den maßgeblichen aktuellen wissenschaftspolitischen Forderungen und Aktivitäten konform gehen kann und mit welchen nicht. Dabei gehe ich von der Annahme aus, dass ein so komplexes Feld gegenseitiger Durchdringung von Wissenschaft, Ökonomie, Bildung und Kultur viele neue und noch längst nicht analysierte Interdependenzen aufweist, die sich keiner politischen Richtung gewissermaßen von selbst öffnen. Was heute die These von der »Verwissenschaftlichung der Gesellschaft« an Realfaktoren enthält, bedarf intensiver soziologischer, ökonomischer und wissenschaftstheoretischer Grundlagenforschung. Die Linke lebt in diesen Fragen – man verzeihe mir diese allerdings gut gemeinte Attacke – von der Hand in den Mund, muss sich ständig auf neue Reformideen anderer Parteien einlassen, anstatt selbst solche einzubringen.

Das ist der Ausgangspunkt, von dem aus ich zu Fleissners Thesen argumentieren möchte. Was mir an den Thesen von Peter Fleissner zusagt, möchte ich gleich an den Anfang stellen: Er geht von einem umfassenden Begriff und Verständnis von Wissenschaftspolitik aus, indem er aktuelle Entwicklungsformen und Aufgabengebiete der Wissenschaft einbezieht, die sich aus der Verankerung der Wissenschaft und ihrer Institutionen in soziale Systeme ergeben. Insofern wird kein »reiner« Wissenschaftsbegriff [2] zugrunde gelegt, aber auch nicht der Versuch gemacht, nationale Spezifika des politischen Umgangs mit Wissenschaft in den Vordergrund zu rücken. Neuland also. Und so ist es auch verständlich, wenn er dabei die Funktionalität von Wissenschaft vor dem Hintergrund der aktuellen sozialen, ökonomischen, politischen und ethischen Interessenlagen betont. Das erinnert an die im Vorstehenden bereits zitierte theoretische Vorleistung der marxistischen Wissenschaftstheorie, obwohl Fleissner sie nicht expressis verbis benennt und entsprechend herausstellt: gemeint ist das seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts als »Vergesellschaftung der Wissenschaft und Verwissenschaftlichung der Gesellschaft« bezeichnete Problembündel, das diese gegenseitige Verwobenheit von Wissenschaft/Technik und Gesellschaft hervorhebt. Diese Begrifflichkeit verweist auf Marxens Analysen und hatte seinerzeit einen durchaus antizipierenden Charakter. Seine aktuelle Durcharbeitung erfuhr er durch die marxistische Forschung seit den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts.[3] Es liegt nahe, von dieser These ausgehend den inzwischen vollzogenen Verwissenschaftlichungsprozess der Gesellschaft erneut ins Auge zu fassen; vielleicht wäre es ganz nützlich, dass wir uns darauf besinnen, was wir damals schon wussten? [4] Und nicht nur wir, die marxistischen Linken von damals. Blättert man heute gelegentlich mal in der noch nicht marxfremden Literatur vor 1990, wird man erstaunt sein, in welchem Umfang auch im Schrifttum der wie wir damals schrieben »bürgerlichen« Literatur Marx herangezogen

worden ist.[5] Ich verweise auf diesen Umstand gleich eingangs, weil im Grunde genommen heute keine entsprechenden Bemühungen nach einer hinlänglichen gesellschaftstheoretischen Verankerung von linker Wissenschaftspolitik (und entsprechend natürlich auch von linker Technologiepolitik) zu sehen ist. Es liegt viel vor; was fehlt, ist eine neue, auf Analysen der letzten Dezennien fußende historisch-strukturelle Übersicht. Das ist an dieser Stelle natürlich kein Vorwurf an Fleissners Adresse. Aber es zeigt eine Bruchstelle an, vor der wir stehen, wenn wir daran gehen wollen, theoretisches Vermächtnis aufzuarbeiten.

Aber noch ein zweiter, kritischer Punkt verdient Beachtung: das auf die Marxsche Theorie bezogene gesellschaftstheoretische Fundament hat heutzutage ganz offenkundig keinen theoretischen Kredit mehr. Auch das hat natürlich mannigfache Gründe. Viele dieser Startannahmen von damals sind zu Selbstverständlichkeiten geworden. Man ist aber inzwischen auch klüger im analytischen Umgang mit dem, was man mit der vielzitierten »Verwissenschaftlichung« eingreifend anstellen kann. Oder vollzieht sich diese im Alleingang? Ist demgegenüber alles Gestaltung, beruht weiterer Fortschritt von Wissenschaft und Technik auf Reformen! Schaut man auf bestimmte wissenschaftsgeprägte Bereiche wie die Reform der Vorschulerziehung, die Neugestaltung der Erziehungs- und Bildungsziele im Schulwesen, die Neufassung der universitären Ausbildung und der Curricula, könnte man annehmen, dass sich alles Neue als Ausdruck der Entschlusskraft von Politikern und eines qualifizierten Wissenschaftsbeamtentum vollzieht. Die soziale Umwelt bangt dann nur um das Augenmaß in der Spannung zwischen Bewahren und Verändern. Das Bewahren muss der Einsicht folgen, dass Wissenschaft als Reformobjekt stets auch gestaltende Eigendynamik in sich trägt wie sie in den sozialen, ökonomischen und kulturellen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens schon gestaltend drinsteckt, bereits Reformsubstanz ist und selbst nahe legt, was zu verändern ist. Das Verändern muss maßvoll sein, darf keine Spezifika löschen, sondern muss als eigenes System organisiert und in Funktionszusammenhänge integriert werden. Also die Beobachtungen zu dem, was bei der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft täglich wirklich geschieht, verweisen bereits auf die Kernanliegen einer nötigen Bildungsreform. Vereinheitlichung, klare Strukturen, Abstimmung der Vorschläge, Entlastung von Bürokratie, das Rückgängigmachen des Ballastes, den bisherige Reformbemühungen inzwischen angehäuft haben. Da kann man durchaus mit der für die deutschen Hochschulen völlig unhistorischen Ausbildungsstufen der Bachelors und Masters beginnen, wenngleich sich dieser Reformaspekt inzwischen schon so tief in das Ausbildungsleben eingegraben hat, dass eine Aufhebung zu einer teuren Angelegenheit

werden würde. Aber was soll die Vielfalt der neuen »Marterwerkzeuge«[6] wie »Modularisierung«, »Zertifizierung«, »Akkreditierung«, »Benchmarking«, nicht zu vergessen die »Ratingagenturen« als vorgebliche Organe der Qualitätssicherung - und so weiter und so fort? Die Reform der Universität muss Traditionelles schonend beibehalten und darf nie aus dem Auge verlieren, was man immer schon als die Kulturwelt der Wissenschaft bezeichnet hat. Das deutsche Hochschulwesen ist gerade deshalb im Ansehen der Weltwissenschaft so nachahmenswert gewesen, weil es über die beiden letzten Jahrhunderte, grob gerechnet, im wesentlichen dasselbe geblieben ist.

Hier stoßen wir gleich noch einmal auf die Frage einer theoretischen Fundierung von Reformpolitik - ohne ein überzeugendes theoretisches Fundament bewegt man sich in der Politik ständig nur von Stichpunkt zu Stichpunkt und verfügt über keine einheitliche Argumentation, welche Rolle Wissenschaft und Technik heutzutage spielen, was also eine Verwissenschaftlichung der Gesellschaft wirklich bedeutet. Denn nur in einem solchen Zusammenhang gewinnt eine wissenschaftspolitische Argumentation Überzeugungskraft und jene Form von Überlegenheit, die sich durch Folgerichtigkeit und Unaufdringlichkeit abstützt. Wer in einer Welt hochgestochener theoretischer Ansprüche und geradezu krankhaftem Selbstglaubens gelebt hat, weiß um die Schwäche von Anmaßung und Kritiklosigkeit im eigenen (Be-)Reiche.

Problematisch wird ein solcher Versuch immer dann, wenn er die eigene Geschichte zu diesem Thema ausspart. Ich möchte das am Schicksal der starken marxistischen These von der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft noch einmal kurz aufgreifen und explizieren.

Denn diese These blieb nicht lange unwidersprochen und wurde bereits Ende der siebziger Jahre aus ideologischen Gründen unterlaufen und infrage gestellt. In den Häusern der Macht fand man heraus, dass die Formulierung von der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft die höchst unterschiedliche auf die divergenten Eigentumsverhältnisse zurückgehende Systemprägung von Kapitalismus und Realsozialismus übergeht. Der Vorwurf, dass diese These Konzessionen an die sog. »Konvergenztheorie« machen würde, lag damit nahe. Wer fortan behauptete, dass die Fortschritte in Wissenschaft und Technik die beiden gesellschaftlichen Systeme angleichen würden; Kapitalismus und Sozialismus sich dann nicht mehr durch die Produktions- und Eigentumsverhältnisse unterscheiden, sondern nur noch durch den Stand der Entwicklung der Produktivkräfte, durch Wissenschaft und Technik, war den entscheidenden Schritt zu weit gegangen. Denn die Öffnung der SED mit Beginn der siebziger Jahre in Richtung auf uneingeschränkte Akzeptanz und Nutzung der neuen wissenschaftlichen Gestal-

tungsmethoden vor allem im Bereich der Kybernetik, Systemtheorie und Organisationswissenschaften drohte ja, die für organisatorisch-technische Abläufe kaum wirklich nutzbare »dialektische« Methode ins zweite Glied zu rücken, also ein Herzstück der herrschenden Sozialphilosophie als nutzlos zu erklären. Und das war tatsächlich ein Sakrileg! Hinzu kam, dass nach dieser These im Systemvergleich die entwickelten kapitalistischen Staaten der realsozialistischen Welt überlegen seien – was ja offensichtlich war zumindest für diejenigen Staatsbürger, die sich durch Medien und sinnliche Eindrücke mit der realen Entwicklung in der kapitalistischen Welt vertraut machen konnten.

Diese Erinnerung an sozialistische Wissenschaftspolitik sollte uns heute lehren, wie eng sich wissenschaftliche Analyse und politisches Wunschdenken berühren und gegenseitig ausschalten können. Heute steht für die Linken selbstredend kein konvergenztheoretischer Vorwurf mehr zur Debatte. Aber Wunschdenken ist eine aktuelle Gefahr überall dort, wo ökonomische Interessen politisch überformt werden und maßgeblich das Handeln bestimmen.

Peter Fleissner erblickt deshalb zu recht eine Hauptaufgabe aktueller Wissenschaftspolitik darin, Analysen der wissenschaftsrelevanten Veränderungen im gesellschaftlichen Kontext von Wissenschaft wie umgekehrt der gesellschaftlichen Veränderungen im Kontext von Wissenschaft in Gang zu bringen. Wissenschaftspolitik kommt ohne Analyse dieser Vorgänge nicht aus – die Frage bleibt, wer sich solcher Analyse widmet?! Nach Fleissner müsse es die Wissenschaft sein, die eine Analyse der aktuellen Krisensituation in sozialen und ökonomischen Bereichen vornimmt.

Gerade an diesem Punkte ist die erste Gegenfrage zur Darlegung Fleissners am Platze. Geht es an, möchte man fragend einwenden, dass die Wissenschaftspolitik den Wissenschaften ein neues komplexes Forschungsgebiet zuweist, wie es Fleissner in These 2 fordert – eben die Analyse der Krisensymptome und der »dahinterliegenden Mechanismen«? Wäre das nicht im Höchstfall eine Aufgabe für Teile der ökonomischen Wissenschaften, verbunden mit einigen politologischen Interpretationen? Nimmt man die von Fleissner im weiteren explizierten Analysefelder mitsamt der Herausarbeitung von entsprechenden Alternativen hinzu (»Tobinsteuer, bedingungsloses Grundeinkommen, verbesserte soziale und informatorische Infrastrukturen, neue nachhaltige Lebensstile und Produktionsweisen, erneuerbare Energiequellen, Förderung von Inklusion der Ausgegrenzten und Diskriminierten, Überalterung der Bevölkerung etc.«), wächst zwar der Umfang der dafür nötigen Wissenschaftsdisziplinen, betrifft jedoch den weitaus größten Teil der Wissenschaft überhaupt nicht! Zugleich wirft diese Aufzählung die Frage auf,

inwieweit Fleissner hier die Aufgaben der Politik mit denen der Wissenschaft in einen Topf wirft. Zwar ist nicht zu bestreiten, dass politische Forderungen (nehmen wir mal das »bedingungslose Grundeinkommen«) die Wissenschaft zur abprüfenden Unterstützung heranziehen können, was ja auch geschieht. Nun muss man allerdings davon ausgehen, dass die Analyseergebnisse zu den zitierten Problemfeldern ihrer ganzen Natur nach schlecht in das Raster »wahr – falsch« passen! Die entsprechenden Wissenschaftsdisziplinen könnten in diesem Falle nicht zu mehr als zu bloßen Wahrscheinlichkeitsaussagen kommen. Das dürfte bereits vorher feststehen. Denn – dass ein solches Grundeinkommen sowohl möglich als auch vermeidbar sein kann, liegt als »wissenschaftliche Antwort« sehr nahe. Die prüfende Wissenschaft kommt also zu der Erkenntnis, dass es mehrere denkbare, also sinnvolle Antworten auf diese Frage gibt. Was soll also eine solche Analyse, wenn man dieses Resultat schon vorher gewusst hat? Hat aber damit der Dialog zwischen Wissenschaft und Politik nicht schon vorher seine angestrebte politikunterstützende Kraft eingebüßt? Das muss zwar nicht für alle von der Politik ausgehenden Fragestellungen gelten, aber auf die von Fleissner im Klammerausdruck der These 2 angegebenen politischen Fragen, die ich weiter oben zitiert habe, trifft das gewiss zu.

Das führt natürlich zu der Konsequenz, dass es nicht so sehr wissenschaftliche Analysen sind, die die Politik befördern, sondern kräftig gestützte Interessen sich auf die »Sowohl-als-auch«-Natur derartiger Analysen berufen! Wie kann es sonst sein, dass zwei mit namhaften Wissenschaftlern bestückte politische Parteien in der Bundesrepublik zur Frage der Nutzung der Atomenergie in der Energiepolitik zu einem lupenreinen Patt gelangen? Politik orientiert sich nun mal vordergründig an Interessen, weniger am Eigengesetzlichen von Objekten. Und um sachadäquate Politik zu machen, bedarf es in der Regel rascher Entscheidungen – auch nicht gerade eine Tugend von Wissenschaft! Damit lehne ich keinesfalls die analytische Kraft der Wissenschaft gegenüber den gegenwärtigen politikgeschuldeten Krisen und Sachproblemen ab. Aber den analytischen Entscheidungsrahmen muss man genau bestimmen. Der Analyse zugänglich sind politisch geschuldete Fehlentwicklungen, wobei die Aufdeckung der Fehlerhaftigkeit längst nicht garantiert, dass man die richtige Wissenschaftspolitik in petto habe. Als Beispiel diene hier die Bilanz der Absolventenquote pro Jahrgang an diplomierten Ingenieuren im deutschen Hochschulwesen. Mit sage und schreibe 2,6 % Anteil am deutschen Absolventenstand platzieren sich Diplomingenieure im Weltvergleich an 20. Stelle, einen Platz hinter Neuseeland! [7] Sieht man beispielsweise auf Gentechnik, Stammzellenforschung und Atomkraft sowie auf die aus dem industriellen Umgang mit Ressourcen re-

sultierenden Umweltbedrohungen, dann vermisst man schmerzlich genaue und verlässliche Zahlen; oft genug ist die Auswahl aus entsprechenden Studien höchst subjektiv.[8] Und das ist natürlich ein gefundenes Fressen für Vermutungen und politische Thesen, die dann nicht selten als wissenschaftsgestützt ausgegeben werden. Wer einmal vergleicht, was zur die Umwelt gefährdenden Rolle des Kohlendioxids in letzter Zeit an gemessenen Daten publiziert worden ist, stolpert geradezu über die der Öffentlichkeit damit vorgelegten Diskrepanzen.[9] Dann beginnt die hohe Zeit von Glaubenskriegen um die Akzeptanz der Umsetzung scheinbar wissenschaftsbegründeter Handlungsempfehlungen – oder der Sieg der Politik über die Wissenschaft!

Eine ganz wichtige Frage, vor der jede Wissenschaftspolitik steht, betrifft die Förderung der Wissenschaft und ihrer Institutionen selbst, worauf Fleissner in These 4 eingeht. Hier berühren wir die Frage, inwieweit Wissenschaftspolitik sich auf die Eigenlogik der Wissenschaft orientieren muss oder diese Förderung gänzlich außerwissenschaftlichen Entscheidungslagen geschuldet ist.

Dieser Eigenlogik möchte ich noch einen Gedanken widmen, da sie nicht nur gegenwärtig ziemlich an den Rand gestellt erscheint; und das quer durch alle politischen Strömungen. Auch die Linken haben hier gesündigt. Wir haben tatsächlich im linken Politisieren um und mit der Wissenschaft uns nahezu abgewöhnt, in der Wissenschaft eine ganz eigene geistige Kultur zu erblicken. Eigentlich ist es ein konzeptioneller Vorzug der linken Politik, dass sie Wissenschaftspolitik nicht mit Blick auf Profit und Wettbewerb ausrichten muss. Es ist natürlich problematisch, den Linken zu empfehlen, ihre Wissenschaftspolitik unter Ausschluss der Themen Wettbewerb und Profit zu orientieren und dagegen nur die Themenbereiche der humanen Bildungspotentiale der Wissenschaft zu setzen. Wissenschaftspolitik in einem von den Linken mitregierten Deutschland (da Wissenschaftspolitik zu guten Teilen Ländersache ist, geht es hierbei also ganz und gar nicht nur um Zukunftsmusik!) muss sich selbstredend auch den Erfordernissen erfolgreichen Forschens zuwenden und genau prüfen, wo und wie hier Marktwettbewerb im nationalen und internationalen Maßstab zu kalkulieren ist und wo ein solcher Wettbewerb auf Profitstreben und globalen Kapitalismus hinausläuft. Also das, was sich jenseits der humanen Wertverpflichtung der Wissenschaft in der und mit der Wissenschaft vollzieht! Auf der anderen Seite betrachtet kapitalorientiertes Forschen die Wissenschaft als ein Materialbündel, mit dem man »umgehen«, das man »ausschöpfen« muss. Und dieser Umgang wird heutzutage nahezu ausschliesslich von außerwissenschaftlichen Faktoren bestimmt; entweder sind dies Effektivitätsgesichtspunkte, Anwendungsprobleme, Kostenrechnungen, Maßnahmen zur Lenkung von Wis-

senschaft, Übervorteilung der kleinen Kapitale durch die großen etc. In einer solchen Sicht ist Wissenschaft nichts weiter als ein Stück profitorientierter Wirtschaftsrealität. Wie sich hier die in der Eigenkultur von Wissenschaft steckenden Wertfragen noch zu behaupten vermögen, haben die letzten rund 25 Jahre Wissenschaft gezeigt – in der wissenschaftspolitisch inaugurierten Gründung von Expertenkommissionen, in denen auch Vertreter von Interessengruppen eine Rolle spielen. Wie die Arbeitsprotokolle des Nationalen Ethikrates zeigen, geht es hier tatsächlich um Fragen der ethischen Bewältigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Diverse andere Kommissionen auf verschiedenen Ebenen von Wissenschaft und Wirtschaft spiegeln aber sehr wohl auch das Interesse der pharmazeutischen Industrie und der Produzenten von Futtermitteln, Saatgut und Pflanzenschutzmitteln wider, die sich aus der Grünen Gentechnik Milliardenprofite errechnen. Hier nun muss man die rhetorische Frage stellen, inwieweit man diese Ausnutzung der neuen biologischen Wissenschaftsgebiete plötzlich tränenden Auges bedauert, wo man schon hunderte Jahre lang erfahren hat, dass neue Wissenschaftsresultate stets den gleichen Weg genommen haben – von der Entdeckung zur Industrie und dann zum Profit. Der Kampf gewisser politischer Kreise gegen die Grüne Gentechnik, der zu großen Teilen über das Argument geführt wird, dass man gegen die Grüne Gentechnik kämpfen müsse, weil diese in den Händen der Saatgutindustrie ein neuer Unterdrückungsfaktor sei, setzt zudem die Schuldfrage am weltbeherrschenden Kapitalismus an der falschen Stelle an – er schiebt die historische Schuld an den privatkapitalistischen Eigentumsverhältnissen auf die Wissenschaft. Linke Wissenschaftspolitik wird natürlich nie der Saatgutindustrie helfend zur Seite springen; und bei der Klarstellung der kausalen Zusammenhänge gibt es nichts schön zu färben. Aber ein Kampf gegen die Wissenschaft ist für linke Wissenschaftspolitik undenkbar; und wenn sie besonderes Augenmerk auf die soziale Verträglichkeit vieler neuartiger Forschungslagen und –ergebnisse legt, hat das nichts mit Ablehnung der Wissenschaft und bestimmter neuer Technologien zu tun. Aber – diese Grenze ist eben auch leicht zu überspringen! Zudem nützt es nichts, sich auf bloße Verbotsstrategien und allgemeine Warnschilder zu beschränken. Der oft im Zusammenhang mit Finanzfragen in der Wissenschaftsstrategie (parlamentarisch) geäußerte Antrag an die Wirtschaft, sich an der Forschungs- (Grundlagenforschung) und Ausbildungsfinanzierung zu beteiligen, bedarf kluger Abwägung, keinesfalls prinzipieller Ablehnung a priori. Die Wirtschaft als haushoher Favorit bei der Nutzung neuer Wissenschaftsresultate ist auch moralisch verpflichtet, sich an den Kosten zu beteiligen, wobei der gesetzliche Rahmen garantieren muss, dass hier keine zusätzlichen Privilegien festgeschrieben werden.

Die Haltung der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland ist in den hier aufgelisteten Betrachtungsebenen teilweise höchst unterschiedlich. Der Vorwurf der Grünen an die Adresse von CDU/CSU und FDP, wonach diese die Fristen für den Auslauf der Atomkraftwerke keineswegs überzeugend mit energiepolitischen Erwägungen begründen, sondern allein aus Profitgründen einfordern, spricht eine deutliche Sprache. Eine Million Euro täglich an zusätzlichem Gewinn verspricht die Hinauszögerung der Abschaltung! Und da es zur Zeit tatsächlich so aussieht, als ob die erneuerbaren Energien die Energielücke in Spitzenzeiten sowie bei Havarien nicht überbrücken können, findet dieses Profitargument sogar eine scheinbar überzeugende Widerlegung. Spricht man heutzutage von »rechter«, »grüner«, »liberaler« oder »linker« Wissenschaftspolitik, weiß man also stets gesellschaftliche Interessen im Spiel, die sich oft genug hinter »objektiven Erfordernissen« verbergen. Nun sind derartige Interessen an sich ja nichts Schlechtes – die Frage ist immer, wie diese sich einer wissenschaftlichen (also selbst interessenfreien) Analyse darstellen. Das Profitmoment dürfte dabei zum ambivalentesten Interessenpool der modernen Gesellschaft gehören. Einmal ist ja unbestritten, dass es als gewaltiger Entwicklungsmotor historisch und aktuell die Geschichte prägte, zum anderen zu guten Teilen an den Schreckensbilanzen der Menschengattung mit-, wenn nicht gar hauptverantwortlich war. Aber mir geht es hier nicht um das Abwägen von Schuldbilanzen, sondern um die Besinnung auf die humanistischen Anliegen jetzt, hier und heute.

Wenn wir Fleissners Caveat richtig verstehen, fühlt er sich der »linken« Wissenschaftspolitik verbunden. Einige zentrale bzw. anzustrebende Inhalte dieser Politik sowie ihrer gesellschaftstheoretischen Verankerung hatte ich im Vorstehenden schon berührt – eine präzise und umfassende systematische Definition mag andernorts erfolgen, ich beschränke mich hier auf die Thesen Fleissners und den ganz in diesem linken Sinne von ihm benannten humanistischen Auftrag von Wissenschaft und Bildung. Und natürlich gehört das ganze Vermächtnis der Selbstzeugenschaft großer Wissenschaftler hinzu, die Wissenschaft nur zu friedlichen Zwecken und zur Förderung der Wohlfahrt des Menschengeschlechts zu nutzen; so meilenweit die Wissenschaft davon gegenwärtig auch entfernt sein mag, darf das Ideal der Wohlfahrt und Bildung des Menschengeschlechts nie aus dem politischen Kalkül heraustreten. Und die Bewahrung der Eigenkultur von Wissenschaft gehört dazu, womit ein ganzes Bündel von Faktoren gemeint ist, die den unverwechselbaren Grundbestand von Wissenschaft sichern, gleichsam ihr Profil und ihre Würde garantieren.[10] Dort eben stellt sich die Frage, in welcher geistigen Welt entfaltet Wissenschaft ihre Stärken; und in welcher materiellen Welt wächst

sie zu einem bestimmenden Faktor gesellschaftlicher Produktivität. Beides muss nicht unbedingt miteinander korrespondieren. Genaue Untersuchungen zu dieser Frage liegen mir nicht vor; es lässt sich aber vermuten, dass der erstgenannte Faktor häufig unterschätzt, der nächstgenannte häufig überschätzt wird.

Kommen wir zu einem Themenbereich, der durch linke Wissenschaftspolitik abgesichert werden muss, was jedoch angesichts des mitbeherrschenden Einflusses der politischen und juristischen Umwelt eine ziemlich komplexe Frage ist. Gemeint ist die vielzitierte Freiheit der Wissenschaft, die von Fleissner nur indirekt berührt wird, aber fraglos ein Kernstück linker wissenschaftspolitischer Forderungen sein muss.

Freiheit der Wissenschaft im strengen Sinne des Wortes ist heute nur noch schwer zu garantieren, wenngleich sie eine Forderung des Grundgesetzes ist. Dieser strenge Wortessinn beträfe zum ersten die juristische Garantie, dass sie unbeschränkt forschen kann und selbst über die Maßstäbe ihrer Reproduktion verfügt. Allein beides ist nicht unter allen Bedingungen aufrecht zu erhalten, weshalb ich hier nicht den Versuch unternehmen kann, diesen juristischen Umfang auszumessen. Auch ist unklar, ob es nicht Bedingungen für wissenschaftliche Arbeit geben kann, die der Freiheit der Wissenschaft widersprechen, aber im höheren Interesse aus moralischen oder anderen Gründen verboten werden, wie sie es ja beim Stammzellengesetz vorgeführt bekam. Denkbar sind auch Situationen, in denen Wissenschaftler unter Bedingungen arbeiten, die stark eingeschränkt sind, aber in Übereinstimmung mit dem Arbeitnehmer weitergeführt werden. Dazu könnte man Fragen des Patentrechtes, des geistigen Eigentums, der Geheimhaltung und anderes mehr rechnen. »Linke« Wissenschaftspolitik muss jedoch sichern, dass die spezifischen Rechte aller in der Wissenschaft Tätigenden gewährleistet sind. Dazu gehört auch – gewissermaßen im Umkehrschluss – das Recht der Verweigerung von Forschungsarbeiten, wenn diese aus moralischen Gründen nur bedingt zumutbar sind. Andererseits kann man die Wissenschaft schlecht aus ihrer prägenden Umwelt herauslösen. Das ist ein echtes Dilemma! Auf der einen Seite ist Wissenschaft unbestreitbar noch (in welchem Umfang, das ist hier die große Frage!) eine eigenständige Reproduktionsganzheit. Ehe man damit Politik macht, sollte man die Eigenheiten dieser Ganzheit ermitteln. Auf der anderen Seite sind viele Anwendungsfelder ohne interessenbedingte Lenkung der Forschung von außen nicht mehr denkbar. Freiheit der Wissenschaft ist offenbar in beiden Bereichen relevant, bekommt diese Freiheit aber nirgends auf dem silbernen Tablett serviert. Als Reproduktionsganzheit muss sie für die Akzeptanz ihrer Eigendynamik kämpfen; als außengelinktes System gegen die damit ihr auferlegten Zwänge. Aber in der Wissenschaftspolitik wird dieser Dualismus von inneren und äu-

berer Triebkräften der Wissenschaftsentwicklung in der Regel nicht berücksichtigt. Nur allmählich bestimmen wieder einige innerwissenschaftliche Faktoren die Debatten – erst jüngst hat die Leibniz-Sozietät ein zweitägiges Symposium zum Problem der Transdisziplinarität durchgeführt. Eine eindeutige wissenschaftsinterne Sachlage! Die Sektionen Wissenschafts- und Technikforschung sowie Umweltsociologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie haben unlängst das auf den ersten Blick irritierende Thema »Zur Ästhetik der schöpferischen Zerstörung« debattiert, will heißen sich der Frage zugewandt, wie aus dem Geist technisch induzierter Zerstörung von Natur neue Naturen entstehen (was den Terminus »schöpferisch« erklärt). Doch derartige Betrachtungen sind wissenschafts- wie technologiepolitischen Strategien nach wie vor fremd. Ganz eindeutig zielt aktuelle Wissenschaftspolitik viel stärker auf ein interessengerichtetes Zurechtbiegen von Wissenschaft (und Technik) als auf das engagierte Ermitteln ihrer inneren Logik. Es ist nicht zuviel behauptet, dass dieser Aspekt in den wissenschaftspolitischen Konzeptionen verschiedenster Couleur kaum Beachtung findet.

Ich komme noch einmal auf die von Peter Fleissner in den Thesen 1 und 2 dargelegte Position zurück, wonach die Wissenschaft beauftragt werden müsse, auf die gegenwärtigen gesellschaftlichen Krisensituationen zu reagieren und die Krisensymptome und die »dahinterliegenden Mechanismen« zu analysieren. Der Gesellschaft müssen ihren Intentionen gemäß Alternativen zu den gegenwärtigen gesellschaftlichen und ökonomischen Organisationsformen zur Verfügung gestellt werden – die Wissenschaft bekommt also eine Forschungsaufgabe zugewiesen, eine der komplexesten Bedrohungen der gegenwärtigen Weltwirtschaft aus der Welt zu schaffen bzw. ein verlässliches Rezept dafür vorzulegen. Der erste Einwand, der einem beim Lesen dieser These in den Sinn kommt, besteht in der Feststellung, dass mit einer solchen Aufgabenzuweisung faktisch ein Großteil der Wissenschaftsdisziplinen außen vor gelassen wird. Zudem sollte man Wissenschaftspolitik doch wohl unter keinen Umständen auf eine Aufgabenteilung für die Wissenschaft projizieren. Man kann ja noch über die Forderung nach Alternativen diskutieren, aber ist es realistisch, dies ohne Angabe von Rahmenbedingungen zu tun, unter denen man sich die Zukunft dieser unserer Welt vorstellt? Diese Rahmenbedingungen jedoch dürften geballte Interessengegensätze zum Ausdruck bringen – wie soll die Wissenschaft damit fertig werden? Geht es an, zur Lösung dieser Frage ein interessenunabhängiges Team aufzustellen? Wenn es bereits parteinahe sozialwissenschaftliche Forschungsinstitute gibt, liegt es nahe, diese Frage zu verneinen. Oder will man abwarten, was die Wissenschaften selbst für Weltzukunftspläne vorlegen werden, um sich dann diesen anzuschließen, denn das Wort der Wissenschaft gilt ja nach wie

vor etwas, wenn es auch nicht mehr als »heilig« angesehen wird – selbst nicht mehr in den Augen der Wissenschaft, wo die Messlatte zur Frage »wahr – relativ wahr« sehr hoch angelegt ist. Aber es ist ja unleugbar, dass bislang vorgelegte Weltszenarien aus der Wissenschaft heraus keinerlei gesellschaftliche Rezeption gefunden haben. [11] Es liegt also nahe, diese Forderung Fleissners als Wunschbild zu charakterisieren. Zeigt nicht schon die derzeitige Debatte um die Grüne Gentechnik, dass sich niemand unter den politischen Lagern mit dem Wort der Wissenschaft zufrieden gibt? Da es auch seriöse Wissenschaftler gibt, die gegenüber den neuen Gen-Schöpfungen aus den Labors der Biologen nicht nur Skepsis, sondern auch totale Ablehnung der Gentechnik vortragen, ist an eine wissenschaftliche Klärung dieser Fragen zur Zufriedenheit aller zumindest zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu denken. Also – wir sollten die Wissenschaftspolitik nicht überfordern. Sie kann – wie in der Geschichte der neueren Wissenschaft nicht selten – gewaltige Geldsummen locker machen, um für die vermeintliche oder echte Sicherheit der betreffenden Nation bestimmte militärische Programme (oder auch Prestigeziele) zu befördern und damit Prioritäten setzen. Aber sollte sie damit und durch andere mögliche wissenschaftspolitische Schwerpunktsetzungen auch in das System der Wissenschaften und die Bewertung von Forschungsthemen hineinregieren? Diese Frage zu verneinen klingt wie eine Nachricht aus dem Wolkenkuckucksheim. Freiheit der Wissenschaft als Ideal ist doch wohl längst schon durch derartige Praktiken unterminiert. Den Finger auf diese Wunde zu legen ist unbedingt Anliegen »linker« Wissenschaftspolitik; was damit gegen die militärischen Produktionskomplexe zu bewirken ist, steht tatsächlich auf einem anderen Blatt.

Das berührt nun auch die Frage nach der Rolle privater Interessen gegenüber der Wissenschaft – diesen Schwachpunkt auch in Sachen »Freiheit der Wissenschaft« kann man natürlich nicht übersehen. Nach seriösen Schätzungen kann man davon ausgehen, dass rund 70 % der forschenden Wissenschaftler für die Industrie arbeiten und von dieser bezahlt werden. Das bedeutet natürlich auch, dass hier die Industrie allein über die Definition der Forschungsthemen verfügt. Damit ist ein weiteres Dilemma aufgezeigt: In der kapitalistischen Gesellschaft bestimmen (bemühen wir den Marxismus) die Eigentumsverhältnisse den Umgang mit diesem Forschungs komplex, an den, wie erwähnt, 70 % der Forscher gebunden sind. Man möchte hoffen, dass Wissenschaftspolitik von den Oppositionsbänken aus diese Sachlage verändern kann. Jedoch mehr als eine Modifizierung ist kaum möglich. Wissenschaft unterliegt in der kapitalistischen Gegenwart den Gesetzmäßigkeiten dieser Gesellschaftsformation – in der DDR-Wissenschaftstheorie nannten wir das die »Formationsspezifika« von Wissenschaft. Zu dieser

Spezifik gehört aber auch – damit streifen wir eine weitere Frage, die Peter Fleissner aufgeworfen hat - die Fähigkeit einiger Forschungsfelder zur Reflexion der eigenen Lebenswelt. Die Marxsche Theorie ist ein Beispiel dafür; die alternativen Sozialwissenschaften, die in den siebziger Jahren in der Bundesrepublik in stattlicher Anzahl anzutreffen waren, kann man ebenfalls als historische Vorbilder derartiger Wissenschaften bezeichnen. Insofern möchte ich der These Fleissners, durchaus zustimmen, dass aus der Wissenschaft heraus die neue Gesellschaftstheorie geboren werden könne. Natürlich wird das Ringen um die Gesellschaft der Zukunft nicht mit Dissertationen entschieden. Inwieweit die Humanisierung von Wissenschaft und die Sozialisierung ihrer Resultate durch gedankliche Arbeit wenigstens annähernd erreicht werden kann, sollte man nicht gleich in Bausch und Bogen ablehnen. Ob die Befreiung der Wissenschaft vom »Marktgehorsam« hierbei eine Rolle spielen wird, was Peter Fleissner in These 3 mit Bezug auf die Universität der Zukunft erhofft, mag dahingestellt sein. Dass etliche vor allem naturwissenschaftliche Institute in die Marktmechanismen eingebunden sind, trifft ja zu. Es wäre gewiss kein allzu großes Problem, die Marktanbindung dieser Institute einzuschränken oder gar abzuschaffen – entsprechende Vorschriften und Verbote lassen sich gewiss aus den Statuten der Universitätsverfassungen ableiten – wenn man nur wollte. Für viele Institute bedeutet diese Marktanbindung zweifellos ein sehr willkommenen finanzieller Zugewinn, was bei der derzeitigen Notlage nicht weniger Universitäten erklärbar ist. Die Alternative in diesen Fällen ist sehr einfach – Vater Staat greift tiefer in die Tasche und die Studenten zahlen erhöhte Studiengebühren.

Auf einen Aspekt der Wissenschaftsfreiheit muss ich an dieser Stelle noch etwas ausführlicher eingehen. Unlängst bekam ich einen Leserbrief als Diskussionsbeitrag zu einem von mir herausgegebenen Sammelband, den ein Autorenteam im vorigen Jahr vorgelegt hat unter der Überschrift: »Technologiepolitik und kritische Vernunft. Wie geht die Linke mit den neuen Technologie um? « In diesem Leserbrief wird entrüstet vermerkt, dass die Autoren (in drei der Beiträge) die Grüne Gentechnik befürworten. Das jedoch verstoße gegen die Beschlüsse der Linkspartei. Abgesehen davon, dass die Linkspartei durch etliche Funktionsträger zwar die Ablehnung der Grünen Gentechnik (und der Atomkraftwerke) in Wort und Schrift vertritt, sind mir Parteibeschlüsse in dieser Richtung nicht bekannt. In einer Broschüre aus dem Jahr 2005, die die Materialien einer Fraktionsvorsitzendenkonferenz und der umweltpolitischen Sprecher der PDS-Landtagsfraktionen enthält (in deren Namen herausgegeben von Roland Claus), werden Atomkraft und Grüne Gentechnik allerdings rundweg abgelehnt. Unter dem Titel »Wessen Welt ist die Welt. Unsere umweltpolitischen Vorschläge« wird faktisch der

Eindruck erweckt, als würde hier eine festgelegte Parteimeinung vertreten. Zur Grünen Gentechnik heißt es (sogar als Kapitelüberschrift), Grüne Gentechnik »ist weder wünschenswert noch notwendig«. Hatten wir das nicht schon einmal? Die Ablehnung einer ganzen Wissenschaftsdisziplin (auch hier war es die Genetik) durch die KPdSU und im Schlepptau auch durch die SED!? Ein Parteibeschluss (so es einen solchen expressis verbis schon gibt) gegen eine wissenschaftliche Arbeitsrichtung? Mir graust bei dieser Vorstellung! Aber ich gehe davon aus, dass in dieser Broschüre wie in einigen anderen Schriften von PDS-Autoren noch vor der Gründung der Linkspartei persönliche Standpunkte vertreten wurden. Aber generell gilt doch, dass man seitens einer demokratischen Partei tunlichst vermeiden sollte, wissenschaftliche Forschungsstrategien und -ergebnisse zu beurteilen oder gar zu zensieren. Aber Meinungsäußerungen über die möglichen sachlichen und ethischen Folgen dieser Forschungen sind natürlich naheliegend und es gehört zum demokratischen Klima hierzulande, solche Diskussionen auch austragen zu können. Es bleibt zu hoffen, dass die Linke keinen Glaubenskrieg gegen die Wissenschaft führt!

Zurück zu Fleissners Thesen. In These 4 wird vorgeschlagen, der Tendenz zur Spezialisierung der Einzelwissenschaften durch Stärkung integrativer Disziplinen »der Integration und des Überblicks« entgegenzuwirken. Abgesehen davon, dass diese Tendenz seit mindestens einhundertfünfzig Jahren die Entwicklung der Wissenschaft beherrscht und eine wichtige Voraussetzung ihrer Erfolge bildet, ist diese Spezialisierung nach wie vor eine wissenschaftsinterne Notwendigkeit. Die Integration verschiedenster Disziplinen und die Organisierung des Überblicks dürfte jedoch auch in den Zuständigkeitsbereich der wissenschaftlichen Einrichtungen fallen; sie zum Arbeitsfeld der Wissenschaftspolitik zu erklären, halte ich für überflüssig. Ich glaube, sie muss sich keine Mühe geben, um die Akropolis nach Athen zu transportieren. Zusammenarbeit gehört in der Regel zu den Problemlösungspotentialen der Wissenschaften, wobei die Wissenschaftler oft genug selbst interdisziplinäre Forschungsgruppen organisieren und nicht erst auf entsprechende wissenschaftspolitische Vorschriften warten. Fleissners Anregung, hier unter anderem auf die »materialistische und präzisierete dialektische Philosophie« und »Widerspiegelungstheorie als Erkenntnistheorie« zurückzugreifen und diese zu reaktivieren, muss man wohl auch mit einem Fragezeichen versehen. Dialektische Philosophie ist fraglos ein Bestandteil der modernen mit der deutschen Klassik einsetzenden philosophischen Tradition und gehört zu den großen Denkschulen der europäischen Kultur. Man darf allerdings nicht übersehen, dass die unkritische Handhabung dieser dialektischen Philosophie durch nicht wenige ihrer Vertreter, ihre Erhebung in

den ideologischen Adelsstand durch dialektisch geschulte Politiker und Parteipraktiker in linken Parteien diese Philosophie ziemlich auf den Hund gekommen ist. Ob dies ein bloßes Wendephänomen ist, soll hier nicht weiter untersucht werden. Ich weiß aus eigenem Freundeskreis, dass nicht wenige Naturwissenschaftler nach wie vor in der dialektischen Methodologie ein willkommenes Erkundungsinstrument gerade für den von Fleissner angezielten Problembereich erblickten und erblicken. Ein bekannter amerikanischer Wissenschaftsphilosoph hat mir bei einer Wiederbegegnung nach der Wende auf meine zaghafte Frage, ob er seine frühere Liebe zum dialektischen Materialismus inzwischen zu den Akten gelegt habe, mit der Gegenfrage geantwortet, was der politische Zusammenbruch mit der Gültigkeit naturphilosophischer Aussagen zu tun habe? Ich mag diese Gegenfrage hier nicht diskutieren und bin mir nicht sicher, inwieweit man aus der Gesamtheit marxistisch-philosophischer Theoreme selektieren kann – zumindest fällt es mir schwer, das in zwei Sätzen auszudrücken. Was aber fraglos eine kognitive Sünde der Marxisten war, das betrifft die gnadenlose Ablehnung aller Inhalte aus der philosophischen Tradition und Gegenwart, die nicht mit dem Marxismus übereinstimmen. Dieser dogmatische Anspruch auf gnoseologische Alleinherrschaft hat den Marxisten nicht gut getan, gelinde ausgedrückt. Inwieweit die Widerspiegelungstheorie zur Stärkung integrativer Tendenzen in der Wissenschaft beitragen könne, wage ich nicht zu beurteilen. Ich weiß jedoch um die gegenwärtigen Debatten marxistischer Philosophen um die Tragfähigkeit dieser Theorie; verweise hier auf die Literatur.[12]

Mit These 5 wird Peter Fleissner ganz bestimmt ein positives Echo nicht nur aus der linken Ecke erfahren. Das Problem steckt darin, dass man herausarbeiten muss, welche Werte man in den Mittelpunkt rückt und welchen man nicht zuzustimmen vermag. Der Wert an sich ist kein Wert! Frieden und soziale wie ökologische Nachhaltigkeit werden breite Zustimmung finden. Wie es mit religiösen Grundwerten steht, ist schon eine andere Frage. Mit der Bergpredigt stimmen auch die sogenannten »Atheisten« problemlos überein. Aber schon die Abstempelung der »Atheisten« als Gottesleugner stellt diese außerhalb der menschlichen Kulturwerte, zumindest im Vorherrschaftsbereich der katholischen und teilweise auch der evangelischen Ausprägung der christlichen Glaubenslehre; was im Prinzip aber für alle Religionen gelten dürfte. Das Wertproblem ist also keine Frage der Wissenschaftspolitik. Was Fleissner meint, das sind allgemeine Fragen der Persönlichkeitsbildung, der Ausbildung der Charaktere sowie der weite Bereich dessen, was er »kulturelle Erfahrungen« nennt. Das dürfte natürlich die Bildungspolitik nicht aussparen. Hier stehen viele neue Bildungswege offen: Kunsterziehung einschließlich der praktischen Unterweisung in den Künsten, eine vertiefte Beziehung zur

Welt der Literatur und vieles mehr. Eher wieder auf die Wissenschaft zugeschnitten sind durch den Fortschritt der Wissenschaft produzierte Herausforderungen an traditionelle ethische Auffassungen, wie sie die Reproduktionsbiologie, die Rote und die Grüne Gentechnik, die Bestimmung des individuellen Lebensbeginns (zur Frage des Schwangerschaftsabbruchs) und andere mehr vorlegen. Hier geschieht schon eine ganze Menge von der Spezialvorlesung an der Universität bis zur Überzeugungsarbeit des Nationalen Ethikrates.

Die Vorschläge Fleissners zur Neugestaltung des Verhältnisses der Wissenschaftspolitik zur Massenkultur, zu neuen Unterrichtsformen und zu sozialen Experimenten hinsichtlich alternativer Arbeits- und Lebensformen würden, so sie wissenschaftspolitisch adoptiert werden, den Inhalt von Wissenschaftspolitik grundlegend neu gestalten. Hier steckt natürlich der Teufel im Detail. Der nächste Schritt muss auf diesem Felde konkret ausformuliert werden; in der jetzigen allgemeinen Form ist dieser Thesenbereich (6 bis 8) kaum politisch umsetzbar, dürfte allerdings linke Kulturpolitik direkt betreffen. Der Themenbereich der These 9, das Problem der frei der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellenden Ergebnisse öffentlich finanzierter Wissenschaftsinstitute, ist in der linken Literatur schon (und durchaus kontrovers) debattiert worden. Die Diskussion ist noch nicht abgeschlossen – die Grundidee ist sozial und nicht zu sagen sozialistisch.[13] Wie das zu realisieren ist, müsste den wissenschaftspolitischen Instanzen allerdings beigebracht werden. Ich habe da so meine Bedenken, wie der Beamtenstab in den betreffenden Ministerien eine schöpferische Lösung finden wird. Und auch die These 10 hat den Reiz einer nur angedeuteten Problematik. Dass neue Technologien in der Spassgesellschaft einem breiten Publikum vorgestellt und mit den Bedürfnissen spezifischer Gruppen abgestimmt werden, halte ich für eine fast schon überflüssige Empfehlung an die Wissenschaftspolitik, denn was sich in der Bedürfniswelt nicht von selbst lautstark artikuliert, hat keine Chance, aufgenommen zu werden.

Eine generelle Schlussfolgerung zum Thesenpapier Fleissners fällt mir nicht leicht. Generell sollte man – geht man an die Arbeit, ein Wissenschaftskonzept der Linken auszuarbeiten – es nicht links liegen lassen. Zu vielen Vorschlägen fehlt mir das Eingehen auf bereits oft Vorgetragenes zu diesem Themenbereich. Und es fehlt ein zündender Gedanke, der alle 10 Thesen umgreift und deutlich macht, wodurch sich linke Wissenschaftspolitik generell auszeichnet. Wünschbar wäre die Herausarbeitung einer gesellschaftstheoretischen Basis; und natürlich die Auflistung der wichtigsten Ansatzpunkte, um mit einer solchen Wissenschaftspolitik in die politische Szenerie einzugreifen. An diesem Punkte müsste Peter Fleissner »nachfassen«, wie man so schön sagt, aber auch all die anderen, die bei den Linken schon längere Zeit Wissenschaftspolitik »machen«.

[1] Verwiesen sei auf die Beiträge von Hubert Laitko, Hans-Gert Gräbe, Benjamin Hoff, Jochen Gläser, Sabine Voigt, Bernd Rupp und viele andere, die ich hier nicht alle aufführen kann.

[2] Soll hier heißen ein Wissenschaftsbegriff, der sich ausschließlich auf die Eigenlogik der Wissenschaft bezieht.

[3] Hier soll nur das als »Richta-Report« bezeichnete Standardwerk aus der damaligen marxistischen wissenschaftstheoretischen Literatur erwähnt werden: Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts. Die Auswirkungen der technisch-wissenschaftlichen Revolution auf die Produktionsverhältnisse. Hg. von Radovan Richta und Kollektiv. Makol-Verlag, Bielefeld 1971. Eine frühere Fassung erschien 1968 unter dem Titel »Zivilisation am Scheideweg«.

[4] Das wäre natürlich ein Kritikpunkt an die Adresse Peter Fleissners, der diese Tradition rundweg ausspart.

[5] Auch hier begnüge ich mich mit nur wenigen Verweisen: Peter Weingart: Wissensproduktion und soziale Struktur. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1976. Gernot Böhme, Michael von Engelhardt (Hg.): Entfremdete Wissenschaft. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1979; Günther Ropohl: Technologische Aufklärung. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1991.

[6] Ich lehne mich hier an eine Argumentation von Jürgen Mittelstrass an: Wie die Lust an der Wissenschaft ausgetrieben wird, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. 8. 2009, S. 6.

[7] Zitiert nach einer OECD-Studie in den VDI-Nachrichten vom 12.09.2008.

[8] Ich verweise hier auf den Beitrag von Eckehard Franz in diesem Heft, in welchem überraschende Informationen zu den ökologischen Krisensituationen vorgestellt werden.

[9] Aus jüngster Zeit nur zwei Beispiele: Erstens der Aufsatz »Freispruch für CO2? Immer mehr Wissenschaftler zweifeln an der Klimaschädlichkeit des unreaktiven Gases.« In: [www.laufpass.com](http://www.laufpass.com). 2009; zweitens die Internetmitteilung eines Interviews mit Steffen Henrich, einem der maßgeblichen liberalen Umweltaktivisten, zu den Grundzügen einer liberalen Umweltpolitik, der hervorhebt, dass eine »überstürzte Energiepolitik« Arbeitsplätze bedroht – deutlich mit ablehnendem Bezug auf die Behauptung der Grünen, wonach die Erstellung alternativer Windenergien bereits Arbeitsplätze in hoher sechsstelliger Anzahl erbracht habe. In: [WNeumannBue-roGMM@aol.com](mailto:WNeumannBue-roGMM@aol.com).

[10] Der Begriff der »Würde« der Wissenschaft ist aus dem gegenwärtigen Schrifttum über Wissenschaft und Gesellschaft gleichsam ausgeschieden. Man muss Hermann Klenner danken, dass er dieses schöne Ideal aus der Geschichte der Wissenschaftsphilosophie wieder ausgegraben hat mit der Neuherausgabe von Francis Bacons wunderbarer Schrift »Über die Würde und die Förderung der Wissenschaft« (1605/1623); bei Haufe, Freiburg u.a., 2006.

[11] Wer erinnert sich nicht mehr an die nahezu überbordenden »Gewissheiten«, die für die DDR-Leserschaft schon 1960 vorgelegt wurden von Karl Böhm und Rolf Dörge: Unsere Welt von morgen. Verlag Neues Leben, Berlin. Die sowjetische Lesart kam in Gestalt des im Urania-Verlag 1982 verlegten Buches »Die Zukunft der Menschheit« von G. Ch. Schachnasarow in die Buchläden. Nicht in die Hände des damaligen DDR-Leserpublikums gelangte die superoptimistische Darstellung der zu erwartenden Sachlage in Umwelt und Gesellschaft des damaligen Chefidologen der US-amerikanischen Futurologen-Szene Herman Kahn: Vor uns die guten Jahre. Ein realistisches Modell unserer Zukunft, F. Molden, Wien u.a. 1977. Die Berichte des Club of Rome, gegründet 1968 von Aurelio Peccei, setzten die Maßstäbe weitgehend verlässlicher Analytik, auf die sich die späteren UNESCO-Studien stützten.

[12] Vgl. dazu die jüngste Stellungnahme in der linken Literatur zu diesem Problem von Renate Wahsner: »Die Materie der Erkenntnis kann nicht gedichtet werden«. Zu den Bedingungen einer materialistischen Spekulation bzw. Dialektik und zur Unmöglichkeit einer monistischen Abbildtheorie. In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 77, März 2009, S.138 – 157.

[13] Vgl. Hans-Gert Gräbe: Geistiges Eigentum, Gemeineigentum und die Eigentumsfrage. Ein Plädoyer gegen geistiges Eigentum als Konzept. In: Rohrbacher Manuskripte, Heft 12, Leipzig 2006.

## REINHOLD KRAMPITZ

### »Change«, dem Wandel politische Lenkung vermitteln – unbedingt!

Weniger der Geist nach immer neuen Reformen[1] ist es – vielmehr das Hineinhören in vieltausend-jährige Menschheitserfahrung kann helfen, halbwegs krisenfeste politische Lenkungswege zu organisieren. So lange ist es noch nicht her, dass Isaak Newton [2] den hohen Nutzen menschlicher Werte-Gewinne auf den Punkt (seiner Generation) gebracht hat: Wir stehen auf den Schultern von Riesen! Unsere Generation wird Verständnis dafür haben müssen, dass die Kompliziertheit unserer Lebensumstände in der sich unabweisbar globalisierenden Welt politisch geprägt ist: Von Gegenwart überschwemmt![3]. Das Schicksal unserer Eltern hieß Krieg, unseres ist: Bestand finden in Abläufen der -Globalisierung.

### WERTE-PAKET DER PHILOSOPHIE – EIN STÜCK DAVON

Es mögen 4000 Jahre zusammengefasste Menschheitserfahrung gewesen sein, die Emmanuel Kant (1742-1804) veranlasst haben, von der Aufklärung ausgehend, gegen platten Rationalismus, zu analysieren und eine Vision zu entwickeln, wie eine ganz natürlich mit diversen Reibungen befrachtete Welt gestaltbar wäre: So, dass die Menschheitsgeschichte durchdringende Krisen schon in ihren Keimen erkannt werden, und nach Kant'scher Prämisse tragbar für die Beteiligten einem Interessensausgleich zugeführt werden gemäß seiner Schrift Zum ewigen Frieden. Wenn es um Großes im Weltgeschehen geht heißt dies übergreifende politische Regulierungen als historisch notwendig zu erkennen – zumal sich manches als Zielstellung globalen Handelns bereits anbaut. Bahnbrechendes braucht seine Zeit zur Realisierung. Es impliziert aber auch politische Ziellosigkeit der Ignoranten, so wenn vermeintlich kluge Politiker unserer Zeit glauben, die visionäre Denkleistung Wissender, die für die Frage nach der Zukunft und Umgestaltung der heutigen politischen Gemeinwesen nicht an Bedeutung verloren hat, in ärztliche Behandlung verweisen zu müssen. Diese klugen, aber historisch kurz-sichtigen Politiker verkennen, dass die sich globalisierende Welt ihre komplizierten Entwicklungs-Zusammenhänge wesentlich von selbst gestaltet – ohne ihr willent-

liches Zutun. Als Nur-Reformisten, die das Gemeinwesen, für das sie Verantwortung tragen, bestenfalls ausgestalten, aber nicht den Anforderungen der modernen Welt entsprechend umgestalten wollen, bleiben sie dann hinter ihrer welthistorischen Aufgabenstellung zurück. Was heute als politisches Orientierungswissen wichtiger ist als je zuvor ist: Die Denkleistung für das Ganze und das Handeln für das Mitgestalten der Wege in die Zukunft – bei steter Abwägung der Folgen eigenen Tuns in der sich globalisierenden Welt mit ihren längst nicht mehr utopischen Entwicklungselementen, wie sie uns von unseren altvorderen Denk-Riesen auf den Weg gegeben. sind.

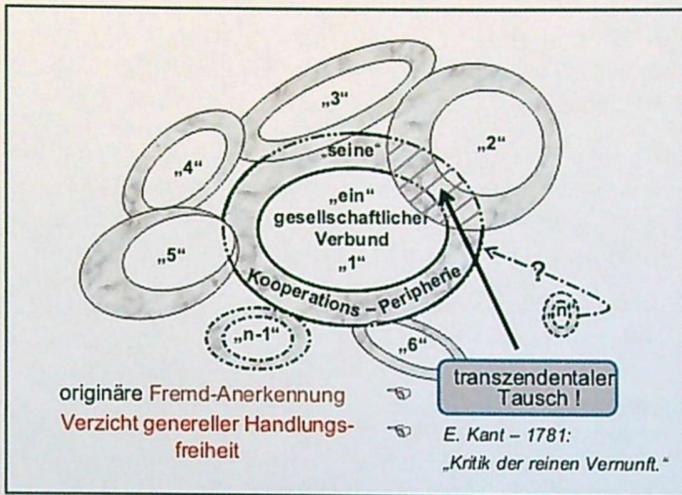


Abb. 1: Naturgegebene Vernetzung

Es ist ein natürliches Wesensmerkmal menschlicher Gemeinwesen, dass in den Bereichen ihrer peripheren Überdeckungen ständig irgendwie Gemeinsamkeiten und Interessen-Konflikte auftreten und zu meistern sind. Ein bedeutsames Beispiel für die Lösung von Konflikten durch Nutzung von gemeinsam erkannten Vorteilen liefert uns das Verhalten des römischen Kaisers Tiberius. Er ermahnte nämlich schon ziemlich genau vor 1.994 Jahren seinen Adoptivsohn Germanicus, der als Führer der römischen Legionen die militärische Großmacht am Rhein verkörperte, eine angemessene Kriegsführung anzustreben, um ihn schließlich 17 n. Chr. wegen seiner andauernden und vergeblichen Kriegsführung gegen rechts-rheinische Germanen-Stämme, schließlich abzurufen:

Als Rechtfertigung sagte der Kaiser: Deine verheerenden Feldzüge gegen die Germanen-Stämme bringen nichts politisch Nachhaltiges. Ich habe mit meiner Strategie der friedlichen Kooperation politisch Besseres erreicht. Ein solches Verhalten von Machthabern der Antike steht erstaunlicherweise im Einklang mit Theoremen der neuzeitlichen Tübinger Philosophie-Forschung »Demokratie im Zeitalter der Globalisierung«[4]. Danach ergeben sich auf dem Wege des menschlichen Gemeinsinns – wie er in Kant'scher Diktion begreifbar ist – die Zwänge zu einer politisch institutionalisierenden Globalisierung mit epochalen neuen Entwicklungsschritten, deren Anfänge bereits erkennbar sind. Dazu gehören:

- Gute Ansätze einen weltumspannenden Handelsaustausch, der den Völkerfrieden befördert, und erste abgestimmte Maßnahmen zum Ressourcenschutz unseres Planeten über die Grenzen der völkischen Verbände hinaus.
- Zwar kann die UNO, die vermutlich notwendige Forderung einer Art Welt-Regierung, wie sie dem Denken unserer Alt-Vorderen entspricht, und auch nicht die Forderung eines auszubauenden international-demokratisch funktionierenden Minimal-Staats, noch längst nicht erfüllen. Die Anfänge aber sind da.
- Die Einrichtung einer Institution epochen-unabhängiger Zwangsbefugnis – das noch zarte Pflänzchen des internationalen Gerichtshofs in Den Haag – der Anfang ist da. Anderes, was für die Existenzsicherung der Menschheit und ihrer Wohlfahrt von Bedeutung ist, findet vergleichsweise nur unzureichend Beachtung:
- Im Hintergrund des angelaufenen Welt-Vernetzungsvorgangs staatlicher Gemeinwesen vollzieht sich ein welt-politisch gravierender Vorgang, der als eine ungeheuer große Problemschichtung für die menschheitliche Welt-Globalisierung – oft zu vereinfacht nur als politische Klage abgetan wird – die sogenannte Bevölkerungs-Explosion.

Der Perspektivenwechsel, der sich durch die Wahrnehmung des Entstehens von mehr oder weniger unvollkommenen globalen politischen Instanzen nicht von heute auf morgen aufzwingt, sollte unsere Generation nicht zu historisch ungerechtfertigten Urteilen verleiten. Zum Beispiel könnte der RGW, Rat der Gegenseitigen Wirtschaftshilfe des ehemaligen Verbundes sozialistischer Staaten, ein Stück davon! [5] gewesen sein, in dessen Strategie zum gegenseitigen Vorteil ein Teil unserer deutschen Wirtschaftler- und Ingenieur-Generation seine Verhaltens-Bildung mit Blick auf die sich abzeichnenden Anfänge der sich globalisierenden Weltordnung erfahren hat. Ihre damalige Per-

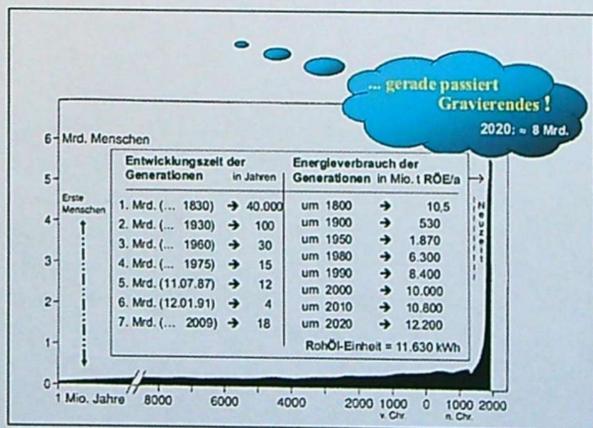
spektive war gewissermaßen eine Vorleistung für eine letztendlich als notwendig erachtete Globalisierung.

## PHILOSOPHISCH-HISTORISCHE GESETZMÄßIGKEIT – ANGEFÜLLT MIT AKTUALITÄT

Das Problem der Tragfähigkeit unserer Erde stellt in Anbetracht der Entwicklung des Weltwirkens ihrer Bewohner eine wissenschaftliche politische Herausforderung dar – Abb. 2. Aufgrund der Gemengelage von Sorgen, Klugheit, Eigensinn und Machtverfügbarkeit sieht es jedoch nicht danach aus, dass unsere Generation in absehbarer Zeit der globalisierten Idealwelt entscheidend näher kommt.

In mathematisch-kybernetischer Ausdrucksweise vollzieht sich das Mengenwachstum der Erdenbürger als historische Sprung-Funktion. In mathematischer Bestimmung hatten solchen Entwicklungssprüngen, gegen das bis dahin Dagewesene, Fortschrittsimpulse an – gewöhnlich durchsetzt mit diversen Folgevorgängen - einige teils leicht, andere schwierig beherrschbar. In der Automatisierungstechnik zeigen sich diese in oft gravierend-ungünstigem Hin- und Herschwingen technologischer Abläufe, von Krankheitssymptomen in biologischen und wirtschaftlichen Systemen. Aus Gründen der optimalen Prozessführung solcher Vorgänge hat die Kybernetik ein ganzes wissenschaftliches Gebäude um das Phänomen Sprung-Funktion errichtet – hier mit weitgehend determiniert bestimmbar Folgewirkungen sowie deren Beeinflussung zur Verhinderung von Entwicklungsschäden.

Abb. 2:  
Planet Erde – das Welt-  
ereignis unserer Gene-  
rationen



Was in der kybernetischen Theorie von Naturwissenschaften und Technik als weithin gelöst betrachtet werden kann – die sozial-ökonomische Bestimmtheit der Menschheitsentwicklung unterliegt in ähnlicher Weise dieser lange bekannten kybernetischen Gesetzmäßigkeit.

Zugegeben: Die sozial-ökonomische Kybernetik ist ein weit schwierigeres Feld als die naturwissenschaftlich-technische Kybernetik mit ihren detaillierten Berechenbarkeiten. Mit heutiger Verfügbarkeit exorbitanter wissenschaftlicher Mittel ist es hohe Zeit, dass sich das Gemeinwesen Bundesrepublik Deutschland einen gesellschafts-kybernetischen, politisch zielführenden Handlungsrahmen für möglichst verlustarme Wege schon in die nahe Zukunft schafft. Beispielsweise etwa zum Erkennen,

- dass die politische Juristerei des Jahres 2010 um das Wachstum des Niedriglohn-Arbeitsbereichs in Europa nur eine Symptome-Behandlung ist und in beträchtlicher Ferne von der ureigentlich anzupackenden Problemlösung liegt: Die richtige ARBEIT MUSS HER! Auch das Erscheinungsbild für Deutschland zeigt eher wie strukturell ungelöst der transnationale Austausch in der internationalen Organisation von Arbeit ist. Gerade auf diesem hochwichtigen Gebiet des globalisierten Zusammenlebens der Völker nach dem Prinzip des gegenseitigen Gebens und Nehmens von Leistungen darf nicht nur die Ausweitung der internationalen Konzerne ins Kalkül gezogen werden, sondern müssen vor allem die nach Hunderttausenden zählenden, das Gesellschaftspotenzial z. B. Asiens ausmachenden kleinen und mittleren Unternehmen gebührend berücksichtigt werden.

Auch hier ist von unseren Alt-Vorderen lernbar, wie sie schon mit den damals verfügbaren ökonomischen Komponenten zur Wertschöpfung (z. B. des Bodens und der beruflichen Fähigkeiten von Bevölkerungsgruppen) eine recht präzise Lenkung nutzvoll zu leistender Arbeit vorgenommen haben[6][7]. Zuweilen richtet man an mittelständische Unternehmen, die am Markt innovativer Produkte beteiligt sind, die Frage, welche Produktfelder werden übrig bleiben für die deutsche Wirtschaft im sich globalisierenden Weltmarkt? Magdeburger Ingenieure: Wir liefern/bauen wieder Walzwerke in der Welt; mit auskömmlich bezahlter Arbeit – ganz gegen den Zeitgeist des ideellen Zurücksetzens der deutschen Anlagenbau-Tradition gegenüber dem Technologiebedürfnis der Welt-Gemeinschaft; noch bei Überschwemmung durch anderweitige staatliche Über-Subventionierungen[8]. Den Stahl wird man brauchen, um u. a. dem UNO-Auftrag an die Industrie-Nationen zu folgen[9], und um z.B. auch der Ausdehnung der Wüstengebiete, die eine große Gefahr für die Ernährungs-/Gesundheitssicherung der alsbald 9 Mrd. Erdenbürger darstellt, entgegenzutreten zu können.

- Militärischer Aktionismus, als sichtbar ungeeignetes Instrumentarium für regionale Struktur-Beeinflussungen ist in den Handlungsbereichen des transnationalen Austauschs umfassend durch eine politisch organisierte, konflikt-ausgleichende Kooperation zum gegenseitigen Vorteil zu ersetzen.

Das Neue unserer Generationen-Situation: In den Zusammenhängen von Menschheitsentwicklung und den Abläufen der Welt-Globalisierung ist die Die Technologie in die Rolle eines entwicklungs-entscheidenden Instruments getreten[10]. Die Globalisierung zeigt sich politisch lenkbar durch die Ausgestaltung des in den Welt-Regionen jeweils verfügbaren Technologie-Niveaus[11], [12]. Auch unter Berücksichtigung relativierender Gesichtspunkte kann davon ausgegangen werden, dass sich die Deutsche Wirtschafts-Normalität auch auf längere Zeit durch ihr exzellent gepflegtes Technologisches Gewusst wie! im globalisierten Markt als vielfältig attraktiv verkaufbares innovatives Produkt durchsetzt. Zur gleichen Normalität gehört auch, dass die gegenständliche Produkt-Realisierung auf einer Basis erfolgt, die die Organisation freundschaftlicher transnationaler Beziehungen mit Unternehmen anderer Kulturregionen erleichtert. Schon heute erweisen sich u. a. auf dem Gebiet des technologisch intelligenten Schwermaschinenbaus mittelständische indische und türkische Fertigungs-Unternehmen, oder südkoreanische Elektro-Projektanten als qualifizierte Partner für so kooperative Marktauftritte – wie Walzwerke für den Weltmarkt, in der technisch-innovativen Realisierungslenkung durch Magdeburger Ingenieure. Noch leidet die russische Wirtschaft an ihrem früh-sozialistischen Kredo des vorrangigen Aufbaus der Grundstoff-Industrie. Daher lastet bis heute das zu einseitige Profil als nur starker Rohstoff- und Energie-Exporteur auf diesem Lande. Im transnationalen Tauschbedürfnis Russlands haben deutsche Ingenieur-Manager als Technologie-Bringer hohes Ansehen für den gemeinschaftlichen Aufbau zuverlässig ineinander greifender Globalisierungs-Strukturen. So könnte es beispielsweise gelingen, die traditionelle Kompetenz des anhaltinisch-sächsischen Chemie-Anlagenbaus mit modernen Pyrolyse-Verfahren zu verbinden (wie sie dem LEUNA-Gründer, Friedrich Bergius, 1913 noch nicht verfügbar waren), um durch ein Verfahren der Rohstoffwiedergewinnung, z. B. die Abfallmassen Neapels oder die Masse Kunststoff-Abfälle aus der globalen Automobil-Entsorgung, nicht umweltbelastend verbrennen zu müssen. Es ist jedenfalls sinnvoller durch die Nutzung des technologischen Engineering-Könnens deutscher Naturwissenschaftler und Ingenieure in Verbindung mit dem Bau von Recycling-Anlagen durch russische Ingenieure den Weltmarkt innovativer Anlagenbau-Produkte zu bedienen. Dieses Feld von Menschheitsbedürfnissen, hier fokussiert auf Produktionsanlagen dieser Hightec-

Art für alternative Rohstoffe-Gewinnung, eröffnet dem wirtschaftlich bedeutenden deutschen Wirkfaktor Klein-/mittelständische Unternehmen (KMU) für die Zukunft große transnationale Handlungsspielräume. Dies ist hervorzuheben, weil die heutige Hightec-Begrifflichkeit, bisher zu eingeschränkt hauptsächlich an Informations- und Medientechnologien gebunden ist. Für die markt-organisatorische Orientierung kommt es andererseits aber darauf an, beispielsweise die Fast-Weltführerschaft Chinas mit Hightec-Produkten der Informationstechnik (in dessen Wettbewerb mit den USA) anzuerkennen und bei der Strukturierung deutscher Produktangebote für transnationale Austauschbeziehungen mit den Weltregionen zu berücksichtigen.

## HÄRTEN DER GLOBALISIERUNG – SICH UNVERHÜLLTER WIRKLICHKEIT STELLEN

Das Wissenschafts- und Technologie-Potenzial Europas ist groß genug, um Vorstellungen von einem Ausgeliefert-Seins als unberechtigt zu erachten. Freilich müssen die politischen Rahmenbedingungen für die Nutzung dieser Potenziale[12] – insbesondere Deutschlands, auf das man als volkreichstes Land Europas mit seiner wissenschaftlich-technologischen Tradition von außen in besonderer Weise blickt – zielbewusster gestaltet werden. Diese kritische Feststellung ist mit der Erwartung verbunden, dass auch Deutschland umgehend seine technologische Potenz gegenüber der Menschheitsentwicklung zur Wirkung bringt. Deutschland muss den derzeit in seinem Leistungsportfolio bestehenden Überhang von tacitivem Wissen (d. h. sozial schlafendes W.) umfassender in globalisierungs-lenkendes systemisches Wissen überleiten. Die UNO empfiehlt als Lernbeispiel Südkorea, das in konsequenter naturwissenschaftlich-technischer Zielführung in nur 20 Jahren - ab der Einführung allgemeiner Schulpflicht in den 60iger Jahren - den Status einer leistungsstarken Industrie-Nation erlangt hat. Seit der Jahrtausendwende verfolgt die UNO die Ergebnisse ihrer Politik auf der Grundlage der für die Jahre 2000 bis 2025 von 177 Staatsregierungen definierten Milleniumsziele zur Weltentwicklung. Der Index für menschliche Entwicklung = HDI (Pro-Kopf-Einkommen/ ArmutBewegung/ Bildungsniveau/ Lebenserwartung) für den Zwischenstand des Jahres 2007 warf in der Weltöffentlichkeit jedoch kein gutes Licht auf die Entwicklung in der Deutschen Bundesrepublik, die im Vergleich zu den Spitzenregionen Norwegen, Australien ..., mit ihren transnationalen HDI-Wirkpotenzialen vom 21. Ausgangsplatz auf

den 22. Platz der Nationen-Bewertung zurückgefallen ist, während Brasilien, China und Indien ihre HDI-Wirkpotenziale erhöht haben.

Welche Schlussfolgerungen sind unter anderen aus dieser Situation zu ziehen? Die sozial-ökonomischen Aktivisten unseres Landes wollen nicht dabeistehen und zusehen müssen, wie USA-Aufklärungsdienste ihrer Regierung sehr spezifische Informationen über Deutschland unterbreiten, die das Herausfallen Deutschlands[13] aus dem sozial-ökonomischen Werte-Erhalt Projekt 2020 der westlichen Industrie-Nationen betreffen, wo doch Deutschland mit seinen Spitzen-Universitäten, einst als bedeutendster europäischer Technologie-Führer galt. Neben dem festgestellten gesellschaftlichen Bedeutungsverlust der Technologie, die ein steuernder Machtfaktor im Prozess der Globalisierung ist, halten die USA der Bundesrepublik Deutschland wesentlich auch das Fehlen von Sozial-Reformen vor, die der Nichtausschöpfung des technologischen Bildungspotenzials seiner heranwachsenden Jugend entgegen wirken können. In anderer Hinsicht ist gerade der USA deutlich zu machen, dass militärische Eingriffe zum Zwecke der Veränderung sozial-ökonomischer Strukturen als nicht mehr zeitgemäßes Werkzeug untauglich sind. Die Verstöße gegen das geschichtsmächtig wirkende philosophische Gesetz originäre Fremdanerkennung, erfährt unsere Generation als leidvolles Schauspiel. Im Gegensatz zur Aufgabenstellung auch von US-Geheimdiensten zeichnet den bundesdeutschen Verfassungsschutz dessen gelassene Handlungsorientierung zum Problemfeld Wirtschaftsspionage aus[14], das sich bei ernsthafter Wahrnehmung als Erscheinung der Globalisierung auf den ganzen Erdball erstreckt und ganz aktuell geheimdienstlicher Erkundungsraum mit viel tausendfachen Aushorchungen deutscher Unternehmen. ist. Die gebotene Vorsicht vor der Verletzung internationaler Spielregeln ist die eine Sache. Die andere, gleichzeitig zu pflegende Seite besteht u. a. in der Schaffung und Erhaltung von Vorteilen, die das Völkerrecht nicht verletzen, aber im nationalen Interesse liegen: Chinas Wachstum sichert unsere Arbeitsplätze[15]. Die Optimierung wirtschaftlicher Verhaltensweisen als zeitgemäß beste Lösung für das Agieren in der modernen Weltwirtschaft hat historische Vorbilder. So vermittelte einst schon Manfred v. Ardenne seinen Schülern: Ihr müsst euer Wirtschaftsobjekt wissenschaftlich soweit in den innovativen Vorlauf bringen, dass der Wettbewerber auf Nachahmung verzichtet.

## DAS KRAFTFELD DER ETHIK

Die 3 derzeit lebenden Generationen sind in die epochale Aufgabe des Aufbau-Beginns einer weltumfassenden Kooperation ihrer gesellschaftlichen Gemeinwesen hineingeboren – nach dem Prinzip synergetischer Gesetze der Selbstorganisation – ziemlich unabhängig vom Wollen Einzelner oder lobbyistischer Interessen-Gruppierungen. Erschrecken müssen wir nicht, wenn es scheint, als sei die Globalisierung über uns hereingebrochen und müssten wir uns gegen unseren Willen existenziell in den historischen Trend einfügen. Auch der Eindruck, dass die europäische Leitfunktion für die Lenkung des globalen Geschehens wenig erkennbar ist, kann uns täuschen. Gestehen wir Karl Marx, dem zweit-höchsten angesehenen Sohn des deutschen Volkes zu, dass er uns wenigstens in Anfängen einen direkten Weg in eine demokratisch geformte, weltumspannende Gesellschaftsformation weisen konnte.

Daraus leitet sich für das Heute ein hoher, ethischer Anspruch an die Wissenschaft ab. Jüngst bekannt gewordene Verstöße gegen die grundsätzlich einzufordemde Wahrheits- und Verantwortungs-Ethik – noch dazu wirtschaftslenkend auf der Ebene wissenschaftlicher Leitorgane der UNO zur Welt-Klimapolitik – zeigen die Schadens-Mächtigkeit solcher, hochpolitisch gerahmten Vorkommnisse für die sozial-ökonomischen Strukturen der wirtschaftlich damit befassten Gemeinwesen. Dem Bedeutungs-Verfall Deutsches Mitreden in der wissenschaftlichen Weltgemeinschaft, mit bescheidenen Rang-Plätzen internationaler Wertungen[16] (Internat. Ansehen: einst die deutsche Universität = Perle der Welt-Kultur, heute nur noch Universität in Deutschland ) ist abzuwehren, wenn den Hohen Schulen die wissenschaftsfremden Überfrachtungen, die ihnen durch die Wissenschaftspolitik aufgebürdet wurden, wieder fortgenommen werden. Andererseits muss erwartet werden, dass wissenschaftliche Einrichtungen dem heutigen Wissenschafts-Reformismus wirkungsvoll ihre reichen Bildungserfahrungen entgegensetzen. Es ist ein Beispiel ungut praktizierter Wissenschaftsethik[17], die mit reichlichem Verschleiß wissenschaftlichen Arbeitsvermögens verbunden war, dass die Politik überwiegend Wissenschaftseinrichtungen mit einem geringen zeitlichen Erfahrungsfundus in die Rolle des Fürsprechers für die Durchsetzung des politisch wenig durchdachten Bologna-Prozesses gerufen hat und nicht Einrichtungen mit einer langzeitigen Bildungserfahrung.

Sozial-ökonomischen Erfolg zu organisieren, lässt sich aus der Erfahrung menschlichen Verhaltens zusammenfassen nach Abb. 3.

Emotionen sind zu verstehen als die Summierung von Erfahrungen aus der ganzen Lebenszeit – mit dem physischen und durch Bildung erlernten persönlichen Können. Dieser Zusammenhang verdeutlicht die Dringlichkeit politischer Einflussnahmen auf den sozialen Erfahrungsaufbau beispielsweise bei Kindern aus der großen einkommensschwachen Bevölkerungsschicht, die das Land als sozial-ökonomische Wirkpotenz nicht verlieren darf[13] – auch wenn aktuelle Schwierigkeiten[18] dieser Problemlösung entgegen stehen. Der Gebrauch von Computersystemen als Verstärkungsfaktor für die persönliche Intelligenz ist ein höchst rationelles Bildungsverhalten. Die auf der Grundlage von Wissen, Erfahrungen und Emotionen immer notwendige Entscheidungssicherheit zum Was tun! wird gemindert wenn sich die Persönlichkeit in ein Angst-Umfeld mit dem A-Faktor gestellt sieht[19] – im schlimmsten Falle kommt gar keine Entscheidung zustande oder es entwickelt sich gar eine Falschentscheidung. Die Frage wird oft in den Raum gestellt, warum sich die deutsche Wissenschaft, im Gegensatz zu internationalen Entwicklungen auf dem Gebiet der Kern-Energetik, noch kaum um die Erforschung von Entsorgungstechnologien mit ökologischer Akzeptanz kümmert. Deutsche Wissenschaftler und Techniker sowie behördliche Entscheidungsgremien, die sich mit der Möglichkeit ihres Könnens darum bekümmern könnten, sehen sich politisch und durch die Medien in genau ein solches Angst-Umfeld gestellt, in dem sich in verschiedentlich hinderlicher Weise ein verbreitetes Fluidum des Ablehnens von Mitwirkungsentscheidungen herausgebildet hat. Ein solches Angst-Umfeld mit solchen Hinderlichkeiten kann beispielsweise die Erklärung dafür sein, dass mit den Können anhaltinischer Naturwissenschaftler und Ingenieure kein Erfolg zu erzielen war. Obwohl aus den USA sich mehrfach Unternehmer gemeldet hatten, die im Rahmen eines transnationalen Angebots Deutschlands an die USA an einer Lieferung von Entsorgungsaggregaten für strahlungsbelastete Abfälle in den Markt des amerikanischen Hightec-Anlagenbaus durch regionale KMU mit entsprechend innovativen Kompetenzhintergrund interessiert waren, konnte diesem Anliegen nicht gefolgt werden.

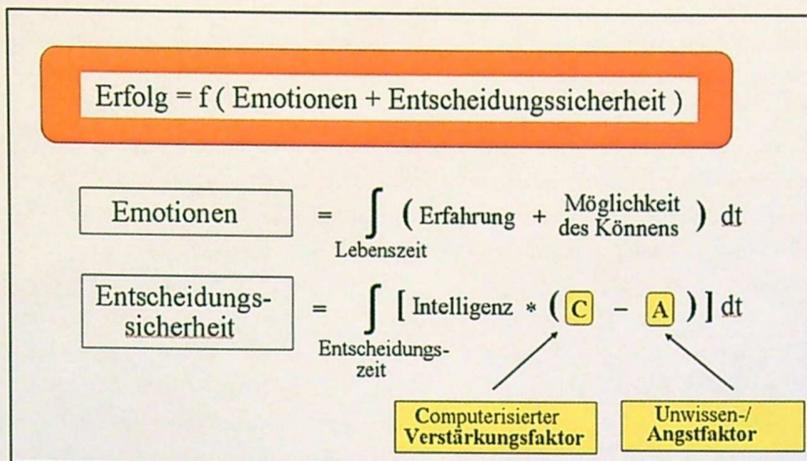


Abb. 3: Zusammenhang inner-menschlicher Werte-Komplexe auf dem Wege zum Erfolg

Das Kraftsystem der Ethik ist mit notwendigen Abforderungs-Instrumentarien auszustatten[20]. Ethische Normalität ist die Verantwortung der handelnden Persönlichkeit zu seinem Tun. Die anerkannten Regeln der Marktwirtschaft, z. B., beinhalten zwingend, schlechte Arbeit eines Unternehmens wird mit dessen Aussonderung aus dem Markt bestraft - bei persönlichen Haftungen. Derzeit haben wir damit zu leben, dass bekannte Kreise von Verantwortungsträgern um sich herum, mit leichter Flucht aus der Verantwortung, ein System des dann In-die-Verantwortung- Nehmens Anderer haben aufbauen können. Indem sie für sich diese Grundregel der persönlichen Verantwortung in politisch nicht zu verantwortender Weise außer Kraft setzten, machten sie als Gegensatz zu ihrem Verhalten umso deutlicher, was in der klein- und mittelständischen Unternehmensarbeit lebendige Praxis ist.

Dem Vorgang des Seinen-Platz-Findens in der Globalisierung der Welt-Ordnung sind sehr komplizierte Wirk-Zusammenhänge unterlagert. Sich darin erfolgreich zu behaupten, dazu braucht es eine politisch breit angelegte, das Ganze verstehende Überzeugungs-Bildung mit zugehörigem Orientierungswissen für detaillierte Arbeitsergebnisse des Gemeinwesens Deutschland. Der Rohrbacher Kreis, mit seiner interdisziplinären, gänzlich lobby-freien Kompetenz zur werte-basierten Politikberatung, ein Stück davon kann er beitragen, dass die Bundesrepublik Deutschland mit ihren höchst wertvollen Voraussetzungen, im Sinne des UNO-Wunsches, in vorderster Reihe in die Rolle einer Mitgestalterin der zu organisierenden transnationalen Welt-Gemeinschaft hineinwächst.

- [1] Grigat, Felix: Die Gejagten – Über Reform, Reformer, Studentenproteste. Ztschr. Dtsch. Hochschulverband Forschung u. Lehre. 1/2010, S. 8/9.
- [2] N., I.: 1643 – 1729, Weltgelehrter u. Begründer der mathematisch-physischen Astronomie, Entdecker des Gesetzes von der Gravitationsanziehung sich gegenüber stehender Massen.
- [3] Klemperer, Victor: Tagebücher – Ich will Zeugnis ablegen. Aufbau TB-Verlag Berlin 1999.
- [4] Höffe, Otfried: Demokratie im Zeitalter der Globalisierung. Becksche Reihe, Verl. C. H. Beck, München 1999.
- [5] bescheiden abgrenzende Vorstellungsfloskel, wenn sich wandernde Handwerksburschen in der Suche um Arbeit der Frage des Meisters stellten: Bist Du ein Schmied, ein Melker, ein Zimmermann ... ?
- [6]
- [7] Deich, Werner: Ein historisches Beispiel gesamtstaatlicher Wirtschaftsplanung in Deutschland: Die Bevölkerungsregulierung im Land Braunschweig von 1793 bis 1925/42 – Chancen u. Gefahren. Manuskripte (2001) der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- [8] Weimann, Joachim (O.-v.-Guericke-Univ. Magdeburg): Die Klimapolitik-Katastrophe (... nicht Alle haben eine mit ihrer Industrie abzuwickelnde DDR, um sich der Welt als CO<sub>2</sub>-einsparendes Vorbild zu geben.). 2. Aufl. Metropolis-Verlag f. Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH Marburg 2009.
- [9] UNO-Bericht über die Menschheitsentwicklung – Neue Technologien im Dienste der menschlichen Entwicklung: UNO-Verlag Bonn 2001 (mit Bekenntnis der Staatsregierungen zu Millenniumsaufgaben).
- [10] Roman Herzog 07/2002 zum Gebaren der Bildungs-Politik, Deutschland an die Spitze zu bringen: »... erinnert mich an die Geschichte von den zwei Buben, von denen jeder behauptet, einen Zwerg gesehen zu haben, und der eine auftrumpfte: Aber mein Zwerg war viel größer.«.
- [11] Auffassung von Analysten der Welt-Globalisierung in den USA: die Technologie ist bereits in die Rolle eines Machtfaktor der Globalisierungslenkung getreten.
- [12] Mocek, Reinhard: Technologie-Politik und Kritik der Vernunft. Manuskripte Nr. 79. Dietz-Verlag Berlin,
- [13] Schwägerl, Christian: Das Exodus-Dossier – warum sich die CIA für hightech brain power interessiert. Frankfurter Allg. Ztg., 16.02.2005.
- [14] Bundesamt für Verfassungsschutz: IHK Magdeburg 11/2009 – Vortrag Wirtschaftsspionage im Globalsystem der Weltwirtschaft.
- [15] Börner, Anton F. (Präsident d. BGA - Dtsch. Außenhandelsverband): VDI Nachrichten 19.02.2010.
- [16] Analyse des Deutschen Hochschulverbandes 2009: In Rankingliste des wissenschaftlichen Weltanschens – asiatische auf vorderen Plätzen, die besten deutschen Universitäten auf nur mittleren Rangplätzen.
- [17] Schollwöck, Ulrich (lehrt theoret. Physik an L.-Maximilians-Universität München): Prof. Stachanow geht an die Börse. Ztschr. Dtsch. Hochschulverband Forschung&Lehre 2/10, S. 80-83 (Zu europäische Wiederholung aus verfehlter sowjet-russischer Wachstumspolitik der 30er Jahre,

die Stachanow-Methode. Nach Kaube, Jürgen: Die Illusion der Exzellenz-Lebenslügen der Wissenschaftspolitik. Verl. Klaus Wagenbach, Berlin 2009.

[18] Josef Kraus (Oberstudiendirektor und Präsident des Deutschen Lehrerverbandes) – Leitartikel Ztschr. Forschung & Lehre des Dtsch. Hochschulverbands 12/09: Bildungspolitik fast Art Freud'scher Zwangsneurose angenommen. PISA/BOLOGNA nicht mehr Erkenntnis, Bildung in Fassung radikalen Egalitarismus zum pseudoreligiösen Erlebnis geworden.

[19] Korff, Wilhelm: Die Energiefrage – Entdeckung ihrer ethischen Dimension (Unumgänglichkeit der Kern-Energetik für die Welt-Energieversorgung. Göttlich vermitteltes Technologie-Wissen, stets gepaart mit forschungsgemäßer Menschheitsbefähigung zur Gefährlichkeits-Beherrschung). 380 S., Paulinus-Verlag Trier 1992.

[20] Noack, Axel (Bischof a.D., Magdeburg): Profit und Ethik im Unternehmen – Einklang oder Widerspruch? Aus Festrede zum 50jährigen Jubiläum der Automobil-Zuliefergruppe IFA-Haldensleben, 16.10.2009.

## **FRAKTION DIE LINKE**

### **IM LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN**

**7. MAI 2009**

## **WOLFGANG METHLING**

### **Thesen**

Die Einheit von Wirtschaft, sozialer Gerechtigkeit und Ökologie –

Erfahrungen und Forderungen der Partei DIE LINKE

(Vortrag Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Rohrbacher Kreis, Dahlen, 8. Mai 2009)

1. Die Einheit von Wirtschaft, Sozialem und Ökologischen war vor der politischen Wende für die deutsche LINKE keine wichtige Säule, in der Programmatik, erst recht nicht politische Praxis.
2. Der Sozialismus in der DDR ist auch an seinen ökologischen Defiziten gescheitert. Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik war ebenfalls eher deklariert als tatsächlich realisiert. Eine wichtige Schlussfolgerung und ein wichtiger Gründungskonsens der PDS war deshalb, dass diese Partei nicht nur sozial und Solidarisch, sondern auch ökologisch sein muss.
3. Man kann ökologisch engagiert sein, ohne Sozialist zu sein, aber man kann kein Sozialist sein, ohne ökologisch engagiert zu sein.
4. Diesen Dreieinigkeitsatz nennt man in der Politik und in der Wissenschaft »Nachhaltigkeit« (Sustainability). Er ist zwar umstritten, aber nicht durch einen besseren ersetzt worden.

5. In der Theorie und allgemeinen Programmatik der PDS/Linkspartei ist dieser Grundsatz unstrittig, aber das Primat des »Sozialen« als Markenzeichen der Partei verdrängt in der Programmdiskussion, auch in der praktischen Politik, häufig die Gleich- oder Vorrangigkeit des Ökologischen (natürliche Lebensgrundlagen, Wasser, Energie, Rohstoffe, Klima u.a.).
6. Wir haben durchaus gute Fortschritte bei der ökologischen Durchdringung der Sozial- und Wirtschaftspolitik in der Programmatik als auch in der praktischen Politik gemacht. Daran haben den größten Anteil:
  - Ökologische Plattform
  - umweltpolitische Aktivist:innen in den
    - Parlamenten, Bürgerinitiativen, Basisorganisationen
    - Landesarbeitsgemeinschaften, Umweltverbände
    - Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt/Energie/Verkehr
  - Rosa-Luxemburg-Stiftung (D. Klein, E. Wittich)
  - wenige führende PDS-/LINKE-Politiker (Enkelmann, Methling, Kipping)
7. Häufig wurden Fortschritte erst auf den Programmparteitage erzielt (Mehrheiten für Änderungsanträge), da Programmkommissionen und Vorstände z.T. Beratungsresistent waren und sind.
8. Meilensteine der Ökologisierung der PDS/LINKEN waren:
  - Chemnitzer Parteiprogramm von 2003
  - Bundestagswahlprogramm von 2005
  - Broschüre »Wessen Welt ist die Welt ?« von 2005
  - Europawahlprogramm von 2009
  - Regierungsbeteiligung der PDS in M-V (1999 bis 2006)
  - Beschluss des PV der PDS vom 4. Dezember 2006 »Energiepolitik als linkes Querschnittsthema«
  - Energie-/Klimakonferenz in Hamburg 2007  
(mit Reden von G. Gysi, O. Lafontaine, D. Enkelmann, E. Bulling-Schröter, H.K. Hill, D. Menzner, W. Methling)
  - Broschüre »Demokratische und solidarische Energiewende« 2007
  - Nachhaltigkeits- und Umweltkonferenzen der Rosa-Luxemburg-Stiftung

(z.B. Wie grün muss die LINKE sein? 2007)

- Umwelt-/Energie-/Klima-Konferenzen in den Ländern (Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt)
  - Konzepte für nachhaltige Entwicklung der Landesverbände bzw. Landtagsfraktion (Sachsen, Brandenburg, Thüringen u.a.)
9. Es gibt noch großen Nachholbedarf in der Bildungsarbeit, im Verständnis, in der Akzeptanz und der praktischen Umsetzung von oftmals guten Programmen mit »grünen Faden« und eigenständigen anspruchsvollen Nachhaltigkeits- und Umweltzielen und –forderungen.
  10. Die Verbindung von Wirtschaftspolitik, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit muss im Denken und Handeln »Chefsache« und Grundsatz der Praktischen Politik in der Kommune, auf Landes-, Bundes- und Europaebene sein.
  11. Zur Erreichung gesellschaftlicher Wirksamkeit und notwendiger parlamentarischer Mehrheiten muss die Zusammenarbeit mit und in außerparlamentarischen Organisationen, Gewerkschaften, Verbänden, Volks- und Bürgerinitiativen usw. verstärkt werden.

**EVELIN WITTICH**

## **Politische Bildung in der Rosa Luxemburg-Stiftung zum Themenfeld Nachhaltigkeit**

Das Ziel politischer Bildungsarbeit zur Thematik Nachhaltigkeit folgt dem allgemeinen Ziel unserer Bildungsarbeit: unseren Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit zu bieten, sich Wissen und Fertigkeiten anzueignen, um sich politisch eine Meinung zu bilden und sie zu ermutigen, sich politisch einzumischen. Zu den Zielgruppen unserer Arbeit gehören Kommunalpolitikerinnen und Politiker und solche, die es werden möchten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Junge Menschen, Frauen, sowie Menschen, die an den konkreten Themen interessiert sind.

Als die Rosa Luxemburg Stiftung[1], gegründet 1990 als Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V., ihre Tätigkeit begann, waren ökologische Themen mit starkem gesellschaftspolitischem Bezug deutlich mehr gefragt als heute. Das war unter anderem darauf zurückzuführen, dass auch umweltbewegte Gruppen aus der DDR an der Wende 1989 mit ihren Themen beteiligt waren. Themen, die in den letzten 10 Jahren in der DDR in den Hintergrund gedrängt und deren Akteure beargwöhnt wurden. Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) sah sich in der Pflicht, diese Deformationen aufzuarbeiten und die diesbezüglichen Defizite in ihrer Politik allmählich zu beseitigen. Deshalb setzte sie sich verstärkt mit Themen auseinander, die Entwicklungen zu einer emanzipatorischen Gesellschaft als Gesamtheit von sozialen, ökologischen und ökonomischen Prozessen verstanden. Die in der DDR sozialisierte Linke erschloss sich damit ein wichtiges, neues Terrain der politischen Betätigung und suchte nach Möglichkeiten für Bildung, Kommunikation und Diskursen. Die Rosa Luxemburg-Stiftung wurde ein solcher Ort. Allerdings war nach wenigen Jahren deutlich, dass es schwer war und ist, die Abhängigkeiten und Wechselwirkungen zwischen ökologischen und sozialen Problemen im politischen Bewusstsein der Linken tatsächlich unumstößlich zu verankern. Das aber ist Ziel unserer politischen Bildungsarbeit seit Existenz der Stiftung.

Bis Mitte der 90er Jahre interessierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Themen, welche die globale Dimension ökologischer Probleme behandelten, sich mit der Bevölkerungsentwicklung in der so genannten 3. Welt beschäftigten oder die Vernachlässigung der Umweltproblematik in der DDR-Politik z.B. bezogen auf die Energiegewinnung durch Braunkohle oder die Chemieindustrie zum Gegenstand hatten. Intensiv dis-

nutzt wurden das Verhältnis von Nachhaltigkeit, Wissenschaftsentwicklung und Innovationen in Verbindung mit philosophischen Problemen von Technikentwicklung und dem Bemühen, um ein zeitgemäßes Fortschrittsverständnis. Feministische Technikkritik war eine weitere Facette im Themenspektrum, die für die gesamte Diskussion außerordentlich bereichernd wirkte. In der politischen Bildungsarbeit gerade zu ökologischen Themen gab es innovative methodische Ansätze wie die von Robert Jungk entwickelte Zukunftswerkstatt, die in unserer Arbeit auf große Zustimmung bis hin zur Begeisterung bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern traf. Prof. Ossip K. Flechteim, der eines der Gründungsmitglieder der Rosa Luxemburg-Stiftung war, diskutierte im Rahmen dieser Zukunftswerkstätten seine Szenarien für mögliche gesellschaftliche Entwicklungen[2].

Ende der 90-er Jahre bis ca. 2002 standen im Mittelpunkt unserer Arbeit zum Themenfeld Nachhaltigkeit theoretische Probleme einer zukunftsfähigen Entwicklung aus ökologischer, ökonomischer und sozialer Perspektive, die zunehmend auch im Zusammenhang mit den dazu erforderlichen gesellschaftlichen Institutionen diskutiert wurden. Höhepunkt dieser Schwerpunktsetzung war die internationale Konferenz 2002 »Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert« auf der das Profil der Rosa Luxemburg-Stiftung deutlich herausgearbeitet wurde, nämlich die untrennbare Verknüpfung der ökologischen Problematik mit der ökonomischen, vor allem aber mit der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit. Die dort geführte Kontroverse mit einem Vertreter der Partei Bündnis 90/ Die Grünen, der bestritt, dass die soziale Frage im Kontext von Nachhaltigkeit diskutiert werden müsste und der meinte, dass dies eine unzulässige Ausweitung der Begriffsdefinition von Nachhaltigkeit sei, bestärkte uns in unserem Ansatz. Die von der Stiftung beabsichtigte Verbindung sozialer und ökologischer Fragen fand im vergangenen Jahr in einem hochrangigen UNO-Dokument seinen Ausdruck. Das unter Beteiligung von über 1.300 Wissenschaftlern erarbeitete »Millennium Ecosystem Assessment« (2005) – als Folge der UNO Millennium Development Goals von 2000 – verknüpft sehr systematisch ökologische und Armutsfragen.

Der nächste Schritt der inhaltlichen Entwicklung in unserer Arbeit, die sich auch als politiknahe politische Bildungsarbeit versteht, war die stärkere Verbindung unserer grundsätzlichen Auffassung von Nachhaltigkeit mit entsprechenden politisch-praktischen Entwicklungen. Das heißt, wir haben nach Möglichkeiten gesucht, die de facto so etwas wie Einstiegsprojekte in eine zukunftsfähige Entwicklung sind und die mit unserem Selbstverständnis übereinstimmen[3]. Unter dem Motto Nachhaltigkeit und regionale Entwicklung beschäftigten wir uns mit der Umwandlung der ehemaligen

Braunkohleregio in der Lausitz zu einer Region für regenerative Energien, für damit verbundene Bildungs- und Forschungsmöglichkeiten aber auch der landschaftlichen Umgestaltung im Sinne einer lebenswerten Umwelt. Klinische Forschung in Berlin Buch, die auf eine wechselhafte Historie verweisen kann, wird von den regionalen kommunalpolitischen Akteuren insbesondere der PDS in Richtung eines nachhaltigen regionalen Wissenschafts-, Gesundheits-, Freizeit und Bildungsstandortes entwickelt, um die schwierige soziale Situation im Osten Deutschlands in dieser Region etwas verträglicher zu gestalten. Um es vorwegzunehmen: mit diesen Einstiegsprojekten können nur kleine Schritte getan werden hin zu einer sozialen, ökologischen und ökonomisch sinnvoll funktionierenden Gesellschaft. Es können Erfahrungen gesammelt werden, die in der politischen Bildungsarbeit öffentlich zur Diskussion gestellt werden um Menschen zu ermutigen, sich in diese Entwicklungen einzumischen, nach neuen Lösungen zu suchen und gesellschaftliche Hemmnisse auf diesem Weg auszuräumen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Kommunikation zwischen Naturwissenschaftlern, Geistes- und Sozialwissenschaftlerinnen, Politikerinnen und Politikern und politisch interessierten Menschen nicht ohne Komplikationen verläuft, dass sie aber unverzichtbar ist, um zu tragfähigen Lösungsansätzen zu kommen. Die intensivste Arbeit bezogen auf Einstiegsprojekte für eine nachhaltige regionale Entwicklung gab es mit dem Land Mecklenburg – Vorpommern, in dem seit sieben Jahren ein Umweltminister der PDS engagiert arbeitet. Ein Bundesland mit einer beeindruckenden Natur, mit guten Voraussetzungen für Erholung und Rehabilitation sowie für Forschung, insbesondere medizinische und medizintechnische Forschung aber auch mit hoher Arbeitslosigkeit.

Prof. Wolfgang Methling ehemaliger Umweltminister und stellvertretende Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern vertritt die konsequente Auffassung, dass der Energiebedarf langfristig nur aus erneuerbaren Energien gedeckt werden kann. Er war bemüht, seine Umweltpolitik mit den anderen Ministerien in Einklang zu bringen, was außerordentlich schwierig, aber unerlässlich ist. Bemerkenswert ist sein kooperativer Politikstil mit dem er versucht, die oft verschiedenen Interessen von Umweltschutzorganisationen, Bauern, Unternehmern und Bürgern ernst zu nehmen, dann Prioritäten für Lösungen zu setzen und diese transparent zu vermitteln.

Ein weiteres künftiges Aufgabenfeld für die Bildungsarbeit der Rosa Luxemburg-Stiftung wird sein, europäische Projekte für nachhaltige Entwicklung zu befördern. Seit fast zehn Jahren ist die Stiftung im Ausland tätig und zunehmend werden Projekte nachgefragt, entwickelt und durchgeführt, die Grundprobleme nachhaltiger Entwicklungen zum Gegenstand haben, vor allem in Lateinamerika und Asien. Besonders rele-

vant ist gegenwärtig die Problematik öffentlicher Güter, vor allem die Wasserproblematik mit ihren verschiedenen Facetten wie Verfügbarkeit und Sauberkeit, Wasser als Energiequelle u. v. a.

Die Rosa Luxemburg-Stiftung möchte mit ihrer Arbeit die Kompetenz der Linken bezogen auf alle Aspekte und Voraussetzungen für eine zukunftsfähige sozial gerechte Gesellschaft stärken.

Folgende Arbeitsschwerpunkte bestimmen unsere Bildungsarbeit:

- linke Ansätze für eine nachhaltige Politik wie z.B. diskutiert auf den Konferenzen 2002: »Nachhaltigkeit und die soziale Frage im 21. Jahrhundert«; 2007: »wie grün muss die Linke sein?« und auf der für 2010 geplanten Konferenz zu Energiepolitik.
- Theoretische Grundlagen nachhaltiger Entwicklung
- Regionale Lösungen in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und künftig auch in den westdeutschen Bundesländern z.B. im Rahmen der bundesweiten Reihe »rls on green tour« im Jahr 2010. Die Vergabe des John-Desmond-Bernal-Preises war bisher immer verbunden mit Tagungen und Konferenzen mit regionalem Bezug.
- Probleme von Technologiepolitik wie z.B. kontroverse Diskussionen zu Gentechnik, Atomtechnik, Technologien des Green New Deal, aber auch Ansätze feministischer Technikkritik usw. Ein Partner bei dieser Arbeit ist der Rohrbacher Kreis in Sachsen.
- Fragen linker Programmatik zu einer Politik, die den Grundanforderungen von Nachhaltigkeit gerecht werden – Analyse und Kritik der Programmatik der Partei DIE LINKE aber auch anderer Parteien.

Arbeitsergebnisse werden bzw. wurden publiziert in »Theoretische Grundlagen nachhaltiger Entwicklung« in der Reihe Manuskripte beim Dietz Verlag, in verschiedenen Standpunkt Papieren, in Artikeln der Zeitschrift Utopie kreativ auf der Themenwebsite der RLS. Die wichtigsten Arbeitszusammenhänge sind für uns der Gesprächskreis Nachhaltigkeit und regionale Entwicklung, der seit 1999 existiert und in dem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Politikerinnen und Politiker (Bundestag, der Landtage und auf kommunaler Ebene) mitarbeiten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der RLS, Stipendiatinnen und Stipendiaten aber auch engagierte Menschen mit Bezug zu Kultur und Nachhaltigkeit, der Rohrbacher Kreis in Sachsen, das Kollegium Wissenschaft.

In der Rosa Luxemburg-Stiftung und in ihrem unmittelbaren Umfeld wird seit Jahren aus verschiedenen Perspektiven zum Themenkomplex Nachhaltigkeit gearbeitet. Dabei haben sich verschiedene Diskussionsrichtungen entwickelt: Nachhaltigkeit und regionale Entwicklung, sozial-ökologischer Umbau, die Kritik des ökologischen Kapitalismus und gesellschaftliche Naturverhältnisse. Welche inhaltlichen Herangehensweisen damit verbunden sind, soll im Folgenden kurz dargestellt werden.

## SOZIAL-ÖKOLOGISCHER UMBAU DER GESELLSCHAFT

Der Begriff »Sozialökologischer Umbau« charakterisiert einen »reflexiven, iterativen Such- und Transformationsprozess«, in dem sowohl die gesellschaftspolitischen Macht- und Eigentumsverhältnisse sowie die gesellschaftlichen Strukturen so verändert werden, dass die sozialen Lebensbedingungen der Menschen erhalten und verbessert werden. Zugleich verändern die Menschen ihre Lebensweisen, insbesondere ihr wirtschaftliches Handeln, so dass ihre natürlichen Lebensbedingungen und die ökologische Mitwelt (Biosphäre) bewahrt werden, gesunden und gesund bleiben. Damit gehen Umbrüche in den Wechselverhältnissen von Wirtschaft und Gesellschaft einher, von Gesellschaft und Natur, der Individuen untereinander – auch und insbesondere in ihren pluralen Geschlechterverhältnissen –, der Individuen zu ihren Körpern und zur Natur. Dabei erfahren die handelnden Akteure, ihr Denken, ihr Instrumentarium und ihr Agieren, ihr Politikverständnis und ihre Politikkonzepte tief greifende Wandlungen. Die Produktions-, Reproduktions- und Regulierungsweisen der Gesellschaft werden bei Anerkennung der Reproduktionserfordernisse der Biosphäre und gesunder menschlicher Individuen so umgebaut, dass die einzelnen Menschen schrittweise selbst bestimmt in Würde und solidarischem Miteinander leben können. Bei sich weiter zuspitzender dramatischer Problemdimension wachsen der Handlungsdruck der Akteure und die Macht des Zeitfaktors. Grundbedingung für den erfolgreichen Einstieg und Fortschritt des sozialökologischen Umbaus ist die Demokratisierung von Entscheidungsprozessen, wobei sich die Anforderungen an kritische Wissenschaft verändern.

Sozialökologischer Umbau kann nicht im üblichen Verständnis eines Konzeptes gefasst werden. Es geht um Wechselbeziehungen, um die Einheit von wissenschaftlichem Erkenntnisprozess und politischem Handeln, aus denen die Akzeptanz des Umbauprozesses resultieren soll und muss. Gefordert sind also integrierte, mehrdimensionale A-

nalysen und Forschungen, einschließlich einer Integration von Gesellschafts- und Naturwissenschaften sowie von wissenschaftlicher Erkenntnis und Erfahrungswissen.

(aus einem internen Material der Zukunftskommission. Autorin: Judith Dellheim, Mitwirkung: Lutz Brangsch, Günter Krause)

## GESELLSCHAFTLICHE NATURVERHÄLTNISSE

Die so genannten modernen (Industrie)Gesellschaften haben sich immer tiefer in eine Dialektik der Naturbeherrschung verstrickt: Im Bestreben, sich durch die vollständige Kontrolle von der Natur unabhängig zu machen, haben sie sich um so tiefer in neue Abhängigkeit begeben, wobei sich diese Abhängigkeit mehr und mehr als Grenze ihres Entwicklungsmodells erweist. Schon Hegel, von dem der Begriff der Naturverhältnisse stammt, und expliziter Marx haben den Grundgedanken eines durch Arbeit, durch tätige Aneignung vermittelten gesellschaftlichen »Stoffwechsels« mit der Natur als Grundbedingung menschlichen Lebens offen gelegt.

In den 1920er Jahren hatte Walter Benjamin das in den Parteien der Arbeiterklasse vorherrschende Emanzipationsverständnis kritisiert, nach dem menschliche Emanzipation letztlich auf der Ausbeutung der Natur, aus der Steigerung der Naturbeherrschung beruht. Nach Benjamin kommt es aber gerade nicht darauf an, Natur, sondern die Verhältnisse zur Natur zu beherrschen. Doch dazu muss die Hoffnung auf einen gesellschaftlichen Fortschritt als Perfektionierung der Naturbeherrschung aufgegeben werden – eine bis heute unerledigte Forderung.

Es waren Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, die in der Dialektik der Aufklärung die Kritik der Naturbeherrschung zu dem zentralen Fokus kritischer Theorie erklärten und damit den Fortschrittsutopien der Moderne eine deutliche Absage erteilten, ohne in prämoderne Utopien einer Einheit mit der Natur zurück zu wollen. Dabei entwarfen sie eine erstaunlich aktuelle Krisendiagnose: »Jeder Versuch, den Naturzwang zu brechen, indem Natur gebrochen wird, gerät nur umso tiefer in den Naturzwang hinein. So ist die Bahn der europäischen Zivilisation verlaufen.«

Wir haben es heute nicht mit isolierten Umweltproblemen, sondern mit einer tief greifenden Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse zu tun, die gleichzeitig die Krise eines gesellschaftlichen Entwicklungsmodells ist. Erforderlich sind Strategien einer Gestaltung der Naturverhältnisse, die der Nichtbeherrschbarkeit Rechnung tragen.

(Vgl. Christoph Görg: Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise. Münster 2003)

## KRITIK DES GRÜNEN NEW DEAL ODER DES GRÜNEN KAPITALISMUS

Bereits vor mehr als 15 Jahren gab es in der BRD zum ersten Mal den Versuch, zu einer nachhaltigen ökonomischen Expansion zu kommen, ohne die kapitalistische Akkumulation als solche aufzuheben. Anfang der 90er Jahre hofften sowohl die Grünen als auch der sozialökologische Flügel der SPD, mit dem grünen New Deal eine reformpolitische Lösungsstrategie für die ökologische Krise zu entwickeln. Es sollte ein neues Bündnis zwischen verteilungspolitisch orientierter Arbeiterbewegung und eher lebensweltlichen Interessen von Mittelschichten hergestellt werden. Kern der damaligen Entwürfe waren ökologische Investitionsprogramme und Effizienzsteigerungen verbunden mit wachstumskritisch motivierten Vorschlägen für eine radikale Arbeitszeitverkürzung. Die gegenwärtigen Vorschläge des grünen New Deal verzichten weitgehend auf die Verbindung zur sozialen Frage und konzentrieren sich auf Strategien der Kapitalisierung ökologischer Ressourcen zur Erschließung neuer Akkumulationsfelder sowie auf eine Steigerung der Ressourceneffizienz, um die Umweltzerstörung der Produktion zu verringern.

Dieser grüne New Deal könnte mehr sein als ein kurzfristiges Programm zur Bekämpfung der Krise. Er hat die Potenziale, den Übergang zu einer »ökologischen« Produktionsweise zu bahnen. Neue Akkumulationsfelder werden erschlossen durch das zur Ware-Machen von natürlichen Ressourcen im Bereich der Biodiversität oder der Gentechnik. Geschaffen werden neue Investitions- und Absatzmärkte im Emissionshandel oder im ökologischen Konsum (Bio-Lebensmittel, ökologisches Bauen, umweltfreundliche Autos).

Der »grüne Kapitalismus« bricht aber nicht mit neoliberalen Regulationsmechanismen. Die Marktgläubigkeit, die diese Nachhaltigkeitspolitik nach Rio 1992 prägte, ist allerdings geschwunden. Intendiert ist mit dem grünen New Deal langfristig die Schaffung einer neuen technologischen Basis für eine ökologische Produktion, die Herausbildung einer neuen Konsumtionsweise, ein neues Akkumulationsregime, verbunden mit einer dem entsprechenden globalen Regulation, die getrieben von einem kollektiven »kosmopolitischen Problembewusstsein« (Ulrich Beck), durch staatliche Steuerung, massive öffentliche Investitionen, aber auch Sicherheitspolitiken gekennzeichnet sein

soll. In Folge dessen würde es auch eine Umwälzung in der Praxis und Kultur des Konsumismus geben. Ein solch umwälzendes Herangehen, ohne die kapitalistische Produktionsweise anzutasten, reproduziert auch deren Widersprüche. Der grüne New Deal oder der grüne Kapitalismus ist nicht die Lösung der ökologischen Krise, sondern ihre Bearbeitung im Sinne der Wiederherstellung erweiterter kapitalistischer Akkumulation und Herrschaft. Es kommt vielmehr darauf an, über diese engen Grenzen hinaus Formen ebenso nachhaltiger wie verallgemeinerungsfähiger Lebensweisen zu entwickeln. (Vgl. Mario Candias und Armin Kuhn: Grüner New Deal – kapitalistischer Weg aus der Krise?, in *Das Argument* 279, Heft 6/2008, S. 805 ff)

## NACHHALTIGKEIT UND REGIONALE ENTWICKLUNG

Diesen Ansatz bearbeitet der Gesprächskreis Nachhaltigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit seiner Konstituierung im Jahr 2000. Ziel war und ist es, das Programm für die politische Bildungsarbeit sowohl bezogen auf theoretische Grundlagen als auch auf praktische Entwicklungsprozesse, auf politische Ansätze – vor allem solche, die sich links verorten – und letztlich mit Blick auf Einstiegsprojekte in eine andere gesellschaftliche Perspektive. Ausgehend von der allgemein anerkannten Definition von Nachhaltigkeit im Brundtland-Bericht und späteren Weiterentwicklungen beschäftigte sich der Gesprächskreis zunächst kritisch mit den Bestandteilen des so genannten Säulenmodells, der ökologischen, der ökonomischen und der sozialen Komponente von Nachhaltigkeit. Hinzu kam – angeregt von Joachim Spangenberg - die institutionelle Seite von Nachhaltigkeit. Es wurde immer deutlicher, dass für ein umfassendes Verständnis nachhaltiger Entwicklung die Kultur in der Gesellschaft letztendlich ausschlaggebend ist und deshalb einbezogen werden muss. Eine besondere Rolle spielte auch die Entwicklung einer politischen Kultur für Nachhaltigkeit, wie sie explizit von Wolfgang Methling in seiner Verantwortung als Umweltminister von Mecklenburg-Vorpommern entwickelt und erfolgreich praktiziert wurde. Diese Arbeit des Gesprächskreises hatte ihren bisherigen Höhepunkt in der Konferenz »Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert«, deren wichtigstes Ergebnis war, dass für die RLS die Bearbeitung der sozialen Seite von Nachhaltigkeit das Alleinstellungsmerkmal ist. Entscheidend dafür war unter anderem die Auseinandersetzung mit Auffassungen anwesender Politiker der Grünen.

Die darauf folgende theoretische Arbeit des Gesprächskreises, die in »Theoretische Grundlagen nachhaltiger Entwicklung« in der Reihe Manuskripte der RLS publiziert wurde vertiefte diesen Ansatz in verschiedene Richtungen.

Parallel zu dieser Arbeit beschäftigten wir uns zunehmend intensiv mit nachhaltigen Entwicklungen in Ländern und Kommunen. Diese regionalen Prozesse, die in der Regel auch mit der Agenda 21 im Zusammenhang standen und stehen, wurden immer auch in Verbindung mit wissenschaftlichen und Bildungseinrichtungen in der jeweiligen Region diskutiert.

In einer Klausurtagung des Gesprächskreises Nachhaltigkeit im September 2009 in Wietow werden diese Ansätze durch die Hauptvertreter vorgestellt, diskutiert und die Ergebnisse in einer Publikation in der Reihe Manuskripte 2010 veröffentlicht.

[1] Der Verein Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung wurde 1990 mit der Absicht gegründet, eine PDS –nahe Einrichtung öffentlicher politischer Bildung zu entwickeln, die sich der linken sozialistischen Grundströmung verpflichtet fühlt. Bis 1999 erfolgte die Arbeit ehrenamtlich. Nach dem Einzug der PDS 1998 in den Bundestag mit Fraktionsstärke, wurden auch dieser Stiftung öffentliche Gelder aus dem Bundeshaushalt bewilligt. Gleichzeitig beschloss die Mitgliederversammlung, der Stiftung den Namen Rosa Luxemburg Stiftung, Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung zu geben. Damit gehörte die Rosa Luxemburg Stiftung zu den politischen Stiftungen in Deutschland, die aus dem Bundeshaushalt finanziert werden und die im Bundestag vertretenen Parteien nahe stehen.

[2] Vgl. Ossik.K.Flechtheim: Ist die Zukunft noch zu retten?, Wilhelm Heyne Verlag GmbH. & Co. KG, München Heyne Sachbuch Nr.19/82

[3] Vgl. Michael Brie: Socialism as a project of social transformation, Theses for a modern socialism. Brie@rosalux.de

### 30 Jahre »Energiewende« - Versuch einer Zwischenbilanz

Der Übergang zu einer ökologisch günstigeren Produktions- und Lebensweise ist ein notwendiger Prozess, der in sich sehr widersprüchlich verlaufen kann und das auch tut. Dabei ist die Energiepolitik zu einem ideologischen Kampffeld ohnegleichen geworden, in dem die Linien durchaus nicht zwischen Ökologen und Monopolen verlaufen. Mit Macht wird ein Kurs »durchgestellt«, die »Erneuerbaren« profitbringend so rasch wie möglich zu installieren, koste es was es wolle.

Aber die Euphorie der ersten Jahre ist Emüchterung gewichen. Erneuerbare Energien sind ins Gerede gekommen, weil profitbringende Biokraftstoffe mit Nahrung konkurrieren, Tiefengeothermie unsicherer ist als gedacht, die Wasserstofftechnologie noch lange unwirtschaftlich ist und die Verschandelung der Landschaft mit Windrädern nicht mehr widerstandslos hingenommen wird. Den Forderungen nach Beschleunigung des notwendigen Umstiegs in die »erneuerbaren Energien« stehen zunehmende Zweifel entgegen. Getragen werden sie von den Sorgen um die spürbar gestiegenen Energiepreise und auch von den aktuellen Ergebnissen der Klimaforschung. Die These vom »menschengemachten Klimawandel« wird nicht mehr unwidersprochen hingenommen und der Widerstand der betroffenen Bevölkerung gegen Windkraftanlagen, CCS-Speicher und neue Starkstromleitungen findet Verständnis und Unterstützung.

Insgesamt steht das von der deutschen Regierung in den letzten zehn Jahren verfolgte offizielle Energiekonzept gleichzeitigen Ausstiegs aus Kernenergie und Kohle und ihrem Ersatz durch die »erneuerbaren« Energien Wind und Solar in seiner Logik und seinen ernststen Konsequenzen zur Debatte. Dieser deutsche Sonderweg findet hier zunehmend Kritiker und im Ausland keine Nachahmer.

Für die weitere Debatte könnten folgende Thesen gelten:

1. Die Versorgung mit Energie zählt zu den zentralen globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Dabei geht es um die verlässliche Bereitstellung von Strom, Wärme und Kraftstoffen, um Wohlstandssicherung und volkswirtschaftliche Entwicklung unter Beachtung der Auswirkung auf die Umwelt und das Weltklima.

2. Ständig sichere Versorgung mit Energie ist zu einem Grundbedürfnis geworden, wie Wohnung, Kleidung, Nahrung. Und damit zu einem Bestandteil der Daseinsvorsorge. Dem steht die grüne Auffassung gegenüber, dass Energie ein Luxusgut ist, das Natur und Klima schadet und darum knapper und teurer gemacht werden muss. Das ist elitär, unsozial und industriefeindlich.

Solide Energiepolitik folgt dem strategischen Dreieck von Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit. Auch eine Politik der Energieeffizienz und –Einsparung kann nur auf dieser Grundlage erfolgreich und nachhaltig sein. Dabei ist die Besonderheit des »Rohstoffs« Elektroenergie zu beachten: Elektroenergie kann man nicht lagern, weil Strom nur existiert während er fließt. Erzeugung und Verbrauch sind daher zeitlich unauflöslich gekoppelt. Vollaussgleichende Speicherung im Mittel- und Hochspannungsbereich ist unmöglich oder unbezahlbar.

Versorgungssicherheit bei hochtechnologischen Systemen bedeutet peinlichste Einhaltung der Konstanten von Natur und Technik. Dazu zählt bei Elektroenergie Dauererfügbarkeit, also Sicherung von Grundlast und Spitzenlast an 99,99 % aller 8760 Stunden eines Jahres, exakt definiert nach Spannung und Frequenz und in beliebig wählbarer Leistungsstärke. Alternativangebote, die diese Forderung nicht erfüllen, können trotz aller Propaganda nur ergänzende Energietechnologien sein, aber nicht Ersatz. Das gilt auch in dezentralen Netzen.

3. Elektroenergieerzeugung »kostenlos und unbeschränkt von der Sonne« ist Äußerung ökonomischer, technologischer und ökologischer Unkenntnis. Während die Kernenergie zwei behebbare Geburtsfehler hat, die Bombe und Tschernobyl, haben die solaren Energieformen Licht, Wärme und Wind einen dauerhaft unheilbaren Systemfehler: sie sind nicht grundlastfähig, da sie dauerhaft vom völlig unregelmäßigen Dargebot der Naturkräfte Sonne und Wind abhängen. Infolgedessen sind sie für die dauerhafte und nachhaltige Lösung des Energieproblems ungeeignet. Nur gestützt auf einen Grundlastenergieträger sind sie nutzbar. 1)

Nur in der summarischen Aufrechnung der völlig unregelmäßig anfallenden Leistungen decken die Windkraftanlagen an Land 1600 Volllaststunden (=17%) und die Solarzellen 800 (=9%) von den 8760 Stunden eines Jahres ab. Offshore sind es auch nur 3500 Volllaststunden.2.) Entgegen der öffentlichen Darstellung können Windräder und Solaranlagen allein keinen einzigen Haushalt dauerhaft mit Strom versorgen. Ihre Achillesferse ist das Fehlen der Grundlastsicherung, was in der offiziellen Propaganda sorgfältig negiert und bewusst verleugnet wird.

Zur Nutzlast wird die Rohware Wind- und Solarstrom nur dadurch, dass die konventionellen Kraftwerke diese Energiestromstöße über eine dynamische Netzführung zu Leistung kontinuierlicher Grund- und Spitzenlast veredeln. Ohne diese Auffüllung und Glättung ist der Windstrom nutz- und wertlos, auch wenn die offiziell betriebene rein summarische Zusammenrechnung der sporadischen Stromstöße Milliarden Kilowattstunden ergibt. Die grundlastsichernden Kohle- und Kernkraftwerke sichern 90 % der Grundlast und laufen ständig mit. Noch keines konnte abgeschaltet werden. Durch das zwangsweise Zuschalten des Windstroms mit Hilfe des EEG werden sie unwirtschaftlich gemacht, ein »normaler« Vorgang unter Konkurrenten, der aber rein gar nichts mit »Klimaschutz« zu tun hat.

Besonders spürbar war dies in den kalten Januartagen 2009. Während die Ukrainer und Bulgaren infolge des Gasstops Russlands froren, war die Energieversorgung Deutschlands zu 100 % gesichert. Dafür waren 90.000 Megawatt am Netz. Nur hatten die Erneuerbaren daran keinen Anteil. Infolge der wochenlangen Windflaute erzeugten die installierten 23.000 MW der Windkraftanlagen nur 900 MW, und das über Wochen. Sie deckten damit nur 1 % der erforderlichen 90.000 Megawatt.

Diese Unregelmäßigkeit schlägt sich über die Zwangsabgabe des Erneuerbaren-Energiegesetzes in Stromerzeugungskosten bei Wind mit dem Vierfachen und bei Solarzellen mit dem Achtzehnfachen gegenüber den 2,5 Cent/kwh der Kohle- und Kernkraftwerke nieder.<sup>3.)</sup> Sie werden derzeit über den Preis einfach den Kunden auferlegt. Über zwanzigjährige Verträge für Wind- und Solarstrom verursachen sie schon jetzt unsozial hohe jährliche Zusatzkosten von 5 Mrd., also pro Person 100 Euro im Jahr. Vor acht Jahren kostete die Kilowattstunde Haushaltsstrom 14 Cent und heute bereits 20, ohne Mehrwertsteuer! Diese schon jetzt hohen Kosten (doppelt so hoch wie die französischen) werden weiter stark steigen, wenn 2011 die Strafzertifikate von Industrie und Kraftwerken voll bezahlt werden müssen. Die hohen Startsubventionen für Erneuerbare drohen zur Dauereinrichtung zu werden. Die De-Industrialisierung, von den Grünen bewusst in Kauf genommen oder sogar angestrebt, hat mit der Verlagerung der Aluminiumindustrie aus Deutschland ins Ausland schon begonnen. Beim »Vizeweltmeister Windstrom« Spanien ist die Zementindustrie fast komplett nach Afrika ausgewandert.

4. Versorgungssicherheit ist schon jetzt gestört: Die diskontinuierlichen Leistungen der 20.000 deutschen Windkraftanlagen führten bereits zu ernststen Netzstörungen. Im November 2006 gab es einen 3 Milliarden Euro teuren europaweiten Gau. Er

wurde mitverursacht durch die sturmbedingte schlagartige Selbstabschaltung der norddeutschen Windräder. Das wurde sorgfältig verschwiegen. 3.) In Auswertung dieser Störung empfiehlt die Deutsche Netzagentur (DNA) in der Netzstudie 2007, die Windenergieleistungen bei höchstens 25 % des deutschen Stromverbrauchs zu begrenzen. Von den Grünen gab es empörte Reaktionen und Angriffe, von den Investoren wird das total negiert.

5. Forschung und Entwicklung der erneuerbaren Energien sind zügig voranzutreiben. Aber: gleichzeitiger Ausstieg aus Kernenergie und Braunkohle und ihr vorrangiger Ersatz durch die derzeit bekannten erneuerbaren Energien Wind und Solar ist ein unrealistisches Programm. Es treibt die Kosten unverantwortlich hoch und senkt den CO<sub>2</sub>-ausstoß nicht wirklich. Es nützt nur der Gewinnmaximierung der neuen Industrie und der jetzt auch in die Offshoretechnik und das Saharaprojekt einsteigenden großen und Bank-, Versicherungs- und Stromkonzerne. Nicht Sonne, Kohle oder Atom, sondern Sonne, Kohle und Atom heißt die Lösung beim Ausstieg aus den fossilen Energieträgern. Der angebliche Gegensatz zwischen Kernenergie und den Erneuerbaren ist auf grund ideologischer, parteipolitischer und wirtschaftspolitischer Interessen künstlich erzeugt und über alle Maßen aufgebauscht. Die Kernenergie gehört auf grund ihrer hohen und sicheren Verfügbarkeit und ihres sehr geringen CO<sub>2</sub>-Ausstosses zu den alternativen Energieträgern. Entgegen der pessimistischen Zweckpropaganda reichen die Vorräte Jahrhunderte und die Fragen der Sicherheit und der Endlager sind lösbar. Rundum in der Welt erwachen die Länder aus dem antiatomaren Tiefschlaf. Es wäre schlimm, wenn ideologischer Radikalismus einer antikapitalistisch drapierten Technologiefeindlichkeit dazu führen würde, den Konservativen die notwendige Renaissance der Kernenergie zu überlassen.

Fazit: Der aus Gründen der Ressourcenverknappung erforderliche Energiewandel ist ein tiefgreifender und langwieriger Prozess vom Rang einer Jahrhundertaufgabe. Er verlangt wissensbasierten Realismus und nicht ideologisch begründeten Aktionismus im künstlichen Wettbewerb um immer kürzere Ausstiegszeiten.

Die aktuelle Energiepolitik gehört auf den Prüfstand, weil mit den derzeitigen Technologien eine Vollversorgung mit »grünem« Strom in Deutschland nicht möglich ist. Wind, Sonne, Biomasse und Speicherkraftwerke sind notwendige, entwicklungsfähige und ausbaufähige Komponenten. Aber sie können die Grund- und Spit-

zenlastversorgung durch Kohle und Kernenergie nicht ersetzen. Der Hauptenergieträger der Zukunft ist noch nicht gefunden.

Wir stehen erst am Anfang einer Wende in Energiefragen, bei der die meisten Dinge völlig offen sind. Nachhaltigkeit heißt, das Wort Wende wirklich ernst zu nehmen und nicht ideologisch gegen andere einzusetzen.

6. Die naturwissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels werden fraglich. Nicht nur wegen ihrer negativen ökonomischen und sozialen Folgen, sondern auch wegen ihrer theoretischen Begründungen gerät die überhitzte deutsche Politik einer Energiewende unter Druck. Die These vom anthropogen verursachten Klimawandel wird durch die neueren Ergebnisse der Klimaforschung nicht bestätigt, sondern in Frage gestellt.

Selbst Jörg Kachelmann warnte beim Wetterbericht des öfteren vor der Verwechslung von Wetter und Klima. Er betonte, dass ein Mehr an Information nicht ein Mehr an Unwettern bedeutet, dass Szenarien nicht die Realität sind. 4.)

Die Klimafakten sind anders als in der Propaganda dargestellt:

- a) Temperaturanstieg: in Millionen Jahren der Erdentwicklung sind Temperatur- und -abstiege im Gleichgewichtsbereich zwischen 12 und 22 Grad Celsius etwas Normales. Der seit 1870 beobachtete 150-jährige leichte Anstieg der Temperaturen um 0,7 Grad C. ist seit 1998 zum Stillstand gekommen. Seit 2003 machte er sogar einer Abkühlung um -0,2 Grad auf den Wert von 1980 Platz, obwohl der CO<sub>2</sub>-Gehalt der Luft weiter anstieg. 5.) Die Temperaturschwankungen korrelieren nicht mit der CO<sub>2</sub>-Kurve, aber mit der Sonnenaktivität, d.h. dem Zyklus der mit den Sonnenflecken abgestrahlten Partikelströme. Trotz Zunahme der CO<sub>2</sub>-konzentration führt der starke Rückgang der Sonnenaktivität seit 1998 zur Abkühlung. 6.) Vor 30 Jahren, also vor Beginn der Klimadebatte, stand es unter den Klimatologen genau halbe-halbe in der Frage, ob es zu einer Kaltzeit oder zu einer Warmzeit kommen würde. Die jetzige Abkühlung kann sich zu einer neuen Kaltzeit ausweiten, wie vor 30 Jahren schon vermutet. Auch jetzt kann das niemand verlässlich voraussagen, weil das »Klima« ein so außerordentlich komplexes, gekoppeltes, nichtlineares System ist, das längere Voraussagen dauerhaft ausschließt. Eine Vielzahl von Faktoren und Zusammenhängen ist trotz intensiver Forschung auch heute noch ungeklärt.

b) Keine Zunahme von Hurrikanen:

2005 traf der Hurrikan Kathrina mit ungeheuren Zerstörungen New Orleans und wurde zu dem Klimarennner. Er traf das allgemeine Schuldbewusstsein gegenüber der Natur und überzeugte viele, auch mich. Die Protokolle der offiziellen wissenschaftlichen Wetterbeobachtung zeigen aber ein völlig anderes Bild: weder die Zahl noch die Intensität der Hurrikane und Taifune haben zugenommen. Und das seit Jahrzehnten. Sie blieben gleich mit leicht abnehmender Tendenz (Deutscher Wetterdienst). 7.) Solche Meldungen kommen in den Medien aber nicht vor.

c) Kein Meeresspiegelanstieg

Seit der letzten großen Eiszeit vor 10.000 Jahren steigen die Meeresspiegel, mit zuletzt stark nachlassender Tendenz. Heute sind weder eine »Beschleunigung« noch ein anthropogener Einfluss zu finden. Selbst das IPCC nahm seine Prognose für 2100 von 180 cm auf zuletzt 38 cm zurück. Die reale Erhöhung im globalen Mittel beträgt im 20. Jahrhundert 16 – 18 cm, also 1,8 mm pro Jahr. Die Stagnation seit 1998 stimmt mit dem Temperaturrückgang seit 1998 überein. Auch bei der fernsehbekannteren Pazifikinsel Tuvalu und in Bangladesch. Hier ging er schon seit 15 Jahren um 10 cm zurück!! Auch die Erwärmung der Meere, also einer der Ausdehnungsfaktoren, ist zum Stillstand gekommen. Alle Horrormeldungen über »steigenden Meeresspiegel«, »überflutete Küsten«, und »untergehende Inseln« sind nicht durch wissenschaftliche Beobachtungen belegt. 8.)

d) Die globale Eisbilanz ist ausgeglichen

Aber die Gletscher ... Ja, die Alpengletscher gingen und gehen stark zurück. Das tun sie seit der letzten Eiszeit vor 10.000 Jahren zum achten Mal. Als um 900 n.C. in Grönland Viehzucht und Ackerbau betrieben wurden, waren die Alpen fast eisfrei. Und heute wachsen die Gletscher in Norwegen, auf Grönland (ab 1500 Meter Höhe) und in Neuseeland. Nach starkem Schmelzen in den letzten beiden Sommern war die Vereisung am Nordpol in den letzten beiden Jahren so hoch wie lange nicht. In der Antarktis wächst die Eisdecke kontinuierlich, weil dort die Temperatur trotz CO<sub>2</sub>-Anstieg fällt, unter – 30 Grad. Insgesamt ist die globale Eisbilanz stabil hoch und es gibt keinerlei Hinweise auf ein Abschmelzen der Polkappen oder einen Meeresspiegelanstieg. 9.)

e) Der Klimafaktor Wasser fehlt

Sonne plus Wasser gleich Klima - war stillschweigender Konsens unter den Klimaforschern, bevor die CO<sub>2</sub>-These wirkungsvoll in den Vordergrund geschoben wurde. Wasserdampf ist mit 70 und 90 % Anteil der stärkste Faktor des Klimageschehens, das stärkste Klimagas.

Die nur regional vorhandenen Klimaveränderungen sind mit verursacht durch das Aufbrechen der natürlichen Kühlkreisläufe durch das Jahrhunderte lange massenhafte Abholzen der Wälder, der Umwandlung der Flächen in Weiden, Äcker, Straßen und Betonwüsten der Städte. Das Kühlmittel Wasser fehlt zum Ausgleich der Aufheizung.

Wasser wirkt in mehrfacher Hinsicht klimabildend: die hohe Wärmespeicherfähigkeit des Wassers gleicht die Wärmeenergie zwischen Tag und Nacht und den Jahreszeiten aus; das Zusammenwirken von Wasser, Luft, Mikroorganismen und Vegetation erzeugt den Boden als fruchtbare Erdoberfläche; Verdunstung und Kondensation (Tau, Regen) sind die beiden gegenläufigen Prozesse der vielen kleinen Wasserkreisläufe, die den Boden lebendig und feucht halten wie einen kühlenden Schwamm; Verdunstung lässt durch aufsteigenden Wasserdampf die Luft abkühlen und den atmosphärischen Druck senken; die dafür unbedingt erforderliche Verdunstungsfläche ist als Blattmasse mehrstöckiger Wälder um ein Vielfaches größer, als die Meeresoberfläche; Abholzung zerstört die Pflanzengemeinschaft und es bilden sich Savannen, Wüsten und Karstlandschaften; künstliche Bewässerung, Wassergewinnung aus immer größeren Tiefen und die chemische Düngung verstärken diese Zerstörung.

Mit dem Wasser-Modell sind auch Auswege klar, also die wirklich notwendigen Alternativen echten Umweltschutzes. Kurz gesagt: geh mit der Erde sorgsamer um!

Also die wirklichen Ursachen regionaler Klimaveränderungen bekämpfen: das massenhafte Abholzen der Wälder, die Umwandlung der Flächen in Weiden, Äcker und Betonwüsten der Städte beenden; die Zersiedlung einstellen und zurücknehmen; die natürlichen geschlossenen Kühlkreisläufe der Atmosphäre mit Verdunstung und Kondensation wieder herstellen durch Rückbau und Waldanpflanzung, durch Windschutzstreifen und Hecken in viel größerem

Umfang als bisher; die Humuswirtschaft verbessern und die Auslaugung und Verwüstung der Böden verhindern, das Stroh nicht verbrennen; Melioration und Flussbegradigung einstellen. Grüne Schneisen in die Städte und nicht »Umweltzonen«, die nachgewiesen nur wenig bringen.

Verstärkt fortzusetzen sind die Programme zur Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, zu Ausbau und Sanierung einer geordneten Müllwirtschaft sowie die Bekämpfung der großen Smoglocken über vielen Großstädten der Erde. 10.)

Das alles hat allerdings den »Nachteil«: es ist ungeeignet für die Umverteilung von Milliarden zugunsten der »neuen Industrie«, dem eigentlichen Motor dieser »Ökopolitik«.

Für die Gesamtstrategie erscheint wichtig, diese Tatsachen ernst zu nehmen, anzuerkennen und einer realistischen Ökologie in der Politik einen viel größeren Raum zu geben. Inhaltlich sollten wir nicht auf das neoliberale, jetzt mit Macht durchgesetzte »Modell CO<sub>2</sub>« starren, sondern der Wiederherstellung einer intakten Umwelt wesentlich mehr Beachtung schenken. Rohstofferschöpfung, Energiekrise und Klimawandel verschmelzen nach zweihundert Jahren kapitalistischer Industrialisierung in völlig neuer Dimension. Schon jetzt sind die Verzögerungen aller Veränderungen durch die neoliberalen Konzernchefs und ihre Politiker ein verheerendes Verhalten. Druck machen ist unsere Aufgabe, aber in problemlösende und nicht problemmachende Richtung.

#### Literaturquellen:

1. Joachim Weimann: Die Klimapolitik-Katastrophe, Marburg, 2009, Metropolisverlag, S. 80 ff, 113ff  
Michael Limburg: Klimahysterie – was ist dran? Jena, 2009, Verlag Thuß und van Riesen, S.117ff  
Paul K. Driessen: Ökoimperialismus, Jena, 2006, S. 50 ff
2. H.J.Wagner: Was sind die Energien des 21. Jahrhunderts? Fischer Taschenbuchverlag, 2008, S. 221 - 243  
Jeanne Rubner: Das Energiedilemma, Pantheon Verlag, München 2007, S. 145ff
3. Michael Limburg: ebd. S. 113ff
4. Jörg Kachelmann: Die große Flut, Hamburg, 2002, S. 71 ff
5. Michael Limburg: ebd. S. 80  
S.F.Singer (Hg.): Die Natur, nicht menschliche Aktivität, bestimmt das Klima. TvR Medienverlag, Jena 2008, S. 72 ff
6. Horst Malberg: Klimawandel unter der Lupe, Zeitschrift für Nachhaltigkeit, 2007, H. 5, S.17
7. Michael Limburg: ebd. S. 51  
S.F. Singer: ebd, S.73

8. Michael Limburg: ebd. S. 53 ff  
S.F.Singer: ebd. S. 52 ff  
Klaus Ernst Puls: Anthropogener Meeresspiegelanstieg – Vom Konstrukt zur Panik?  
Naturwissenschaftliche Rundschau, Heft 11/2008
9. Horst Malberg: ebd. S. 23
10. Wilhelm Rippl/Herrman Scheer: Memorandum zum Klimawandel, Systeminstitut Aqua Terra  
(SAT) e.V., Berlin, 2007 S. 2 ff

**Weitere Quellen:**

Jürgen Petermann: Sichere Energie im 21. Jahrhundert, Hamburg 2006

Karin Kneisel: Der Energiepoker – Wie Erdöl und Erdgas die Weltwirtschaft beeinflussen, München 2006

Erich Follath / Aleksander Jung (Hg.): Der neue kalte Krieg. Kampf um Rohstoffe. , München 2006

Heinz Hug: Die Angsttrompeter, Signumverlag,2006

Henrik Svensmark: Sterne steuern unser Klima, eine neue Theorie zur Erderwärmung, Patmosverlag,2008

Wolfgang Thüne: Freispruch für CO<sub>2</sub>, Wie ein Molekül die Phantasien von Experten gleichschaltet, Edition Steinherz, 2002

www. Europäisches Institut für Klima und Energie (EIKE)

**WERNER GRAHN**

## **Zur Entscheidung des Thüringer Landtags über die Rückgabeansprüche des Herzoghauses Sachsen-Weimar-Eisenach**

(Der Kurztitel im regierungsamtlichen Verfahren sowie im Thüringer Landtag lautete: Restitutionsangelegenheit Sachsen-Weimar-Eisenach)

Über diese Restitutionsangelegenheit entschied der Thüringer Landtag auf der 89. Plenarsitzung in seiner 3. Wahlperiode am 4. Juli 2003. Der Beschlussempfehlung zur Ermächtigung der Landesregierung den Vertrag zwischen dem Freistaat Thüringen und dem ehemaligen Großherzoghaus zu schließen stimmten von 76 abgegebenen Stimmen 68 zu, es gab 4 Neinstimmen und 4 Enthaltungen aus der Opposition von PDS und SPD. Entscheidungsinhalt war bedeutendes nationales deutsches Kulturerbe.

Einer Anlage zur Beschlussempfehlung über die Finanzierung des Vertrages durch den Verkauf von Wald des Staates gaben nur 47 Abgeordnete ihre Zustimmung bei 27 Neinstimmen und 4 Enthaltungen. Man könnte vermuten, die Thüringer Abgeordneten schätzten den Wald höher als die Kulturobjekte, da auch in der Debatte mehr über den Wald als über die Kultur geredet wurde.

Die Landtagsentscheidung hat eine lange Vorgeschichte. Hier können nur einige Aspekte dargestellt werden, sie verdeutlichen aber die Kompliziertheit der Angelegenheit. Das Thüringer Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen ließ in einem Bescheid vom 27. April 1998 Rückgabeansprüche zu. Da es um finanzielle Verpflichtungen des Freistaates ging, über die nur der Landtag gemäß zu entscheiden befugt ist, musste die Angelegenheit in den Landtag eingebracht werden. In diesem mussten die Fraktionen am Verfahren beteiligt werden, um möglichst ihre Zustimmung zu finden.

Worum ging es konkret? Das Haus Sachsen-Weimar-Eisenach (SWE) hatte 1990 Rückübertragungsansprüche angemeldet für das nahezu vollständige Goethe- und Schiller-Archiv, wichtige Teile der Herzogin Anna-Amalia-Bibliothek, das nahezu vollständige Inventar von Wartburg, Wittumspalais in Weimar, Schloss Tiefurt und Liszt-Haus, zentrale Bestandteile der ehemaligen Kunstsammlung Weimar, der Fürstengruft in Weimar sowie unentbehrliche Teile des Thüringer Hauptstaatsarchivs und weiteres. Das war nicht wenig. Erbberechtigt war Prinzessin Leonie, noch minderjährig, für sie agierte der bevollmächtigte Prinz Michael-Benedikt, Vater von Leonie, mit dem Bei-

stand mehrerer Anwälte. Alle Entscheidungen des Prinzen Michael-Benedikt für seine Tochter wurden vom Vormundschaftsgericht geprüft, ob er das Erbe auch richtig verwaltete.

Die Rechtslage war nicht einfach. Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 31. August 1990 über die Herstellung der Einheit Deutschlands schien eindeutig zu sein, denn in Art. 35, Abs. 2 hieß es: »Die kulturelle Substanz in dem in Art. 3 genannten Gebiet darf keinen Schaden nehmen.« Aber wie war das gemeint? Bedeutsam war Abs. 4 des Vertrages: »die bisher zentral geleiteten kulturellen Einrichtungen gehen in die Trägerschaft der Länder oder Kommunen über, in denen sie gelegen sind.« Ausgenommen wurden in Abs. 5 nur die ehemals staatlichen Sammlungen Preußens. Für die Stiftung Deutsche Klassik war nicht die Bundesrepublik sondern Thüringen zuständig. Die Abwehr der Rückübertragungsforderungen oblag nicht der Bundesrepublik sondern Thüringen. Das nationale Kulturerbe der deutschen Klassik war zum Kulturerbe Thüringens herabgestuft worden.

Ansprüche auf Eigentümrückgabe erwachsen insbesondere aus dem Entschädigungs- und Ausgleichsgesetz, EALG, vom 27. September 1994, § 5 Abs. 1 und dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (Vermögensgesetz- VermG) in der Fassung vom 2. Dezember 1994, letztere Ansprüche konnten abgewährt werden. Dadurch entfiel der damals dominierende Grundsatz: Rückgabe geht vor Entschädigung. Dieser Grundsatz hätte das nationale Kulturgut geopfert.

Die zentrale Frage in einem Rechtsstreit um Eigentümrückgabe ist der Nachweis, wie der Eigentümerswerb erfolgte, und aus welchen Gründen man der rechtmäßige Eigentümer ist. In den ersten beiden Thüringer Landtagen konnte kein Ergebnis erzielt werden. Mit jedem neu gewählten Landtag begann wegen dem Diskontinuitätsprinzips die Arbeit von vorn. Seitens des Hauses wurden in Form von Listen Forderungen erhoben, die ständig ergänzt wurden: Listen über Gebäude, Bücher, Geschirr, Fotos, Gemälde, Skulpturen, Möbel, Archivalien, Musikinstrumente, Münzen, Mineralien, Teppiche, ...

Man trat mit der Forderung auf Alles auf, es sei denn das Land Thüringen könne nachweisen, es sei der rechtmäßige Eigentümer. Darum bemühten sich fleißig Museumsleute, Archivare, Juristen, Forscher... Nicht wenig war in der Weimarer Zeit und in der DDR den Sammlungen hinzugefügt worden. Aber für jedes Objekt, - es waren unzählige - konnte der Nachweis nicht gelingen, zumal Krieg, Besatzung und weitere historische Störungen stattgefunden hat. Aber in einer juristischen Auseinandersetzung wurde der Nachweis des Eigentums auch von der anderen Seite - dem Hause Sachsens-

Weimar-Eisenach – gefordert, und hier waren die Schwierigkeiten nicht geringer. Der Rechtsstreit geriet in die Gefahr, ewig zu dauern und unbezahlbar zu werden, dass konnten sich beide Kontrahenten nicht leisten.

Einige Probleme der Zuordnung des Eigentums in dieser Angelegenheit sollen genannt werden.

1. Die Unterscheidung zwischen dem Privateigentum des Hauses SWE und dem Dominaleigentum (Dominium) – also dem Herrschaftseigentum, quasi feudales Staats-eigentum – war zu beachten. Eigentumsansprüche konnten nur auf privates Eigentum gerichtet sein. Natürlich war es oft sehr schwer bei Gemälden, Möbeln etc. nachzuweisen, ob es sich um Privateigentum oder um Dominaleigentum handelt. (Nebenbei: Nach 1945 war Thüringen zunächst von den USA besetzt. In den Kunstsammlungen Weimar gab es Verluste, die später in den USA auftauchten. Die DDR führte in den USA deswegen Prozesse, den letzten 1982. Prof. Dr. Martin Posch, Universität Jena, war für die DDR erfolgreich, weil er die Gemälde als Dominaleigentum deklarieren konnte. Die konkurrierende Klage des Hauses SWE ging leer aus.)
2. Kompliziert wurde die Angelegenheit auch in einzelnen Fällen durch den Fideikommiß. Bei Adligen war es möglich und häufig üblich, durch Rechtsgeschäft unter lebenden bzw. durch Testament – meist innerhalb einer Familie – einen Berechtigten zur Verwaltung und sogar zur Vererbung von Besitz, meist Großgrundbesitz, gegen Auszahlung, Rechte etc. in Treuhand zu geben. Nur über den Ertrag des Vermögens konnte verfügt werden. Das alles war nicht immer sehr genau umgrenzt. Oft gingen durch die Wirren der Zeit Urkunden verloren. Bedeutsam war, nach Art. 155 II/2 der Weimarer Verfassung waren Fideikommisse aufzulösen. Es gab eine Nachfolgesetzgebung von 1935 und 1938. In der Nachfolge wurden oft Stiftungen errichtet.
3. Ein Beispiel mag weiter die Kompliziertheit der Angelegenheit verdeutlichen. Wie kam das Herzoghaus SWE zum Goethe- und Schiller-Archiv? Walther Wolfgang von Goethe, der älteste Enkel des Dichters, mit dem das Goethesche Geschlecht erlosch, hatte in seinem Testament vom 24. September 1883 Großherzogin Sophie, die Gemahlin des regierenden Großherzogs Carl Alexander von SWE, zur Erbin des Goetheschen Familienarchivs eingesetzt. Der Nachlass umfasste: »Schriftstücke, Akten usw. ferner das Privat-Archiv meines Großvaters wissenschaftlichen, poetischen, literarischen, administrativen und familiären Inhalts soweit alle von meinen Familienmitgliedern herrührenden persönlichen Papiere, soweit sie sich in

dem gedachten Archive befinden.« (V. Wahl, Goethe- und Schiller- Archiv – Stiftung des deutschen Volkes, Ein Modell von 1947, in: Archiv-Mitteilungen, H.2/1991, S. 52). Der Übergang des Nachlasses an die Herzogin erfolgte nach dem Tod des Goethe Enkel am 15. April 1885. Das Schiller-Archiv gelangte als Schenkung eines Enkels von Schiller aus dem fränkischen Schloss Greifenstein 1889 an die Herzogin. Das war ein Grundstock, der erweitert wurde. Großherzogin Sophie erklärte 1889: »Ich habe geerbt, und ganz Deutschland soll mit mir erben.« Sie gründete durch Stiftungsurkunde vom 7. Juni 1893 das »Goethe-Schiller-Archiv zu Weimar.« Dieses Archiv war Teil eines Fideikommisses, also Eigentum des Großherzoglichen Hauses, aber unveräußerlich. Zugleich legte die Stiftungsurkunde fest, dass das Archiv »der ... Forschung nutzbringend erschlossen und Weimar erhalten bleiben (soll), damit diese seiner großen Vergangenheit entsprechend, auch ferner ein geistiger Mittelpunkt Deutschlands bleibe.« (V.Wahl, a.a.O.) In das Stiftungsvermögen brachte die Großherzogin auch ein von ihr erworbenes Grundstück an der Ilm und einen Fond für die Errichtung eines Archivgebäudes ein. Dessen Einweihung konnte am 28. Juni 1896 gefeiert werden.

4. Revolutionäre Ereignisse einer bürgerlich-demokratischen Umwälzung verlangten grundlegende Änderungen. Am 9. November 1918 musste der Großherzog abdanken. Die Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 verfügte in Art. 155 die Auflösung der Fideikommisses. Nach Art. 109 wurde der Adel abgeschafft.

Im Jahr 1921 kam es zum Abschluss eines Auseinandersetzungsvertrages, der zwar nicht die Übernahme des Archivs durch das Land Thüringen brachte, aber eine Verwaltungsgemeinschaft, an der Thüringen, der Großherzog und die Goethe-Gesellschaft beteiligt waren, ohne das die Eigentumsverhältnisse berührt wurden. Der Vertrag enthält die bedeutsame Bestimmung, dass die großherzogliche Familie zum Zwecke des Verbleibs des Archivs in Weimar die Landeshauptstadt von Thüringen, Weimar, als Hauptwohnsitz anerkennt, obwohl nun ihr tatsächlicher Sitz auf dem Gut Heinrichaus in Schlesien lag.

1925 gab es einen neuen Vertrag über die Verwaltungsgemeinschaft, Thüringen übernahm den größten Kostenanteil und besaß nun größere Entscheidungsrechte, aber durch die Verprivatrechtlichung Eigentum des Herzogs.

5. Die erwähnte Verwaltungsgemeinschaft endete mit dem Kriegsende 1945, da die sowjetische Besatzungsmacht die Verwaltung des Goethe – Schiller – Archivs der Landesverwaltung von Thüringen übertrug. Das übrige Eigentum der abwesenden

großherzoglichen Familie unterlag nach Besatzungsrecht der Bodenreform und Sequestration.

6. 1946 begannen schwierige Verhandlungen zwischen dem Bevollmächtigten des Präsidenten des Landes Thüringen, Rechtsanwalt und Notar Dr. Lothar Frede, mit der Großherzogin Feodora von Sachsen-Weimar als der Generalbevollmächtigten in Detmold. Die Großherzogin unterschrieb aus freien Stücken am 10. Dezember 1946 einen Vertrag mit dem Verzicht auf das Eigentum am Archiv, dafür gab Thüringen die Zusicherung, dass die Vermögenswerte des ehemaligen Großherzoglichen Hauses nicht der Sequestration nach dem Befehl Nr. 124 der SMAD unterliegen würden.
7. Danach wurde ein »Gesetz über die Errichtung der Stiftung Goethe- und Schiller – Archiv, Stiftung des deutschen Volkes« vorbereitet, dem sowohl Feodore und die Goethe-Gesellschaft zustimmten und welches der Thüringen Landtag einstimmig, also mit den Stimmen der SED, CDU und LDP, am 29. Mai 1947 beschloss. Erbgroßherzog Wilhelm Ernst Carl August von Sachsen – Weimar hat das überkommene Eigentum am Archiv aufgegeben. Das war jetzt eine Stiftung des Öffentlichen Rechts, dessen hauptsächlicher Träger das Land Thüringen war. Der Thüringen Landtag beschloss auch die Satzung der Stiftung.
8. Diese Regelung war zwar vorbildlich, sie kam aber kaum zum Tragen. Neues Recht trat in Geltung. Am 11. Dezember 1948 beschloss der Thüringer Landtag ein Gesetz über die Enteignung der ehemaligen Fürstenhäuser mit Wirkung vom 8. Mai 1945, also rückwirkend. Die Konsequenzen dürften den Abgeordneten nicht klar gewesen sein. Wegen des Rechtsgrundsatzes das spätere Gesetz hebt das frühere auf, war der Vertrag über den Verzicht des Herzoghauses von 1946 nichtig, ebenfalls das Gesetz über die Errichtung der Stiftung von 1947.
9. In der untersuchten Angelegenheit gibt es eine umfangreiche Liste weiterer juristischer Defizite. Einige seien erwähnt. Die Weimarer Verfassung liquidierte den Adel, aber nach Art. 153 sollte eine angemessene Entschädigung auf gesetzlicher Grundlage erfolgen. Das unterblieb, es wurden keine einheitlichen Maßstäbe für Abfindungen des Adels gesetzlich geregelt. In einzelnen Fällen wurden Abfindungen gezahlt. So zahlte Preußen an das ehemalige Kaiserhaus 15 Millionen Reichsmark und überließ Bodenbesitz im Werte von 500 Millionen RM. Das erregte den Zorn der Bürger. Es kam zum Volksentscheid über die Fürstenabfindung am 20. Juni 1926. Fast 14,5 Millionen Bürger stimmten gegen eine Fürstenabfindung. Das waren zu wenig, 20 Millionen wären erforderlich gewesen.

So lange die DDR existierte war die Rechtslage stabil. Es gab niemanden in der DDR oder in Thüringen der eine Änderung des Rechts bzgl. des nationalen Kulturerbes anstrebte. Zum Ende des DDR wurden in einer gemeinsamen Erklärung der Regierungen des Bundesrepublik Deutschland und der DDR zur Regelung offener Vermögensfragen vom 15. Juni 1990 als Eckwerte festgelegt: »1. Die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945-1949) sind nicht mehr rückgängig zu machen... Die Regierung der Bundesrepublik nimmt dies in Hinblick auf die historische Entwicklung zur Kenntnis.« Das der nachfolgende Satz dazu dienen würde, die eben zitierten Eckwerte zu unterlaufen, war damals nicht erkennbar. Der Satz lautet:»Sie (die Regierung der BRD – W.G.) ist der Auffassung, dass einem künftigen gesamtdeutschen Parlament eine abschließende Entscheidung über etwaige staatliche Ausgleichszahlungen vorbehalten bleiben muss.« Es kam das Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen vom September 1990, später geändert, sowie das Entschädigungs- und Ausgleichsgesetz vom 27. September 1994, dessen §5 (1) bildete die gesetzliche Grundlage für die Ansprüche des Hauses SWE.

## ZUR ENTSCHEIDUNG DER ANGELEGENHEIT

Trotz eines ausführlichen Gutachtens von Prof. Dr. Sandler, damals Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, und der Arbeit zahlreicher Archivare, Museumsmitarbeiter, Bibliothekare, Beamten vieler Behörden etc. war es nicht möglich für alle umstrittenen Objekte, ihre Zahl war riesig- aber sie stand nie fest, einen eindeutigen Eigentumsnachweis zu führen. Eine Lösung musste aber gefunden werden, sowohl das Interesse des Landes Thüringen als auch das der Erben des Hauses SWE erforderten das. Einen endlosen Prozess konnte sich keine Seite finanziell leisten.

Mit Augenmaß war zwischen dem Hause Sachsen-Coburg-Gotha und Thüringen eine gütliche Einigung erzielt worden. Sie bildete für eine Lösung quasi das Vorbild.

Zum Inhalt der gütlichen Einigung, welche als Vertrag gestaltet vom Thüringer Landtag gebilligt wurde wie eingangs dieser Abhandlung geschildert wurde, kann gesagt werden:

- Das Goethe-Schiller-Archiv bleibt im Eigentum der Stiftung Weimarer Klassik und der Kunstsammlung Weimar.
- Die Familie SWE verzichtet auf alle Eigentumsansprüche.

- Der Freistaat Thüringen zahlt an die Familie SWE 15,5 Millionen Euro (davon werden 4,5 Millionen durch Kunstverkäufe getragen, welche nicht von zentraler Bedeutung sind). Der Rest wird durch Verkauf von Staatswald finanziert.
- Einige Gegenstände von rein persönlicher Bedeutung (Fotos, Familienbilder etc.) werden an die Familie übertragen.
- Im Stiftungsrat kann ein Sitz von der Familie SWE besetzt werden, womit das Mäzateantum der Familie übertragen wird.
- Die Familie SWE kommt in den Genuss weitere Anerkennungsleistungen (Recht auf freien Eintritt in die Einrichtungen sowie die Möglichkeit der Durchführung nichtkommerzieller Veranstaltungen in den Häusern der Stiftung).

Wie ist das Ergebnis des Rechtsstreites zu bewerten?

In den Medien gab es pauschale Kritik, eine differenzierte Bewertung fand nicht statt. Sie war auch kaum möglich, da in den Vertrag keine Einsicht gewährt wurde.

Ich möchte hervorheben:

- Nationales Kulturgut wurde für die Öffentlichkeit gesichert.
- Eine ökonomische Bewertung hätte in der einen Waagschale 15,5 Millionen an das Haus SWE zu sehen und unschätzbares Kulturgut (Schätzungsversuche lagen bei etwa einer Milliarde) in der anderen Waagschale.
- Es handelt sich um eine abschließende Regelung, es blieben keine offenen Fragen. Ein erneuter Rechtsstreit kann nicht nachgeschoben werden.
- Historisch gesehen, in nichtrevolutionärer Zeit wurde die Novemberrevolution zu Ende geführt.

## **Anschriften der Autoren.**

**Kurt Reiprich, Prof.Dr.phil.habil.,  
Schwartz Str.18, 04229 Leipzig**

**Peter Fleissner, Dr., O.Univ.Prof.i.R., Univ.DoZ.Dipl.Ing.  
Jakschgasse 12/3, A - 1140 Wien, Austria**

**Hans-Gert Gräbe, Prof.Dr., rer. nat. habil.,  
Herwigstr.30, 04279 Leipzig**

**Reinhard Mocek, Prof.Dr.phil.sc.,  
Verlängerter Landrain 7, 06 118 Halle**

**Reinhold Krampitz, Prof.Dr.-Ing.,  
Berta von Suttner Str.4, 39108 Magdeburg**

**Wolfgang Methling, Prof.Dr.vet.med.sc.,  
Eichholz 29, 18059 Neudorf**

**Evelin Wittich, Dr., Direktorin der Akademie für politische Bildung,  
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10 243 Berlin**

**Eckehard Franz, Dr. phil.,  
Breite Straße 4 D, 01640 Coswig**

**Werner Grahn, Prof. Dr.jur.  
Quittenring 8,16321 Bernau**